

DOKUMENTE DES Fortschritts INTERNATIONALE REVUE

.....
**HERAUSGEGEBEN VON PROFESSOR DR. R.
BRODA:PARIS IN VERBINDUNG MIT
DR.HERMANN BECK:BERLIN UND
ERICH LILIENTHAL:BERLIN+VER-
LEGT BEI GEORG REIMER:BERLIN:W35**
.....

**JÄHRLICH 11 HEFTE FÜR 10 MARK
PREIS DES EINZELHEFTES 1 MARK**
.....

**AUSGEGEBEN ANF: NOV. 1912
5. JAHR 10. HEFT**



**GERM
HAMB**

INHALT:

DIESES HEFT IST VORNEHMLICH SOZIALPOLITISCHEN PROBLEMEN
GEWIDMET.

NACHDRUCK MIT AUSNAHME DER DURCH EINEN VERMERK GEKENNZEICHNETEN
ARTIKEL MIT QUELLENANGABE GESTATTET.

ALLE MANUSKRIPTE SIND AN DIE DEUTSCHE REDAKTION, BERLIN-WILMERSDORF,
PRINZREGENTENSTR. 115/116 ZU RICHTEN.

UNVERLANGTE MANUSKRIPSENDUNGEN WERDEN NUR ZURÜCKGESANDT, WENN IHNEN
RÜCKPORTO BEILIEGT.

Dr. JULIUS OFNER, Mitglied des österreichischen Reichsrates, Wien: Die Arbeit in kontinuierlichen Betrieben	723
ED. BERNSTEIN, M. d. R., Berlin-Schöneberg: Die Zukunft des kollektiven Arbeits- vertrages in Deutschland	726
EDWARD TREGGAR, ehem. Staatssekretär für Arbeiterfragen in der Neuseeländischen Regierung, Wellington: Haben sich die obligatorischen Gewerbe-Schiedsgerichte in Neuseeland bewährt?	733
J. J. MALLON, Sekretär der National-Anti Sweating League, London: Das englische Gesetz zum Schutze der Heimarbeiter	736
CLAIRE GÉRARD, Paris: Das „Schwitzsystem“ und die „Labels“	740
EMIL BASLY, Mitglied des französischen Parlaments, Präsident des Gewerkvereines der Bergarbeiter: Die Bergwerksverstaatlichung in Frankreich	742
Dr. VON URSIN, ehem. Vizepräsident des finnischen Landtages (Abo): Das Verbot der Nachtarbeit im finnischen Bäckereigewerbe und seine mustergiltigen Ergebnisse	745
ALBERT FALKENBERG, Berlin: Das Koalitionsrecht der deutschen Staats- angestellten	754
Chronik	760

RICHTUNGSLINIEN DES FORTSCHRITTS:

Prof. Dr. R. BRODA, Paris: Nationale Beiträge zur Weltkultur V: Die soziale Kultur Australiens	774
---	-----

ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG:

Dr. KREUZKAM, Wilmsdorf-Berlin: Wirtschaftsverhältnisse und Wirtschafts- beziehungen Bulgariens	778
Chronik	781

POLITISCHE ENTWICKLUNG:


ERICH LILIENTHAL, Berlin: Politische Grenzen und Kultureinheiten	783
NICOLAS SALMERON Y GARCIA, Madrid: Der Klerikalismus in Spanien	787

MORALISCHE UND RECHTSENTWICKLUNG:

ADELE SCHREIBER, Berlin-Westend: Eindrücke von der Hauptversammlung des deutschen Monistenbundes in Magdeburg	791
--	-----

UMSCHLAG UND AUSSTATTUNG ZEICHNETE
LUCIAN BERNHARD, BERLIN.

DR. JULIUS OFNER, MITGLIED DES ÖSTERREICHISCHEN REICHSRATES, WIEN: DIE ARBEIT IN KONTINUIERLICHEN BETRIEBEN.

 U den gedrücktsten Kategorien der Arbeiter gehören derzeit zweifellos die Schichtarbeiter in gewerblichen Unternehmungen, deren Betriebsweise es mit sich bringt, daß Tag und Nacht ununterbrochen gearbeitet wird. Das ist der Fall bei Hochöfen, Eisen- und Stahlwerken, Glashütten, bei der Papier-, Holzmasse- und chemischen Industrie, bei der Zuckerindustrie, Bierbrauerei, Erzeugung von Leucht- und Heizgas, bei Ziegelbrennereien u. a.

Die Betriebe sind alle derart, daß mit großen Massen, in starker Hitze, unter schädlichen Dünsten, in starkem Dampf, in Rauch und Staub, unter allerhand anderen gesundheitsschädlichen Umständen gearbeitet wird. Der ungünstige Einfluß auf Körper und Geist wird aber wesentlich verschärft durch die zu lange und von zu kurzer Ruhe unterbrochene Arbeit, die allein schon verderblich wirkt. Der Betrieb wird nämlich zurzeit noch regelmäßig mit zwei Arbeiterschichten geführt, die einander nach je 12 Stunden ablösen. Jede Schicht hat also 12 Stunden Arbeit, 12 Stunden Ruhe — die ganze Zeit hindurch. Nur einmal in der Woche, wo die bisherige Nachtschicht Tages- und die Tagesschicht Nachtschicht wird, arbeiten entweder beide Schichten je 18 Stunden oder jede Schicht arbeitet alle 14 Tage volle 24 Stunden, während die andere in dieser Zeit Rast hat. Es braucht nicht näher bewiesen zu werden, daß ein Mensch, der nach einer kaum 12 stündigen Ruhe immer wieder 12 Stunden arbeitet (mit dem Weg und den Vorbereitungen werden 13 Stunden daraus), daß ein solcher Mensch übermüdet, abgeschlafft, daß sein Nervensystem überreizt ist und Angriffen nicht standhält. Die Statistik gibt hierfür erschreckende Ziffern. Die österreichische Regierung hat 1909 eine amtliche Erhebung über die Arbeitsverhältnisse in Eisenhütten und Walzwerken (auch in Glashütten) durchgeführt. Bei der Vergleichung der Hüttenarbeiter mit den Werkstättenarbeitern desselben Betriebes ergibt sich für die ersteren ein viel höheres, oft ein mehr als doppelt so hohes Erkrankungsprozent: bis zu 186, 197, selbst 215,3 % der Arbeiterzahl und bis zu 22, selbst 25,4 Tagen auf den Mann. Unfälle entfielen in Stahlwerken bis zu 76,5 auf 100 Arbeiter und bis zu 90 Tagen auf je 100 Krankentage. „In jenen Betriebsabteilen der Hüttenwerke, wo schwere körperliche Arbeit geleistet werden muß“ — sagt der Bericht (S. 40) — „werden die Arbeiter häufig frühzeitig invalid, der Gesamtorganismus zeigt alle Alterserscheinungen, und insbesondere treten bei diesen Personen Störungen in der Funktion des Herzens auf. Es kommt nicht selten vor, daß Arbeiter, welche ihren Beruf mit besonderer Kraft ausgestattet antraten, im Alter von 50 Jahren entweder ganz erwerbsunfähig oder doch nur zu leichten Arbeiten, welche sonst jugendliche Hilfsarbeiter und Frauenspersonen verrichten können, brauchbar sind.“

Es ist auch selbstverständlich, daß ein solcher Arbeiter, wenn er, sei es abends oder früh, heimkommt, für nichts Sinn hat als für Schlaf. Er kennt kaum seine Familie, er hat nicht Zeit noch Lust für eine Denk- oder Kulturarbeit. Schläft er nicht, so trinkt er. Der Alkohol hilft ihm eine Weile seinen Jammer vergessen. Es ist allgemeine Erfahrung, daß diese Arbeiter zu den zurückgebliebensten gehören, daß sie nicht einmal die Kraft aufbringen, sich

zu organisieren, um für die Erleichterung ihres Loses einzutreten. Versuche, die Arbeitsleistung zu mindern, ohne das Zweischichtsystem aufzugeben, erwiesen sich als wenig fruchtbar. Der Betrieb erfordert Dauerleistung und jede Regelung, die ihr entgegensteht, erhält so viele Ausnahmen, daß sie selbst zur Ausnahme wird. Man braucht, um sich hiervon zu überzeugen, bloß den jüngsten Versuch der österreichischen Verwaltung in den Verordnungen vom 12. September 1912 über die Arbeitspausen, Sonn- und Feiertagsruhe, soweit sie sich auf kontinuierliche Betriebe beziehen, zu vergleichen. In allen kontinuierlichen Betrieben können nach ihnen Hilfsarbeiter von besonderer Qualifikation auch während der Pausen zur nötigen Aufsicht verhalten werden. Ebenso können die Hilfsarbeiter im nötigen Ausmaße verhalten werden, während der Arbeitspausen in der Nähe der Arbeitsstelle zu verweilen, um in dringenden Fällen bereit zu sein. Die notwendige Bedienung und Wartung der Dampfkessel, Motoren und Hilfsmaschinen ist auch an Sonntagen gestattet. Es ist begreiflich, daß bei solchen Ausnahmen — ich will weitere Einzelheiten nicht anführen — eine wirkliche Arbeits- und Sonntagsruhe nur in geringem Maße gewährt ist. Die Änderung des Zustandes liegt zunächst im Interesse der Arbeiter. Aber der Mensch ist keine Maschine oder doch, wenn man ihn mit einer solchen vergleicht, eine Maschine, in welcher die Lebens- und Denkeenergie die Leistung bestimmt. Der gesunde, ausgeruhte, zufriedene Arbeiter leistet wesentlich mehr als der leidende, abgearbeitete, verdrossene bei Identität der Person. War es daher zunächst sozialer Sinn, der die Frage anregte, ob nicht vom Zweischicht- zum Dreischichtsystem, von dem Zwölfstunden- zum Achtstundentag übergegangen werden müsse, um den Arbeiter nicht bloß auf dem Papier, sondern tatsächlich von der Robott zu befreien, so haben doch ruhige, überlegte Unternehmer sie dann geprüft und durch ihre Erfahrungen in Fluß gebracht. Ich zitiere nur die eindringliche Empfehlung des Systems durch den englischen Industriellen Crosfield in dem Gutachten, das er der britischen Sektion der Gesellschaft für internationalen Arbeiterschutz vorlegte. Er sagt dort, daß er beide Systeme selbst erprobt habe. Es wäre unmöglich, den Wert des modernen Systems zu übertreiben. Es habe eine ganze Welt von Unterschieden geschaffen; der Gegensatz zwischen ihm und dem alten Regime sei der Gegensatz zwischen Tag und Nacht, zwischen Zivilisation und Barbarei. Beim Achtstundentag habe der Mann Zeit für häusliches Leben, für Kultur und Erholung. Hier also, fügt er hinzu, ist das Mittel, einen glücklichen Menschen zu machen, der tüchtig ist in seiner Arbeit und ein guter, allseitig brauchbarer Bürger.

Die Konferenz der Gesellschaft für internationalen Arbeiterschutz, die am 11. und 12. Juni 1912 in London stattfand, hat den gegenwärtigen Stand der Arbeitsverhältnisse in den kontinuierlichen Betrieben zu einem Teile klargelegt. Die Gesellschaft hatte sich schon auf den Kongressen in Genf und Luzern (1906 und 1908) mit der Frage beschäftigt, näher auf dem Kongreß in Lugano (1910). Sie hatte dort den Beschluß gefaßt: „Die Delegiertenversammlung hält die noch durchgehends übliche 12 stündige Arbeitszeit in den ununterbrochenen Betrieben für gesundheitsschädlich. Insbesondere sind Arbeitszeiten (Wechselschichten) von 18, 24, selbst 36 Stunden zu verwerfen.“ Zugleich beauftragte sie das Bureau, eine Spezialkommission zu wählen, welche nähere Untersuchung zu pflegen und für die nächste Tagung Bericht und Reformvorschläge zu erstatten haben werde. Am 11. und 12. Juni 1912 fanden nun die Verhandlungen der Spezialkommission in London statt. Aus den Ländern, die beim internationalen Wettbewerb in Betracht kommen,

aus den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Österreich, Ungarn, Italien, Holland, Schweden und Finnland lagen ausführliche Berichte über die teils von den Regierungen, teils auf privatem Wege aufgenommenen Bestände vor. Die meisten bezogen sich auf die Eisen- und Stahlindustrie und Glashütten, die nordischen, namentlich der schwedische Bericht, auf Papier- und Sägemühlen. Es zeigte sich, daß die Meistzahl der Betriebe noch immer das Zweischichtsystem anwendet, daß aber doch schon eine größere Zahl von Industriellen den Dreischichtbetrieb eingeführt hat und mit ihm zufrieden ist. Namentlich arbeitet die englische Eisen- und Stahlindustrie in den nördlichen Distrikten schon zum größten Teil mit drei Schichten, ohne wirtschaftliche Einbuße. Die Vergrößerung der Kosten durch die dritte Schicht wird dadurch ausgeglichen, daß die Arbeit während der ganzen Zeit gleich kräftig bleibt, während sie beim Zweischichtsystem in den letzten Stunden nachläßt; die Arbeiter sind gesünder, lebhafter, geistig reger, vermeiden Unfälle und interessieren sich für das Werk. In Northamptonshire und Teilen von Derbyshire herrscht allerdings noch ungeschmälert die Zweischicht. Der Übergang zum Achtstundentag beginnt auch derzeit in den Werken des amerikanischen Stahltrusts; ebenso hat die dortige Bundesregierung ein Gesetz vorgelegt, welches für die Ausführung von staatlichen Aufträgen und öffentlichen Lieferungen den Achtstundentag vorschreibt. In den übrigen Staaten sind allerdings nur geringe Anfänge der besseren Arbeitsweise vorhanden, die Unternehmer verteidigen sich mit Konkurrenzrücksichten, und die Vertreter Deutschlands, Österreichs und Italiens wiesen bei der Konferenz auf die Bedenken hin, die einem Verlangen nach sofortiger Einführung der Achtstundenschicht entgegenstünden. Doch trat auch Deutschland dem folgenden Beschluß der Konferenz bei:

- I. Angesichts der Tatsachen, welche vor die Kommission gebracht worden sind, sind wir der Ansicht, daß die Achtstundenschicht in Industrien mit ununterbrochenem Betriebe (Tag- und Nachtarbeit) das beste Schichtsystem ist, und wir empfehlen es vom Standpunkte des körperlichen und sittlichen Wohlergehens der Arbeiter und im sozialen und volkswirtschaftlichen Interesse.
- II. Die Kommission erachtet auf Grund der einzelnen Landesabteilungen, daß die Achtstundenschicht für die Arbeiter an den Hochöfen und in Hütten-, Stahl- und Walzwerken in erster Linie notwendig und durchführbar ist.
- III. Die Kommission fordert die Internationale Vereinigung auf, an die Regierungen die Bitte zu richten, möglichst bald eine Konferenz der interessierten Staaten einzuberufen mit der Aufgabe, eine Verständigung über die Einführung der Achtstundenschicht in der Eisen- und Stahlindustrie anzustreben.
- IV. Die Kommission ist der Ansicht, daß die nationalen Landesabteilungen durch Studien die Einführung des Achtstundentages oder einer entsprechend festzusetzenden Höchstarbeitswoche vorbereiten sollen in den Industrien mit ununterbrochenem Betriebe,
 - a) in denen die Arbeitszeit (Arbeitsbereitschaft) innerhalb 24 Stunden 10 Stunden überschreitet,
 - b) in denen die Belegschaften je mehr als 6 Arbeitsschichten in der Woche leisten.

Jedoch ist die Kommission der Ansicht, daß für die Glasindustrie die vorbereitenden Studien genügend vorgeschritten sind, um die Forderung nach einem internationalen Abkommen auf der Grundlage einer 56 stündigen Höchstarbeitswoche und einer ununterbrochenen wöchentlichen Ruhepause von 24 Stunden zu erheben.

Dieser Bericht wurde dem Kongreß, der am 10. bis 12. September 1912 in Zürich tagte, vorgelegt und dort mit unwesentlichen Änderungen, die den

Inhalt nicht berührten, angenommen. Hier trat auch Österreich bei, dessen Vertreter in London zurückhaltend gewesen war, und nur Italien wünschte, daß die Achtstundenschicht in der Eisen- und Stahlindustrie nicht als notwendig, sondern nur als empfehlenswert bezeichnet werde.

Der Kongreß forderte das Bureau der internationalen Vereinigung auf, an den schweizerischen Bundesrat die Bitte zu richten, baldmöglichst eine Konferenz der interessierten Staaten einzuberufen mit der Aufgabe, eine Vereinbarung über die Einführung der Achtstundenschicht für die schichtweise bei ununterbrochener Arbeit beschäftigten Arbeiter an den Hochöfen und in den Eisenhütten, Stahl- und Walzwerken anzustreben.

Ebenso beauftragte sie das Bureau, ein internationales Übereinkommen betreffend die Glashütten, mindestens auf der Grundlage von durchschnittlich 56 Wochenstunden mit einer ununterbrochenen 24 stündigen Ruhezeit zu verlangen und hierfür den geeignetsten Zeitpunkt zu wählen.

Es ist gute Aussicht vorhanden, daß der schweizerische Bundesrat dem Ersuchen des Bureaus willfahren wird.

So steht derzeit die Frage. Die Reform hat nur einen Gegner: den kurz-sichtigen Egoismus der Großindustriellen, der, wenn eine auch nur scheinbare Gefahr für den Ertrag besteht, alle Erfahrung mißachtet und jedem Versuch einer Änderung widerstrebt. Bekanntlich ist auch die Robot nur durch eine Revolution aufgehoben worden, und die Arbeiterschutzgesetzgebung in Deutschland hätte keinen Schritt vorwärts getan, wenn es allein auf die Industriellen angekommen wäre. Es wird sich zeigen, ob die Regierungen weitsichtig genug sind, um aus den Erscheinungen der Zeit zu lernen, ob sie bereits erkennen, daß sie durch soziale Maßregeln für sich selbst sorgen, daß übermäßige Arbeit bei Mangel an der nötigen Ruhe und Erholung ein verkümmertes Geschlecht und ein unzufriedenes Volk zur notwendigen Folge haben. Alles sozial Gute nützt nicht bloß dem Stande, dem es unmittelbar zugute kommt, sondern der Gesamtheit.



ED. BERNSTEIN, M. D. R., BERLIN-SCHÖNEBERG: DIE ZUKUNFT DES KOLLEKTIVEN ARBEITS- VERTRAGES IN DEUTSCHLAND.



DER kollektive Arbeitsvertrag, worunter generell die von organisierten Arbeitern oder sonstigen Angestellten mit Unternehmern abgeschlossene vertragliche Festsetzung von Einzelheiten des Arbeitsverhältnisses — der Arbeitstarif — verstanden wird, ist in Deutschland keine neue Erscheinung. Vertragliche Abmachungen dieser Art hat es gegeben, seit wir überhaupt eine gewerkschaftliche Arbeiterbewegung haben. Aber sie teilten die Schicksale dieser und waren daher lange unstäte Erscheinungen, die nur ausnahmsweise dauerndes Recht schufen und einer generellen Überwachung entbehrten. Ohne die letztere aber, ohne die Grundlage einer festfundierte gewerkschaftlichen Organisation und der Kontrolle durch sie war der kollektive Arbeitsvertrag nur erst ein den Wechselfällen der Geschäftskonjunktur unterworfenen Zwittergebilde und hat daher nur ausnahmsweise die Aufmerksamkeit der Sozialpolitiker auf

sich lenken können. Und mehr als drei Jahrzehnte gewerkschaftlicher Bewegung mußten in Deutschland verfließen, bis die offizielle Statistik des Reiches daran ging, der Ausbreitung des kollektiven Arbeitsvertrages in seinen verschiedenen Formen nachzuforschen.

Die erste, über drei Jahre — 1903 bis 1905 — sich erstreckende Erhebung der Abteilung für Arbeitsstatistik des Kaiserlichen statistischen Amtes über die Tarifverträge im Deutschen Reiche brachte 1577 Tarife zur Kenntnis des Amtes, die sich auf 46 500 Betriebe mit rund etwa 400 000 Arbeitern bezogen. Auf Grund dieser Ermittlungen schätzte das Amt die Zahl der damals in Deutschland überhaupt bestehenden Arbeitstarife auf mindestens 3000 und die Zahl der von ihnen betroffenen Arbeiter auf etwa 500 000. Daß die Schätzung nicht übertrieben war, haben die weiteren Erhebungen gezeigt. Hier im Anschluß an jene Schätzungszahlen die Zahlen der in späteren Jahren ermittelten Tarifverträge:

	Tarifverträge	Betroffene Betriebe	Betroffene Arbeiter
Mitte 1905 geschätzt	3 000		500 000
Mitte 1905 ermittelt	1 577	46 500	400 000
1. Januar 1907 ermittelt	3 564	97 410	817 445
31. Dezember 1907 ermittelt	5 324	111 500	974 564
31. Dezember 1908 ermittelt	5 671	120 401	1 026 435
31. Dezember 1909 ermittelt	6 578	137 214	1 107 478
31. Dezember 1910 ermittelt	8 293	137 727	1 361 086

Diese Zahlen sind nun freilich noch sehr roh und schließen jedesmal einen gewissen Prozentsatz von Doppelzählungen ein, da viele Tarife ineinandergreifen. Aber der Prozentsatz doppelt gezählter Betriebe und Arbeiter ändert sich kaum — er erreicht nie die Ziffer 10 —, und so geht selbst schon aus dieser rohen Zusammenstellung soviel hervor, daß wir es mit einer Bewegung zu tun haben, die unmöglich auf Zufälligkeiten beruhen kann, sondern in gesetzmäßig wirkenden Ursachen wurzeln muß. Wir sehen die Zahl der Tarife und die Zahl der von ihnen betroffenen Arbeiter in Jahren guter wie in Jahren schlechter Geschäftskonjunktur (1907/08) wenn nicht gleichmäßig, so doch ununterbrochen sich mehren, was kaum möglich wäre, wenn wir es in den Tarifverträgen mit Zufallerscheinungen zu tun hätten.

Daran ändert der Umstand nichts, daß die Statistik der Tarifverträge noch von keinen Tarifabschlüssen zwischen Gewerkschaften und den großmächtigen Verbänden der Montan-, Hütten- und Großmaschinenindustrie zu berichten weiß. Die außergewöhnliche Machtposition, welche diese Verbindungen in Deutschland inne haben, ist nicht lediglich auf ökonomische Ursachen zu rückzuführen. Staatlicher Schutz verschiedener Art hat ihnen bisher geholfen, Tarifverträge mit den Gewerkschaften der Arbeiter zu umgehen. Die Behauptung aber, daß für ihre Industrien Tarifverträge nicht angängig seien, wird durch die Tatsache Lügen gestraft, daß solche in anderen Ländern, wie namentlich in England, in der Hütten- wie der Großmaschinenindustrie längst bestehen und sich bewährt haben. So verzeichnet der vorzügliche Bericht des Britischen Arbeitsamtes von 1910 über kollektive Arbeitsverträge 56 Verträge im Bergbau, die rund 900 000 Arbeiter betreffen, 12 Tarife für über 50 000 Arbeiter in der Hüttenindustrie, einen Generalvertrag im Maschinenbaugewerbe, der für über 100 000 Arbeiter gilt, und einen ebensolchen im nordenglischen Schiffbau, der über 30 000 Arbeiter umfaßt, mit Unterver-

trägen für Orts- und Fachgruppen. Die größten Unternehmungen Englands in den Montan-, Maschinen- und Schiffbauindustrien sind in diese Verträge eingeschlossen (Report on Collective Agreements between Employers and Workpeople in the United Kingdom, London 1910). Und schrittweise bricht sich auch in Deutschland der kollektive Arbeitsvertrag in der Großindustrie Bahn. Eine nach Größenklassen gesonderte Zusammenstellung der in Tarifverträge eingeschlossenen Betriebe hat die Reichsstatistik leider noch nicht veröffentlicht. Aus ihrem Bericht für das Jahr 1910 geht aber hervor, daß in jenem Jahre 362 zwischen Verbänden von Arbeitern und Unternehmern abgeschlossene Tarife sich auf 983 Betriebe mit durchschnittlich über 51 Personen bezogen. Davon umfassen

212 Tarife	633 Betriebe	von durchschnittlich	51—100 Personen
101 Tarife	283 Betriebe	von durchschnittlich	101—200 Personen
49 Tarife	67 Betriebe	von durchschnittlich	über 200 Personen

Zusammen 362 Tarife für 983 Betriebe.

Die Gesamtzahl der in diesen 983 Betrieben beschäftigten Personen war 106, 122 oder 119 auf den Betrieb. Die 67 Betriebe der letzten Reihe allein beschäftigten zusammen 24 671 Personen, was einen Durchschnitt von 368 Personen auf den Betrieb ergibt, ein Umfang, der auch heute noch einen Betrieb zum Großbetrieb stempelt. Außerdem zeigt diese Durchschnittszahl an, daß eine Anzahl Betriebe dieser Reihe erheblich mehr als 368 Arbeiter umfaßt haben müssen. Aber auch unter den hierbei nicht mitgezählten sogenannten „Firmentarifen“ — Tarife, die von Gewerkschaften mit einzelnen Firmen abgeschlossen wurden — gibt es solche, die Großbetriebe im modernsten Sinne des Wortes betreffen. Außerdem haben sich selbst von den Riesenunternehmungen der Maschinen- und Elektroindustrie verschiedene zu Verträgen mit den Gewerkschaften verstehen müssen, die nur der Form nach noch nicht den Charakter des Gewerkschaftstarifs tragen, der Sache nach aber auf ihn hinauslaufen. Gleichwie es einst die Monarchen der politischen Welt taten, sträuben sich die Großherren der Industrie dagegen, auf ihrem Feld dem Konstitutionalismus Zugeständnisse zu machen, und gleich jenen legen sie den größten Wert darauf, wenigstens den Schein zu wahren, wo sie die Sache nicht umgehen können. Eine solche Abmachung, die materiell alle Züge eines kollektiven Arbeitsvertrages trägt, ist z. B. die im Sommer 1911 vom großmächtigen, Weltfirmen umschließenden „Verband der Berliner Metallindustriellen“ mit der Berliner Ortsleitung des deutschen Metallarbeitervverbandes — nach vorhergegangener Massenaussperrung — in aller Form abgeschlossene Vereinbarung über die Arbeitsverhältnisse der Former und Kernmacher in den Verbandswerkstätten. Sie enthält Bestimmungen über Arbeitszeit, Arbeitslöhnung, Arbeitseinteilung, hygienische Verhältnisse — ja sie enthält sogar die Anerkennung des Rechtes auf Mindestlöhne und sieht für künftige Differenzen Regelung von Organisation zu Organisation vor, so daß nicht eines der für den kollektiven Arbeitsvertrag wesentlichen Momente fehlt. Nur das Wort „Vertrag“ ist vermieden und keine Zeitdauer für die Geltung der Abmachungen festgesetzt. Aber eine Vereinbarung, die „bis auf weiteres“ gilt, ist nicht minder ein Vertrag wie eine solche mit fixierter Dauer.

Langfristige, auf mehr als drei Jahre abgeschlossene Arbeitstarife gehören in Deutschland noch zu den Ausnahmen. Von 3489 Tarifgemeinschaften (Tarifverträge, an denen auf der Unternehmer- oder der Arbeiterseite bzw.

auf beiden mehr als eine Organisation beteiligt ist) des Jahres 1910 waren abgeschlossen:

613 für bis zu 1 Jahr,
778 für 1 bis 2 Jahre,
854 für 2 bis unter 3 Jahre,
973 für 3 Jahre,
271 für mehr als 3 Jahre.

Hier sehen wir die Mehrheit der Tarife schon auf 2 Jahre und darüber abgeschlossen, während im Jahre 1909 die große Mehrheit der Tarife noch eine Vertragsdauer von unter 2 Jahren hatte. Die Tendenz zur Verlängerung der Tarifdauer tritt unverkennbar zutage.

Nahezu zwei Drittel der Tarifgemeinschaften, nämlich 2275, hatten die Bestimmung, daß die Gemeinschaft für stillschweigend verlängert gelten solle, wenn nicht vor Ablauf Kündigung erfolgt sei. Bei 1103 Gemeinschaften war eine Kündigungsfrist von 2 Monaten und darüber vorgeschrieben. In der großen Mehrzahl der Fälle werden diese Tarife teils stillschweigend verlängert und teils mit Abänderungen erneuert. Im Jahre 1910 war das Verhältnis der erneuten oder stillschweigend verlängerten zu den erstmalig abgeschlossenen Tarifen das folgende:

Erneuert oder verlängert 2079 Tarife für 55888 Betriebe mit 434156 Personen
Erstmalig abgeschlossen 2211 Tarife für 23665 Betriebe mit 197382 Personen

Der Zahl nach überwiegen die neuen Tarife etwas, aber dem Umfang ihrer Geltung nach stehen die verlängerten zu den erstmalig abgeschlossenen Tarifen im Verhältnis von über 2:1. Das deutet auf eine erhebliche Festigkeit der mit Verbänden der Unternehmer abgeschlossenen Tarife. Es ist hierbei noch zu bemerken, daß die Reichsstatistik der Verbandstarife den Geltungsbereich des kollektiven Arbeitsvertrages nur unvollkommen zum Ausdruck bringt. Vielfach finden zwischen organisierten Unternehmern und Arbeitergewerkschaften Verträge statt, die für ganze Staaten oder das Reich Regeln und Tarifschemas festsetzen, während die Ausfüllung der Schemas unter Beobachtung der vereinbarten Grundregeln nach Orten oder Distrikten variiert. Ein solches „Tarifmuster“ besteht z. B. seit Jahren im deutschen Baugewerbe und gilt für Orts- und Bezirkstarife, unter denen zusammen mehrere hunderttausend Arbeiter beschäftigt sind. Die Reichsstatistik hält sich nun lediglich an die ausgefüllten Tarife, so daß man aus ihr nicht ersieht, wie oft eine Vielheit solcher Orts- oder Bezirkstarife faktisch organische Bestandteile eines ganzen Tarifbundes sind. Die Bewegung ist in Wirklichkeit zentralisierter als sie nach der Statistik der Tarife und Betriebe erscheint, denn wie mit den Tarifen verhält es sich auch oft mit den Betrieben. Sie erscheinen als selbständige Einheiten, wo sie faktisch nur Teile einer Unternehmung sind oder eine Vielheit von ihnen ein und derselben Unternehmungsgesellschaft angehört.

Aus diesen und anderen Gründen ist die Durchschnittsgröße der an den Tarifverträgen beteiligten Betriebe und Unternehmungen größer anzusetzen, als sie sich nach den oben gegebenen Ziffern berechnet. Damit soll aber die Tatsache nicht verdunkelt werden, daß im großen und ganzen es die größeren Kleinbetriebe, die Mittelbetriebe und die unteren Klassen der Großbetriebe sind, bei denen in Deutschland vorläufig noch der kollektive Arbeitsvertrag seine Domäne findet. Er ist am stärksten in den Baugewerben ver-

treten, wo ja eine relativ mäßige Zahl von Arbeitern oft schon ein sehr kapitalistisches Unternehmen vertreten. Dann folgt die in einzelnen ihrer Abteilungen mit den Baugewerben in Zusammenhang stehende oder ihnen verwandte Industrie der Holz- und Schnitzstoffe, während die Bekleidungsindustrie die drittstärkste Gruppe stellen. An vierter Reihe steht die Industrie der Metallverarbeitung, der Maschinen und Apparate, wobei aber zu bemerken ist, daß im Verhältnis zu den in dieser Gruppe beschäftigten Arbeitern der Prozentsatz der auf Grund von Tarifverträgen arbeitenden Personen doch noch ein mäßiger ist und hinter dem von Industriegruppen zurücksteht, die kleinere absolute Zahlen aufweisen. Nach der Zahl der von Tarifverträgen betroffenen Personen angeordnet, stellten sich Ende 1910 die Industriegruppen im Deutschen Reiche wie folgt:

	Beteiligte Personen	Beteiligte Betriebe	Tarife
Baugewerbe	465 051	74 420	2 437
Holz- und Schnitzstoffe	208 266	24 281	923
Bekleidungsindustrie	160 357	22 648	690
Metalle, Maschinen und Instrumente	149 624	14 573	780
Polygraphische Gewerbe	86 339	9 586	84
Industrie der Nahrungs- und Genußmittel	85 829	7 059	1 300
Verkehrsgewerbe	64 464	5 209	603
Industrie der Steine und Erden	35 395	5 089	525
Papierindustrie	23 562	1 754	103
Lederindustrie	22 521	5 942	235
Textilindustrie	15 460	370	187
Sonstige Gewerbe	44 218	2 796	426
Insgesamt:	1 361 086	1 73 727	8 293

Im allgemeinen, wenn auch nicht ausschließlich, betrifft der Tarifvertrag Arbeiter solcher Gewerbe oder Industrien, in denen der beruflich ausgebildete — der „gelernte“ — Arbeiter ausschlaggebend ist, in vielen Fällen sogar überhaupt nur solche Arbeiter. Wie diese Arbeiter die Pioniere der Gewerkschaftsbewegung waren, so sind sie auch die ersten gewesen, die Kollektivverträge über ihre Lohn- und sonstigen Bedingungen zu erkämpfen wußten, und noch heute finden wir die ausgebildetsten Tarifverträge bei ihnen. Es sei nur an den Tarif der Buchdrucker erinnert, dieses klassische, in Form und Umfang einem wahren Gesetzbuch gleichkommende Dokument paritätischer Regelung der Arbeitsverhältnisse eines ganzen Gewerbszweiges. 8151 Firmen mit zusammen 66 976 Gehilfen gehörten am 30. April dieser Tarifgemeinschaft an, von Jahr zu Jahr ist ihr Umfang gewachsen. Von anderen Zweigen der graphischen Gewerbe weisen Lithographie, Steindruck und verwandte Gewerbe gleichfalls sehr ausgebildete Tarife auf, die einen außerordentlich hohen Prozentsatz der Beschäftigten umfassen. Auch in den Baugewerben, den Industrien der Holz- und Schnitzstoffe zieht der Tarifvertrag seine Kraft aus dem starken Überwiegen der gelernten Arbeiter. Auf der anderen Seite sagt uns von der tariflosen Berufsgruppe der Hütten-Frisch- und Streckwerke die Berufszählung von 1907, daß sie auf 33 809 gelernte, 187 867 ungelernte Arbeiter beschäftigte, nahezu 6 ungelernte gegen einen gelernten Arbeiter.

Hier haben wir einen Fingerzeig dafür, daß die Größe und der kapitalistische Charakter der Unternehmung nicht allein den Widerstand gegen den kollektiven Arbeitsvertrag bestimmen. Ein großer Prozentsatz der graphi-

schen Arbeiter ist in Unternehmungen beschäftigt, die den kapitalkräftigsten Sprossen des Wirtschaftslebens angehören, und konnten doch kollektive Arbeitsverträge erkämpfen, während in verschiedenen Gewerben, wo der Mittel- und Kleinbetrieb überwiegt (Nahrungsmittelgewerbe, Zweige der Textilindustrie usw.), nur mäßige Minderheiten der beschäftigten Arbeiter auf Grund von Tarifverträgen arbeiten.

Nun besteht allerdings in der modernen Fabrik die Tendenz, qualifizierte menschliche Arbeit durch die Maschine oder den chemischen bzw. den elektrochemischen Prozeß zu ersetzen, was, auf die Menschen übertragen, Ersetzung gelernter durch ungelernte Arbeiter heißt. Das würde nach dem Vorausgeschickten aus rein technologischen Gründen der Zukunft des kollektiven Arbeitsvertrages ein ungünstiges Prognostikon stellen. Indes vollzieht sich diese Verschiebung in der Arbeiterschaft viel langsamer, als man nach den großen technischen Umwälzungen, von denen die Annalen der Industrie erzählen, anzunehmen geneigt ist. Es wurden in Deutschland in der Abteilung Industrie mit Bergbau gezählt:

	1895	1907	Zunahme
Gelernte Arbeiter	3 851 929	4 928 563	1 076 634
Ungelernte Arbeiter	2 047 779	3 516 329	1 468 550

So stark sich das Heer der „Ungelernten“ vermehrte, so ist diese Vermehrung doch nicht auf Kosten der „Gelernten“ vor sich gegangen. Die Zahl dieser ist erheblich stärker gewachsen, als der Rate des Bevölkerungszuwachses entsprechen würde. Das platte Land und das Ausland haben das Heer der Ungelernten anschwellen helfen, das aber noch immer hinter dem der Gelernten um nahezu 1½ Millionen Köpfe zurücksteht. Und in verschiedenen Berufen war sogar die Vermehrung der Gelernten stärker als die der Ungelernten. So zählte die Gruppe Industrie der Maschinen und Apparate:

	1895	1907	Zunahme
Gelernte Arbeiter	176 269	433 164	256 895
Ungelernte Arbeiter	91 602	265 062	173 460

Auch in der Metallverarbeitung ist der Zuwachs der Gelernten stärker als der der Ungelernten:

	1895	1907	Zunahme
Gelernte Arbeiter	586 684	768 760	182 076
Ungelernte Arbeiter	107 125	220 686	103 561

Ähnlich in anderen Berufsgruppen. Soweit die Teilung der Arbeiter in gelernte und ungelernte bestimmend ist, steht der ferneren Ausbreitung der kollektiven Arbeitsverträge in Deutschland noch ein sehr weiter Spielraum offen.

Aber sie bestimmt nicht die Grenze seiner Ausbreitung. Schon die heute geltenden Arbeitstarife umschließen einen großen Prozentsatz ungelernter Arbeiter. Soweit die Tarife des Jahres 1910 Stundenlöhne festsetzten, be-
trafen diese

570 457 gelernte Arbeiter
374 193 ungelernte Arbeiter.

Und die tariflich normierten Wochenlöhne betrafen

89 454 gelernte Arbeiter
56 273 ungelernte Arbeiter.

Ein überraschend hoher Anteil Ungelernter. Er ist in hohem Grade Wirkung des Umstandes, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung jener schroffen, sozialen Scheidung zwischen Gelernten und Ungelernten, wie sie in England lange vorherrschte und vielfach heute noch besteht, organisatorisch entgegengewirkt hat, wobei ihr allerdings die politische und kulturelle Entwicklung Deutschlands (allgemeine Schulpflicht, allgemeine Wehrpflicht, allgemeines Wahlrecht) erheblich Beistand geleistet hat. Die meisten deutschen Gewerkschaften umschließen gelernte und ungelernte Arbeiter, und wo die ungelernten Arbeiter besonders organisiert sind, besteht meist zwischen ihrer Organisation und der der gelernten Arbeiter des betreffenden Gewerbes ein Kartellverhältnis, das ihnen deren Hilfe bei der Er kämpfung von Arbeitstarifen sichert.

So ist die Zeit nicht abzusehen, wo etwa der Druck der Ungelernten der weiteren Ausbreitung des kollektiven Arbeitsvertrages ein unüberwindliches Hindernis in den Weg stellen könnte. Umgekehrt läßt das ununterbrochene Wachstum der Gewerkschaften und der politischen Arbeiterbewegung, der zunehmende Einfluß der kämpfenden Arbeiterschaft auf Gesetzgebung und Verwaltung eine Zunahme und qualitative Weiterbildung dieser Verträge mit Sicherheit erwarten. Sie sind noch mit vielen Mängeln behaftet und schon deshalb keine unbedingte Sicherung gegen zeitweiligen Ausbruch erbitterter und weitgreifender gewerblicher Zusammenstöße. Aber noch immer ist der Abschluß solcher Zusammenstöße eine Befestigung, meist aber auch zugleich eine Erweiterung des Geltungsbereiches und der Rechtssphäre kollektiver Arbeitsverträge gewesen. Es wird daher dies wahrscheinlich auch das Ende des Kampfes sein, zu dem Unternehmer wie Arbeiter sich jetzt (Sommer 1912) im Baugewerbe rüsten, sofern es überhaupt zum Kampfe kommt. Nicht ob der Tarif erneuert werden soll, sondern wie er erneuert werden soll, ist Streitobjekt. Und um nichts anderes haben sich in den letzten Jahren die sensationellen Kämpfe in England gedreht, die anscheinend das Reich an den Rand des sozialen Zusammenbruchs brachten. Der Ausgang dieser Riesenausstände unterscheidet sich nur darin von dem früherer ähnlicher Bewegungen, daß diesmal von Seiten der Staatsregierung stärkerer Druck als bisher zugunsten des Prinzips der kollektiven Arbeitsverträge auf die Unternehmer ausgeübt, in einem Falle — dem der Bergarbeiter — der kollektive Arbeitsvertrag sogar gesetzlich vorgeschrieben, mit Gesetzeszwang ausgestattet ward.

Und dahin tendiert die Entwicklung auch in Deutschland. Wo die Unternehmerverbindungen durch gleichzeitig unter ihnen bestehende Syndikate oder die eifrig kultivierten Streikversicherungen zu solcher Macht gelangt sind, daß sie jeden Streik der Arbeiter bis zur Hungerprobe treiben können, wird auch bei uns dem Staate nichts übrigbleiben, als ihnen Nachgeben zu diktieren. Hier wie anderwärts erobert sich der kollektive Arbeitsvertrag in stetigem Fortschritt immer neues Gebiet. Zugleich erfährt er selbst eine immer feinere Durcharbeitung. Aus ziemlich rohen Lohnabmachungen werden vereinbarte Ordnungen des Arbeitsverhältnisses in allen von der Gesetzgebung nicht erreichten Beziehungen. Die Kennzeichnung des Wie dieser Entwicklung ist ein Kapitel für sich. Aus dem hier Gegebenen

kann soviel abgeleitet werden, daß das Ob kaum noch zweifelhaft ist, daß auch in Deutschland dem kollektiven Arbeitsvertrag die Zukunft gehört.



EDWARD TREGEAR, EH. STAATSSSEKRETÄR FÜR ARBEITERFRAGEN IN DER NEUSEELÄNDI- SCHEN REGIERUNG, WELLINGTON: HABEN SICH DIE OBLIGATORISCHEN GEWERBE-SCHIEDSGE- RICHTE IN NEUSEELAND BEWÄHRT.

MAN hat behauptet, die gewerblichen Schiedsgerichte seien aus dem starken Wunsche nach Unterdrückung und Verhinderung der Streikes hervorgegangen. Andererseits hat man gesagt, ihr Prinzip sei aufgestellt worden, um die Gewerkschaftsbewegung zu fördern. Beiden Annahmen über ihren Ursprung liegt etwas Wahres zugrunde; doch sollte der Zwang indirekt sein: die Streiks sollten beendet werden durch Schaffung eines besseren Verfahrens, durch ein derart nützliches System, daß kein verständiger Mensch ihm einen so brutalen Appell an die Gewalt, wie Streik oder Aussperrung, vorziehen würde. Ferner heißt es in der Einleitung zum Gesetz, dasselbe bezwecke die Förderung von Gewerksvereinen; darunter waren aber nicht Verbände gemeint, die nur Arbeiter umfassen, sondern ein industrielles Verbandswesen, die Organisation von Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerverbänden; hier sollte nicht der Arbeiter gegen den Unternehmer aufgehetzt, sondern vielmehr ein Stelldichein zweier festgefügtter Mächte gebildet werden, die nicht mehr infolge Mangels an innerem Zusammenhang einander ausweichen, sondern den genügenden Zusammenhalt besitzen, um wichtige Übereinkommen zu treffen und die industrielle Einheit zu einer Tatsache anstatt einer bloßen Phrase zu machen.

Diese Schilderung der Absicht der Urheber der obligatorischen Schiedsgerichte kann sicherlich als die tatsächliche angenommen werden. Wenn dies eingeräumt wird, kann es auch als historisch wahr gelten, daß das Schiedsgerichtsgesetz viele Jahre hindurch einen Erfolg bedeutete.

Von der einen oder anderen Seite ist anfänglich Unzufriedenheit gegen die Maßregel geäußert worden, aber im allgemeinen nur infolge der irrtümlichen Anschauung. Ich meine damit nicht jene Unzufriedenheit, die alle Gesetze betrifft, und die von der verlierenden oder bestraften Partei ausgeht, die sich ungerecht behandelt glaubt. Dem ganzen Unternehmertum mußte anfangs mit schwerer Mühe klar gemacht werden, daß gegenüber den unaufhörlichen Industriestreitigkeiten, über die sie früher klagten, das Gesetz eine große Verbesserung bedeute. Sehnsüchtig blickten die Arbeitgeber nach jenem goldenen Zeitalter zurück, wo sie ihre Leute so gering als möglich bezahlen und so lange arbeiten lassen konnten, als ihnen beliebt. Nach und nach hörte dieses Murren auf: das Schiedsgerichtsgesetz war als ein „Schaf in Wolfskleidern“ erschienen. Wenn auch noch manchmal hier und da von einem Unternehmer, auf den ein Spruch gerade unliebsame Anwendung fand, ein

Seufzer ertönt, nimmt doch im großen und ganzen der Arbeitgeber das schiedsgerichtliche Verfahren als ein Prinzip an, das, wenn es von der Gegenpartei loyal eingehalten wird, der barbarischen Methode des Streiks gegenüber unendlich vorzuziehen ist.

Die Arbeiter andererseits erhofften anfänglich vom Schiedsgerichtsverfahren Heilung aller ihrer Leiden und ihrer Armut; es sollte jedermann „reich, jung und schön“ machen, kurz der Vorläufer des Paradieses sein. Mit der Zeit aber wurde in dem Maße, wie sich menschliche Schwäche in die Handhabung des Gesetzes einschlich und dasselbe seine Göttlichkeit zu verlieren schien, die Unzufriedenheit der Proletarier laut, während die Arbeitgeber die Verteidiger und Stützen des Systems wurden. Der Grund, warum die Unternehmer für das Gesetz sind, ist aus dem Neuseeländer Jahrbuch ersichtlich, in welchem ein außerordentlicher Wertzuwachs von Produkten, von den Fabriken gehörigem Grund und Boden, von Maschinen, Arbeitslöhnen usw. aufgezeichnet ist, welche Fortschritte das Kapital unter dem industriellen Schiedsgerichtsverfahren gemacht hat.

Die Ursachen der von den Arbeitern in der letzten Zeit kundgegebenen Unzufriedenheit anzugeben, ist schwieriger, da sie vielfältigster Natur sind. Ich will mich bemühen, hier die wichtigsten klarzulegen. Erstens verkannten die Arbeiter ihr Ziel: sie wünschten einfach, höhere Löhne zu erhalten, während sie doch in Wirklichkeit eine Steigerung ihrer Kaufkraft brauchten. Als sie fanden, daß die höheren Löhne ihnen keine größere Kaufkraft gaben, sondern daß mit den Löhnen die Kosten des Lebensunterhalts in noch höherem Maße stiegen, waren sie enttäuscht. Die verteuerte Lebenshaltung war nicht etwa die Folge der höheren Löhne allein: ihre Quelle ist jenseits der Lohnliste zu suchen und hat in Wirklichkeit ihren Ursprung in solchen Riesenkräften, wie Grundbesitz, Ansammlung großer Vermögen, indirekte Besteuerung durch Tarife usw. es sind.

Eine zweite Ursache war die gänzliche Unkenntnis der Wirtschaftslehre unter den Arbeitern; sie konnten durchaus nicht begreifen, daß es dem Schiedsgerichtshof unmöglich sei, industrielle Zustände zu ändern, welche dem Wettbewerb unterliegen. Das Lohnverdienen und das Lohnzahlen haben unter dem jetzigen System gewisse Grenzen, über die keine Verordnung des Schiedsgerichtshofes hinauskann, und so lange das Kapital von dem Umsatz einer Industrie einen gewissen Gewinn beansprucht, kann kein Gerichtshof einen so großen Teil des Gewinnes an die Arbeiter verteilen, ohne das Geschäft mit Gewißheit zugrunde zu richten.

Ferner erfüllte die allgemeine Verbreitung der sozialistischen Ideen die Arbeiter mit der Überzeugung, daß „Industrialismus Krieg, ist“, und daß darum, wenn die Arbeitgeber das Gesetz unterstützten, dasselbe den Arbeitern in irgendeiner Weise nachteilig sein müsse.

Ist nun trotz dieser — verdienten oder unverdienten — Kritik das Schiedsgerichtsgesetz gegenwärtig als ein Erfolg zu betrachten? Ich bin der Ansicht, daß trotz der scharfen Angriffe im In- und Auslande das Prinzip des obligatorischen schiedsgerichtlichen Verfahrens einen Fortschritt gegenüber früheren Epochen bedeutet und daß, obwohl das Gesetz verbessert werden könnte, sein guter Einfluß sehr groß ist. Zwar haben mehrere große Verbände (hauptsächlich Kohlenarbeiterverbände) die Beziehung mit dem Schiedsverfahren gelöst; zwar hört man noch, daß das Gesetz entweder verbessert oder aber abgeschafft werden solle: aber trotz alledem erfreute sich das Land und erfreut es sich noch des industriellen Friedens. Tausende

von Männern und Frauen arbeiten beharrlich und in der Stille in der durch Urteile und Verträge geschaffenen Sicherheit. Streiks waren selten und auf kleinere Orte beschränkt; seit dem großen Ausstände der Seeleute im Jahre 1890 (vier Jahre vor Inkrafttreten des Gesetzes) hat es keine industrielle Störung gegeben, die das allgemeine Publikum betroffen oder die Herstellung und den Vertrieb von Waren gelähmt hätte, wie dies in Ländern geschieht, in denen gewerbliche Schiedsgerichte fehlen. Den Arbeitern in den schwächeren Verbänden sind viele Millionen Mark über die Lohnsätze hinaus zugute gekommen, die sie unter dem grausamen „Kontraktfreiheitssystem“ erhalten hätten. Selbst die stärkeren Verbände, die vielleicht unter vielem Leiden und großen Störungen durch Ausstände ebensoviel erlangt haben würden, als ihnen das Gericht in friedlicher Weise zusprach, haben von der Stetigkeit und Regelmäßigkeit der Beschäftigung, die eine Folge des Wohlstandes der Arbeitgeber waren, außerordentlichen Vorteil gezogen.

Kann nun dieser praktische Erfolg — so unvollkommen er auch theoretisch sein möge — vervollständigt und dauernd gestaltet werden? Ja, aber erst, nachdem eine Erziehung zu moralischer Kultur, eine allgemeine Hebung der bürgerlichen Ideale den geistigen Stand der ganzen Gesellschaft auf ein höheres Niveau gebracht haben werden. Es muß sich die Ansicht durchringen, daß das Evangelium des 19. Jahrhunderts: „Kaufe billig, verkaufe teuer — alles andere soll der Teufel holen“ — nicht das ganze Gesetz menschlicher Pflichten enthalte. Wenn heute ein Mann seine Sache vor den Schiedsgerichtshof gelangt sieht, ist er geneigt, die Wichtigkeit des Grundsatzes des schiedsgerichtlichen Verfahrens nach dem Ergebnis seines eigenen speziellen Falles zu beurteilen, und dies ist sehr natürlich. Die Anpassung des modernen industriellen Lebens ist so groß, und ein Mann muß derart eifrig darauf bedacht sein, Arbeit zu bekommen und immer Arbeit zu haben, daß seine eigenen persönlichen Umstände seinen ganzen Horizont ausfüllen. Er muß Brot für Frau und Kinder finden, und wenn ihm bei diesem harten Kampfe das schiedsgerichtliche Verfahren behilflich oder aber hinderlich ist, dann ist dieses für ihn um so besser bzw. schlechter als System. Angenommen aber, daß sich soziale und ökonomische Umwandlungen vollziehen, die die Frauen (und hauptsächlich die Mütter) wirtschaftlich freimachen, die Kinder als das wertvollste Vermögen des Staates ansehen lehren, die Überspannung des Arbeiters vermindern, die ihn jetzt hindert, objektiv zu sehen, so könnte er die gewerblichen Schiedsgerichte von einem umfassenderen Standpunkt aus betrachten und ihnen Gerechtigkeit widerfahren lassen.

Ein verbessertes schiedsgerichtliches Verfahren würde von dem, welches wir augenblicklich kennen, in der Praxis — wenn nicht sogar im Prinzip — insoweit abweichen, als es nicht der Entscheidung eines Gerichtshofes überlassen bleiben müßte, einen einzelnen den Löwenanteil davonzutragen zu lassen, sondern der ruhigen Erwägung nachdenkender und ehrlicher Männer, das richtige Verhältnis zwischen Entlohnung und körperlicher oder geistiger Arbeit herauszufinden.

Daß die obligatorischen gewerblichen Schiedsgerichte einen permanenten Bestandteil unseres sozialen Systems bilden müssen, scheint mir unwiderlegbar zu sein. Die fortschrittlichsten Philosophen, die phantasie reichsten Schöpfer von Utopien können kaum einen Zustand der menschlichen Gesellschaft erdenken, in welchem es keine individuellen Meinungsverschiedenheiten mehr gäbe. Wenn wir nicht absoluten geistigen Stillstand und hoffnungslose

Erschöpfung annehmen, müssen wir zugeben, daß die Menschen über die Leitung der öffentlichen und privaten Angelegenheiten stets verschiedenartige Ansichten haben werden. Nur wenn man wichtige Streitpunkte aus dem Bereich der Voreingenommenheit rückt und sie unparteiischem Urteil unterwirft, kann man sich der Hoffnung einer rationellen Schlichtung derselben hingeben. Wenn dieses unparteiische Urteil allgemein als der Ausdruck der sozialen, endgültigen und höchsten Entscheidung angenommen wird, dann wird das obligatorische schiedsgerichtliche Verfahren triumphieren können.



J. J. MALLON, SEKRETÄR DER NATIONAL-ANTI SWEATING LEAGUE, LONDON: DAS ENGLISCHE GESETZ ZUM SCHUTZE DER HEIMARBEITER.



OLLEN wir die Notwendigkeit des neuen englischen Gesetzes das im Jahre 1909 in Kraft trat und nunmehr bereits segensreiche Ergebnisse zu zeitigen beginnt, erfassen, so müssen wir uns über die Lohnbedingungen der Heimarbeiter einerseits und über das Minimum des Lebensunterhaltes anderseits klar werden. Kürzliche Veröffentlichungen des Handelsamtes haben über die Löhne, welche speziell Heimarbeiter zu verdienen pflegen, sowie über die Lebenskosten klaren Aufschluß gegeben. Wir entnehmen aus denselben, daß Tausende von Arbeitern Wochenlöhne von 6, 7 und 8 Mark beziehen und ungefähr die Hälfte aller Heimarbeiterinnen bei Löhnen unter 10 Mark pro Woche bleiben. Demgegenüber zeigt das Handelsamt auf, daß z. B. in einem Londoner Vorort das äußerste Minimum, das für die Lebenserhaltung notwendig ist, etwa folgende Ausgaben pro Woche in sich schließt:

	M.
Miete eines unmöblierten Zimmers	3,—
Waschutensilien für die Reinigung der Wäsche durch die Arbeiterin selbst	—,20
Kohle	—,50
Licht	—,25
Holz	—,20
Erneuerung der Kleidung und Wäsche	1,—
Erneuerung des Schuhwerks	—,50
Versicherung	—,15
	<u>5,80</u>
Nahrungsmittel:	
Brot, 6 Laib	1,40
Tee	—,25
ein Topf billigster Milch	—,15
Fett	—,25
Speck (für das Sonntagsmahl)	—,12
6 Hauptmahlzeiten (Brot und Käse —,12, oder Fisch und Kartoffel —,12, oder Wurst und Brot —,12)	—,72
Gebäck für den Tee am Sonntag	—,12
	<u>3,01</u>
Summe	8,81

Andere Experten haben 10,80 Mark für einen Provinzort und 12 Mark für London ausgerechnet. Als Reservesumme für Krankheit, Arbeitslosig-

keit, Feiertage muß mindestens 1 Mark pro Woche dazugeschlagen werden, sowie ein Alia von 50 Pf., da sich solche theoretische Berechnungen niemals ganz restlos in die Praxis umsetzen lassen. Das ergibt die Gesamtsumme von 13,50 Mark. Meine eigene Auffassung geht wohl noch weiter; ich glaube — nach eingehender Untersuchung der Tatsachen und vielen Unterredungen mit Arbeitern verschiedener Kategorien —, daß ein Lohn von 15 Mark pro Woche das Minimum darstellt, welches alleinstehenden Frauen der großen Städte die Aufrechterhaltung eines gesunden Lebens gestattet.

Halten wir die obengenannten Lohnziffern von 6—10 Mark gegen diese 15 Mark Wochenausgaben, so ist die Tatsache eines für den notwendigen Lebensunterhalt unzureichenden Verdienstes schlagend erwiesen, welcher Tatsache das Gesetz ja abzuhelpen da ist.

Seine zweite Rechtfertigung lag in dem Umstande, daß sich für die Heimarbeit einheitliche Marktpreise nicht gebildet haben, sondern zwischen den Preisen der „guten“ und der „schlechten“ Unternehmer bestehen häufig Differenzen bis zu 100 %. So hat ein Experte des Handelsamtes in Glasgow festgestellt, daß für ein Dutzend Frauenleibchen bei guten Firmen 80 Pf., bei schlechten nur 40 Pf. gezahlt wurden; und ähnlich für die anderen üblichen Arbeiten.

Diese merkwürdigen Verhältnisse erklären sich daraus, daß eben die heimarbeitenden Frauen ohne jede Fühlung untereinander stehen und einige besonders hilflose sich von skrupellosen Arbeitgebern ganz unglaublich im Lohne drücken lassen.

Das Handelsamt hat mit Recht aus dieser Tatsache geschlossen, daß die Tiefhaltung der Löhne keineswegs ausschließlich durch ausländische Konkurrenz oder irgendein ehernes Lohngesetz bedingt sei, sondern durch Verschiedenheiten in der Gewissenhaftigkeit und Intelligenz der Arbeiter und durch verschieden weitgehende Schwäche der Arbeiterinnen oder irgendeine von den Dutzend Ursachen, die alle durch entsprechenden Druck von seiten des Staates gewandelt werden können. Zweck des Lohnarbeitergesetzes ist es nun gewesen, diesen Druck auf die Arbeitgeber auszuüben und sie zur Zahlung solcher Löhne, wie sie bisher nur die besten Unternehmer gaben, zu zwingen.

Außerdem erwartete man von dem gesetzgeberischen Eingreifen eine gewisse Erweckung ökonomischer Gesichtspunkte bei allen Heimarbeiterinnen, eine Anregung zur Bildung von Gewerkvereinen, und gerade diese Erwartung hat sich in der Praxis früher erfüllt als jede andere. Man sagte sich, daß die Streikdrohung ein wenig taugliches Mittel in der Hand solcher Gewerkvereine sei, weil eben der Arbeitgeber durch Drohung der Arbeitsentziehung scharfe Waffen gegen jeden solchen Versuch in der Hand habe. Eine viel bessere Waffe werde es für die organisierten Heimarbeiterinnen sein, gegenüber dem Widerstande der Arbeitgeber, die Löhne zu erhöhen, eine Petition an die Regierung um Ausdehnung des neuen Gesetzes auch auf ihr Gewerbe anzudrohen; und diese Drohung, nimmt man mit Recht an, wird ihre Wirkung auf die Arbeitgeber nicht verfehlen.

Dies die Grundlagen für das neue Gesetz. Wichtig werden nunmehr dessen tatsächliche Ergebnisse. Die Kenntnis seiner Bestimmungen, über die in den Spalten dieser Zeitschrift schon wiederholt berichtet wurde, kann bei ihren Lesern vorausgesetzt werden. Nur sei kurz in Erinnerung gerufen, daß zunächst in vier mit Heimarbeit durchsetzten Industrien Lohnämter ins Leben traten, deren Mitglieder zu gleichen Teilen von den Arbeitern und

Arbeitgebern gewählt, in dritter Linie aus ihren Kreisen von der Regierung ernannt wurden. Ihnen gesellen sich einige von den Regierungsfachleuten zu, und diese Kommissionen sind beauftragt, Minimallöhne für Zeit- und Stückarbeit festzulegen, welche nach gewissen Übergangsperioden obligatorische Kraft gewinnen. Die Regierung ist berechtigt, diese Gesetzgebung auch auf andere Industrien mit abnorm niedrigen Löhnen auszudehnen. Sowie die Kommission ihren Spruch gefällt, tritt er für alle Arbeiter des Gewerbes in Kraft, die sich ihren Arbeitgebern gegenüber nicht schriftlich zu einem niedrigeren Lohne bereiterklärt hatten; nach 6 Monaten fällt auch diese Ausnahme weg, und ein Arbeitgeber, der einen niedrigeren als den vom Lohnnamte festgesetzten Lohn bezahlt, verfällt in jedesmalige Geldstrafen, die bis zu 400 Mark betragen können.

Die ersten vier Lohnämter wurden für die Schneiderei, Papierschachtel-, Spitzen- und Kettchenerzeugung eingesetzt. Da die beiden letzteren Gewerbe wesentlich nur in zwei Städten, Nottingham und Cradley Heath, betrieben werden und die Heimarbeiterinnen in eigenen Häuserblocks beisammen wohnen und sich dadurch in gewissem Grade über ihre Interessen verständigen können, war die Arbeit der Lohnämter für diese beiden Gewerbe wesentlich erleichtert. Die anderen Gewerbe dagegen sind über das ganze Land verbreitet, die Verhältnisse sind verwickelt, das Problem, das die Lohnämter zu lösen haben, ist schwierig.

Auch der Einfluß ausländischer Konkurrenz variiert in den einzelnen Gewerben. Was vor allem das wichtigste der genannten Gewerbe, die Schneiderei, anlangt, beherrscht sie allerdings den inländischen Markt; doch hat ihr Export im Betrage von 150 Millionen Mark pro Jahr naturgemäß auf den ausländischen Märkten diese Konkurrenz auszuhalten.

Entsprechend der verschiedenen technischen Schwierigkeit, ging auch die Arbeit der Lohnämter in den verschiedenen Gewerben verschieden rasch vor sich *). Eine gewisse Schwierigkeit erwuchs für die Lohnämter übrigens in all den genannten Fällen daraus, daß sie, ungleich den Lohnämtern für Kohlenbergwerke, nicht das Recht haben, sich Gewißheit über die tatsächlich in Übung befindlichen Löhne durch förmliche Zeugeneinvernahme oder Büchereinsicht zu verschaffen, sondern mehr oder minder auf die freiwilligen Erklärungen der Arbeitgeber angewiesen sind. Doch kamen ihnen gewisse offizielle Enqueten, die vorher gemacht worden waren, zu Hilfe.

Um von den Ergebnissen der einzelnen Lohnämter zu sprechen, wollen wir uns nach Möglichkeit auf diejenigen des letzten Jahres beschränken, da die früheren an dieser Stelle als bereits bekannt vorausgesetzt werden können.

In Cradley Heath haben sich die Festsetzungen des Lohnnamtes, wie gesagt, leicht und vollständig durchgesetzt; die dortigen Heimarbeiterinnen sind, wie unparteiische Beobachter versichern, zu anderen Wesen geworden: ehemals der stumpfen Verzweiflung hingegeben, blicken sie nun froh in die Zukunft. Auch bei den Ladenbesitzern im Heimarbeiterviertel herrscht jetzt allgemeine Zufriedenheit über den Aufschwung der Verkäufe, wie ihn die höheren Löhne ermöglichen.

Die Frauen haben inzwischen einen Gewerkverein gebildet, und das Beispiel ist auch für andere Arbeitergruppen, die weniger gut bezahlt waren,

*) Näheres hierüber in der Novembernummer 1911. Die Redaktion.

ein so anregendes gewesen, daß diese sich gleichfalls organisiert und bereits durch Streikdrohung höhere Löhne erzielt haben.

In Nottingham wieder, bei den Spitzenerzeugern, erhalten die Arbeiter jetzt soviel, als ehemals die Zwischenmeister von den Unternehmern bekommen hatten. Die Zwischenmeister fordern und erhalten 20% Kommission von den Arbeitgebern, die also um diese Summe mehr zu bezahlen haben.

Außer diesen Lohnbehandlungen, hat das Lohnamt eine ganze Reihe von kleinen Mißbräuchen, die im Dunkel der nicht beachteten Verhältnisse hatten fortbestehen können, beseitigt.

Bei den beiden anderen, weit ausgedehnten Gewerben lag mit der Hauptarbeit bei den von den Lohnämtern errichteten Distriktskomitees. Verzögerte dies auch die endgültige Feststellung um einige Monate, so ist doch der letzte Lohnstarif, der des Schneidergewerbes, im November 1911 in Kraft getreten, und zwar wurde ein Minimum von 26 Pf. pro Stunde für die im Gewerbe beschäftigten Arbeiterinnen und ein Minimum von 34 Pf. für die männlichen Arbeiter festgesetzt bzw. wurden die Stücklöhne auf Grund dieser allgemeinen Bestimmung berechnet, was eine wesentliche Erhöhung gegenüber den vorher bezahlten Löhnen darstellt. Bei einer wöchentlichen Arbeit von 51 Stunden würde das für Arbeiterinnen 13,26 Mark ausmachen, somit immerhin ungefähr die im Anhang des Aufsatzes als notwendig für die Bestreitung des Lebensunterhaltes bezeichnete Summe. Ferner müssen nach den neuen Bestimmungen die Arbeitgeber sämtliche Arbeitsmaterialien, z. B. bei der Schachtelerzeugung den Gummi, bei der Schneiderei das Nähzeug bestreiten, was bisher etwa $1\frac{1}{2}$ Mark wöchentlich zu Lasten der Arbeiterinnen ausgemacht hatte. Auch dies ist reiner Gewinn für sie. Eigene Preise und Arbeitsbedingungen wurden für die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter festgesetzt, die jedoch bei Frauen mit der Erreichung des 18., bei Männern mit Erreichung des 21. Lebensjahres durch Tarifbestimmungen für erwachsene Arbeiter ersetzt werden müssen.

Fassen wir die bisherigen Ergebnisse zusammen, so finden wir für die lokal begrenzte Kettchen- und Spitzenerzeugung vollständigen Erfolg, für die dezentralisierten Gewerbe der Schachtelerzeugung und Schneiderei zunächst noch Übergangsverhältnisse, da erst die Feststellung eines neuen Stücklohnstarifes, entsprechend intensiven Nachforschungen durch die Fabrikinspektoren, zur Durchführung der Sprüche in allen Einzelheiten notwendig ist.

Als günstiges Ergebnis neben der Lohnerhöhung muß die oben erwähnte Verdrängung von Gewerbemißbräuchen, wie die Belastung der Arbeiter mit gewissen Arbeitsmaterialien, gerechnet werden, ferner die Verbesserung der Verhältnisse unter den jungen Arbeitern, die Anregung zu gewerkvereinerlicher Organisation sowie der Druck, der auf die Arbeitgeber geübt wird, ihren Absatz und ihre allgemeine geschäftliche Betätigung planmäßig zu gestalten, um Ersatz für die höheren Löhne der Heimarbeiter zu finden.

Wenn auch zum Teil von seiten der Arbeiter mit der Höhe der Minimallöhne nicht zufrieden, müssen doch dieselben als ein Beginn und Ausblick auf weitere Aufwärtsentwicklung gewertet werden. Gerade diese relativ bescheidenen Ansätze sind eine Gewähr dafür, daß keinerlei berechnete Interessen der Gewerbe leiden werden.



CLAIRE GÉRARD, PARIS: DAS „SCHWITZSYSTEM“ UND DIE „LABELS“.



N dem Kampfe gegen das Schwitzsystem haben die Vereinigten Staaten einen beträchtlichen Vorsprung gewonnen dank den sogenannten „labels“ (Gewerkschaftsabzeichen), welche dem Käufer unter guten Lohn- und Hygienebedingungen hergestellte Waren anempfehlen. Schon lange bevor die gegenwärtige Bewegung zugunsten eines gesetzlichen Minimallohnes für Frauen und Kinder einsetzte, sind auf angedeutetem Wege ausgezeichnete Erfolge erzielt worden, die es wohl verdienen, in Europa besser bekannt zu werden.

Um sich vor der Beschäftigungslosigkeit zu sichern, die durch Einführung von Maschinen in der Tabakmanufaktur drohte und um die Schmutzkonkurrenz der viel billigeren Handarbeit der Chinesen und anderer Einwanderer zu besiegen, hatten die Zigarrenarbeiter als erste die ingeniose Idee gehabt, die durch gewerkschaftlich organisierte Arbeiter hergestellten Zigarren mit einem besonderen Zeichen zu versehen. Das blaue Bändchen besagte, daß alle Erfordernisse der Reinlichkeit und Gesundheit bei ihrer Herstellung beobachtet worden waren, und dieser Appell an den Konsumenten verhallt in den Vereinigten Staaten niemals ungehört. Der Erfolg war ein augenblicklicher, ein alle Voraussicht überschreitender. Während die durch die Einwanderer hergestellten Zigarren durch den Spitznamen „Sterbezigarren“ gebrandmarkt wurden, erhielt das Erzeugnis der vergewerkschafteten Arbeiter die populäre Bezeichnung „Gesundheitszigarren“.

Nach den Zigarrenarbeitern griffen mehr als fünfzig Gewerkschaftsvereinigungen in Amerika hintereinander zum „label“, dem bezeichnenden Bändchen: 1885 die Hutmacher, 1887 die Typographen, 1889 die Schneider, 1891 die Konfektionsarbeiter, 1894 die Schuster, 1896 die Bäcker und Zuckerbäcker, 1897 die Mechaniker, 1898 die Instrumentenmacher, die Handlungsreisenden, die Tapezierer, 1899 die Fleischer und Selcher, 1901 die Friseure, die Juweliere, die Wäscher, 1902 die Müller, die Handschuhmacher, die Papiererzeuger, die Theaterangestellten, 1903 die Eisenbahnbeamten, die Weber und Spinner usf. Aber von all diesen Gewerkschaftsabzeichen ist und bleibt das verbreitetste doch immer noch das blaue Band der Zigarrenarbeiter.

Neben den verschiedenen mächtigen Verbänden von Arbeitern beiderlei Geschlechtes gibt es auch einige rein weibliche Vereinigungen und diese letzteren, die weiblichen Gewerkschaften, gehören zu den wertvollsten Hilstruppen der Anti-Sweating-Bewegung. Sie sind dazu bestimmt, die Lebensbedingungen eines großen Teiles der 6 Millionen Arbeiterinnen der Vereinigten Staaten zu verbessern, ihnen einen vernünftigen, zu einem anständigen Leben ausreichenden Lohn zu erringen. Unter solchen Schutzmarken steht die Erzeugung von Hemdblusen, von Leinenstickereien, Häubchen, Strumpfwirkwaren, Halskrausen, Glacéhandschuhen, Ledergürteln und anderen Galanteriewaren.

Nach dem Ausstand der Hemdblusennäherinnen, der die traurigen Verhältnisse in der Herstellung dieses Kleidungsstückes ans volle Tageslicht brachte, sahen sich viele Arbeitgeber unter dem Drucke der empörten öffentlichen Meinung genötigt, das Gewerkschaftszeichen der Näherinnen anzunehmen. Obwohl die amerikanische Gesetzgebung die Lohnfrage bis heute

noch immer nicht ernsthaft in Angriff genommen hat, konnten die Käuferinnen doch dem Übel steuern, indem sie das „label“ an der Innenseite des Blusenkragens verlangten. Es muß anerkannt werden, daß die Amerikanerinnen, durch eine nimmermüde Propaganda belehrt, nur äußerst selten sich dieser sozialen Pflicht entziehen.

Die Arbeitsbedingungen in der Kleiderbranche von New York, Chicago, Philadelphia und den anderen Städten der Vereinigten Staaten sind in Kürze folgende: In einer Fabrik für mit der Maschine genähte Kleidungsstücke schwankt der mittlere Lohn der unorganisierten Arbeiterinnen zwischen 5 und 6 Dollars die Woche. Zu Hause, in den Zinskasernen, wo das Proletariat der großen Städte sich drängt, sind ganze Familien bei der sogenannten „Endarbeit“ zu finden. Bei Arbeit bis Mitternacht kann eine Arbeiterin etwa ein Dutzend Beinkleider am Tage fertigstellen, wenn die Kinder ihr die Knöpfe annähen helfen. Ihr täglicher Verdienst übersteigt kaum 1,30 M., ob es sich nun um die Fertigstellung von Mänteln, Beinkleidern, Hemden, Kragen, Manschetten, von Überziehern, Miedern, Hemdblusen, Schneiderkleidern, von handgenähten Spitzen oder von Stickereien handelt. Seit Auftauchen des label ist überall, wo die Union ihre Gesetze erläßt, die Kinderarbeit in Näherei und Konfektion abgeschafft worden, der Arbeitstag auf 8 Stunden beschränkt, die Löhne sind um 50 % gestiegen. Wir haben oben schon angedeutet, welche Vorteile die Annahme der Gewerkschaftsmarke den Unternehmern bringt, die ihren Umsatz vervielfachen und dergestalt ihre Zugeständnisse kompensieren können.

Unter den Industrien, in denen das Schwitzsystem vor der allgemeinen Verbreitung des label besonders grausam gewütet hatte, heben wir die Fabrikation der Turfmützen hervor, die der Amerikaner von Kindheit an für Sport und Reise trägt. In den „Schwitzfabriken“ mußten die Arbeiter für etwa 60 Dollars eine Nähmaschine kaufen, deren wirklicher Wert 35 Dollars betrug; außerdem hatten sie die Kosten der motorischen Kraft zu tragen in Form eines Zehnten von 1,70 M., der wöchentlich erhoben wurde; sie kauften selbst das Garn, wodurch weitere 10 M. pro Woche abgingen. Durch andauernde Agitation hat die nationale Arbeitervereinigung unter Mithilfe ihrer Gewerkschaftsmarke das Verbot der Nachtarbeit erzwungen; ferner die Herabminderung der Arbeitszeit von 12 Stunden auf 9 und sogar 8 Stunden durchgesetzt und endlich eine Erhöhung des Wochenlohnes um etwa 40 % erreicht, der früher kaum 5—8 Dollars betrug.

Nicht minder traurig war die Lage der Handschuharbeiterinnen, die gegenwärtig durch ein blühendes label geschützt sind. Mit einem einzigen Streiche hat die Vereinigung alle unnötigen Ausgaben unterdrückt, die der Arbeiterin zur Last fielen, sie hat den Achtstundentag und die englische Arbeitswoche erreicht, und während früher die weibliche Handarbeit das Niveau der männlichen Löhne drückte, erhält jetzt endlich jeder und jede für gleiche Leistung auch gleichen Lohn.

Nichts Ungesunderes läßt sich denken als eine amerikanische Schuhfabrik vor Einführung des label. Es ist bekannt, daß die giftigen Dämpfe der Chemikalien oft ernste Erkrankungen bei jenen Arbeiterinnen hervorgerufen, die das noch feuchte Leder in die Schneidemaschine schieben. Auch hier hat das label helfend eingegriffen, indem es die weiblichen Löhne um 40—50 % erhöhte.

Aber die erzielten Erfolge sind ganz besonders bedeutsam in den Wäschefabriken, wo die Arbeit früher durch 10, 12, 14, ja 17 Stunden ununterbrochen

fortgesetzt wurde. Mit Hilfe der Gewerkschaftsmarke wurde die Dauer des Arbeitstages überall gleichmäßig auf 9 Stunden festgesetzt. Sieht der Kunde das label auf seinen Kragen und Manschetten aufgedruckt oder in dem Rechnungsbuche, das das gelieferte Wäschepaket begleitet, so hat er die Gewißheit, daß die Wäscherinnen in Waschbecken, in Waschküchen und Bügelräumen gearbeitet haben, die allen Anforderungen der Hygiene entsprechen, und daß sie einen Wochenlohn von 9—15 Dollars beziehen.

Übrigens wütet das „Schwitzsystem“ nicht nur unter den weiblichen Berufen, und das Los der Zigarrenarbeiter heischt geradeso unser Mitleid wie das der Näherinnen, die mit der „Endarbeit“ in Wäsche- und Kleidungsstücken beschäftigt sind. Die Volkszählung von 1905 berechnet die Todesfälle an Tuberkulose unter den nichtorganisierten Zigarrenarbeitern mit 65 auf Hundert. Auf Seite der Trade-Unionisten der gleichen Profession zählte man noch 1888 fast 51 % Todesfälle durch Tuberkulose, und diese Zahl stufte sich allmählich ab bis auf 24 % im Jahre 1905. Einige wenige hygienische Fürsorgeregeln, leicht aufzustellen und auszuführen, ermöglichten diese großen Erfolge. Die vergewerkschafteten Zigarrenarbeiter nehmen sich die Mühe, ihre Hände zu waschen, sie arbeiten in großen und luftigen Räumen. Manche modernen Fabriken können sich einer derart vollkommenen Ventilation rühmen, daß man nicht den leisesten Tabaksgeruch darin verspürt. Anstatt des dürftigen Lohnes der unorganisierten Zigarrenarbeiter, der ungefähr $3\frac{1}{2}$ Dollars wöchentlich beträgt, erhalten die Trade-Unionisten 10—12 Dollars wöchentlich und arbeiten nur 8 Stunden täglich. Während der Sommermonate können sie Sonne und Luft in der Umgebung der Fabriken genießen und leben auch den Rest des Jahres in gesunder, normaler Weise.

Dies sind in Kürze die großen Erfolge der überseeischen Trade-Unions. Wohl kann das label nur dann triumphieren, wenn hinter ihm eine Arbeitervereinigung auf dem Gipfelpunkte ihrer Macht und ihres Einflusses steht. Aber sollten nicht auch die Konsumenten selbst etwas Sorgfalt und Liebe auch im alten Europa für das Fortkommen einer kleinen Marke verwenden wollen, die die öffentliche Gesundheit und das allgemeine Wohl vor Frevel und einem Mutwillen, der den Lebensnerv der Gesellschaft bedroht, zu behüten imstande wäre?



EMIL BASLY, MITGLIED DES FRANZÖSISCHEN PARLAMENTS, PRÄSIDENT DES GEWERKVEREINES DER BERGARBEITER: DIE BERGWERKSVERSTAATLICHUNG IN FRANKREICH.



DER Internationale Bergarbeiterkongreß, der vor einiger Zeit in Amsterdam getagt hat, hatte in erste Linie seiner Beratungen die Frage der Verstaatlichung der Bergwerke resp. die Ersprießlichkeit dieser Maßregel vom Arbeiterstandpunkt aus gestellt. Allgemein bejahte man die Frage und sprach sich dafür aus, daß nur der Staatsbetrieb der Bergwerke ernste Garantien für entsprechend humanes Vorgehen den Arbeitern gegenüber bieten könne.

In Frankreich selbst steht die Frage seit langem im Mittelpunkt der Bergarbeiterbestrebungen, wird die Verstaatlichung von ihnen immer wieder gefordert und hat der Gedanke auch bei unbeteiligten Kreisen viel Sympathie gewonnen, vor allem um der ganz besonderen Rücksichtslosigkeit der französischen Bergwerksgesellschaften willen. Diese suchen alle, vom Parlament beschlossenen Schutzgesetze für Bergarbeiter in der Ausführung zu verschleppen, weigern sich, das Gesetz, welches die Ernennung von Bergarbeitervertretern, die die Sicherheit der Bergarbeiter beaufsichtigen sollen, in der vom Gesetze vorgesehenen Weise zu genehmigen, setzen der Errichtung der Hilfskassen und der Festlegung eines Maximums an Arbeitsstunden ihren stumpfen Widerstand entgegen. Nur energisches Vorgehen der Regierung hat teilweise Abhilfe schaffen können.

Man verhandelt nun im französischen Parlamente eine Abänderung des Gesetzes vom Jahre 1810, welches den Betrieb der Bergwerke gestattete, und es steht bereits außer Zweifel, daß hier eine wesentliche Wandlung der Verhältnisse eintreten werde. Fraglich ist nur, ob man zur wahren Verstaatlichung der Bergwerke oder zur bloßen Festlegung einer Gewinnbeteiligung von Staat und Arbeitern an den Gewinnen der Gesellschaft greifen werde.

Die Geschichte der französischen Bergbetriebe gibt in der Tat wertvolle Stützpunkte für ein derart radikales Vorgehen. Erst Napoleon im Jahre 1810 hat tatsächlich den Privatbergwerksbetrieb begründet. Vorher hatten die Könige Frankreichs das Bergrecht als Regal betrachtet und sich desselben nur vorübergehend und gegen hohe Entschädigung entäußert. Auch die konstituierende Versammlung des Jahres 1791 sprach sich für das Staatseigentum an Bergwerken aus. Und trotz der entgegengesetzten Lösung der Frage durch den despotischen Willen Napoleons behauptete sich die **V o l k s - s t i m m u n g**, daß die Schätze, die unter der Erde liegen und von keiner menschlichen Arbeit herkommen, eine freie Gabe der Natur an die Gesamtheit der Menschen sind und auch dieser Gesamtheit: dem **S t a a t e**, als Vertreter der gegenwärtigen und künftigen Generationen, gehören sollen. In den 100 Jahren seit dem Napoleonischen Gesetz gab es eine große Reihe von Versuchen und Anträgen, zum staatlichen Bergwerksbetrieb zurückzukehren. Speziell nach gewissen großen Streiks drang man im Parlamente auf Entziehung der den Gesellschaften gewährten Konzessionen, und schon vor 25 Jahren sprach sich eine nach einem großen Streik ernannte Parlamentskommission für eine Abänderung des Napoleonischen Gesetzes aus. Im Jahre 1894 stellte Jaurès im Parlamente den Antrag, die Konzessionen der Gesellschaften aufzuheben und die Bergwerke in staatlichen Betrieb zu übernehmen. Das unveräußerliche Recht der Nation an ihren Boden sei auch gegenüber der Napoleonischen Gesetzgebung bestehen geblieben, und eine Entschädigung der enteigneten Besitzer habe bloß, insoweit die Billigkeit dies erheische (Jaurès schlägt sie für Besitzer, deren Jahreseinkommen unter 30 000 Franken bleibt, vor), zu erfolgen.

In den Jahren 1902, 1906 und 1910, am Beginn jeder Sitzungsperiode, habe ich selbst im Parlamente Anträge gestellt, keinerlei neue Konzessionen für Bergwerksbetrieb zu erteilen und die bestehenden zu unterdrücken.

Haben es nun diese Anträge vermocht, seien es gewisse Umstände der allgemeinen Politik, sei es der Unwille von Regierung und Parlament gegenüber dem Widerstande der Gesellschaften gegen jede Arbeiterschutzgesetzgebung — die Frage ist in den letzten Jahren mehr und mehr in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gerückt. Statistiken über die Gewinne der

Bergwerksgesellschaften wurden bekanntgegeben, die die öffentliche Meinung verblüfften. So wurde gezeigt, daß ein Anteilschein eines Bergwerks, der zur Zeit der Gesellschaftsgründung einen Wert von 1000 Frank besaß, am 27. Juli 1912 an der Börse zu Lille einen Preis von 855 000 Franken erzielte; die Jahresdividende für eine Aktie zu 1000 Franken beträgt 35 000 Franken.

Die Gesellschaft von Aniche ist in ähnlich günstiger Lage. Die Aktionäre haben seinerzeit etwas weniger als 1000 Franken pro Aktie eingezahlt. Im Jahre 1840 repräsentierte dieselbe einen Wert von 8000 Franken, 1860 60 000 Franken, 1867 100 000, im vergangenen Jahre 682 000 Franken (die Dividende 14 000 Franken *).

In Bruay betrug der ursprüngliche Anteilsschein 1000 Franken, heute hat er einen Wert von 150 000 Franken. Das Bergwerk in Courrières, berüchtigt durch seine furchtbare Brandkatastrophe, wurde 1852 begründet. Damals betrug der Wert einer Aktie 300 Franken, heute 140 000 Franken. Ähnlich in Lens. Die Aktien im ursprünglichen Wert von 1000 Franken repräsentieren heute einen Wert von 154 000 Franken pro Aktie.

Dabei sind die Dividenden scheinbar gegen jede Gefahr gesichert. Die französische Kohlenproduktion versieht nur einen Teil des heimischen Marktes, sie ist gegen die ausländische Einfuhr durch Zölle geschützt, die ihr einen großen Gewinn zubringen.

In der letzten Sitzungsperiode wurde endlich eine Kommission zur Umarbeitung des Bergwerksgesetzes eingesetzt, die sich mit meinem Antrage auf Verstaatlichung der Bergwerke befaßte. Der Abgeordnete Zevaès wurde zum Berichterstatter ernannt und arbeitete in der Tat ein Projekt aus, das in den Hauptzügen mit meinem Antrag übereinstimmt. Dieses Projekt wurde nach langer Diskussion von der Parlamentskommission angenommen und der Sieg schien nahe: der erste Artikel des Gesetzes enthält die Bestimmung, daß die Bergwerke Staatseigentum darstellen. Vom Tage der Veröffentlichung des neuen Gesetzes an werde sich keine Bergwerkskonzession mehr in Frankreich in Händen von Privaten befinden. Die Entschädigung der derzeitigen Besitzer wird durch ein besonderes Gesetz bestimmt und in Zukunft betreibt der Staat selbst die Bergwerke (die eingehenden Bestimmungen für diesen Betrieb sind in den „Dokumenten des Fortschritts“ **) erörtert worden). Seither ist allerdings ein Rückschlag gekommen, die Gesellschaften haben durch ihre Freunde im Parlamente einen lebhaften Druck ausüben lassen, und die mit Beginn der neuen Sitzungsperiode neu ernannten Bergwerkskommissionen haben den Bericht Zevaès nicht wieder aufgenommen, sondern verhandeln von neuem über die Prinzipien der neuen Gesetzgebung.

Ob man neuerdings ein Projekt der sofortigen Verstaatlichung ausarbeiten oder ob man zunächst bloß Gewinnbeteiligung von Staat und Arbeitern festlegen würde, ist ungewiß. Jedenfalls würde die erstere Maßnahme zugleich all die schwebenden Einzelfragen der Altersversorgung, des Minimallohnes, der Arbeitsbeschränkung, der größeren Sicherheit in den Bergwerken, der Verhütung der Bergarbeiterstreiks einer raschen Lösung zuführen. Wie immer dem jedoch sei, ein Weiterbestehen des rein privaten Bergwerksbetriebes in Frankreich ist ausgeschlossen.

*) Die Ziffern entnehme ich aus dem Bericht, den Deputierter Zevaès im Namen der zuständigen Parlamentskommission erstattete.

**) Mai-Nummer des Jahres 1912.

DR. VON URSIN, EHEMAL. VIZEPRÄSIDENT DES FINNISCHEN LANDTAGES (ABO): DAS VERBOT DER NACTARBEIT IM FINNISCHEN BÄCKEREIGEWERBE UND SEINE MUSTERGILTIGEN ERGEBNISSE.



IE kann das Bäckereigesetz Finnlands in den Kulturstaaen Europas Interesse erwecken? Haben wir durch dies Gesetz etwas zustande gebracht, das anderen Nationen vielleicht als Vorbild dienen könnte? Ich glaube, diese Frage ohne Anmaßung bejahen zu können.

In einer finnländischen Bäckerei darf an Sonn- und Feiertagen nicht gearbeitet werden. Die Nactarbeit (von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens) ist verboten — den Tag vor einem Sonn- oder Feiertag wird sogar nur von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends gearbeitet (mit Ausnahme von 10 Nächten im Jahr, für die aber besondere behördliche Erlaubnis erforderlich ist, und über die Buch geführt werden muß). Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 48 Stunden (höchstens 10 St. täglich), mit Ausnahme von 100 Stunden im Jahr (mit höchstens 10 Stunden in der Woche); auch hierüber muß Buch geführt werden. Der Arbeiter ist nicht verpflichtet, Nacht- und Überzeitarbeit zu verrichten; geht er darauf ein, so müssen zu seinem vertragsmäßigen Lohn wenigstens 50 % hinzugeschlagen werden. Der Lohn darf nur in barem Gelde, nicht in Form von Wohnung, Essen usw. ausgezahlt werden. Übertretungen werden mit Strafen von 8 bis zu 570 deutsche Reichsmark belegt. Für Kinder, Jugendliche (15—18 Jahre) und Frauen gelten schon früher erlassene Gesetze, Kinder unter 12 Jahren dürfen überhaupt nicht, Kinder zwischen 12 und 15 höchstens 8 Stunden des Tages mit größeren Zwischenpausen zur Arbeit angehalten werden. Das Gesetz umfaßt alle Betriebe, die nach dem Gewerbegesetz der Anmeldepflicht unterworfen sind, d. h., alle Bäckereien, in denen der Inhaber andere Gehilfen als sein Weib und seine unmündigen Kinder zur Arbeit heranzieht. Die sanitären Vorschriften wurden von der Regierung auf administrativem Wege erlassen. In jeder Stube der Bäckerei soll ein gedrucktes Exemplar des Gesetzes an sichtbarer Stelle zu finden sein.

Dies der wesentliche Inhalt des finnländischen Bäckereigesetzes. Zwei Punkte springen sogleich in die Augen. Erstens, daß es das erste Gesetz in ganz Europa ist, abgesehen von den Bestimmungen einiger Staats- und Gemeindewerke, wie auch einiger ganz besonders gefährlicher Betriebe, das eine 8 stündige Arbeitszeit für alle, auch die erwachsenen Arbeiter eines Gewerbes festlegt: Die 48 stündige Arbeitswoche des finnischen Gesetzes ist ja nichts anderes. Das französische Grubengesetz von 1905 gab den Grubenarbeitern erst im Jahre 1910 die 8 stündige Arbeitszeit und das auf 8 Arbeitsstunden zielende englische Grubengesetz wurde vom englischen Parlament erst am 21. Dezember 1908, d. i. ein Jahr nach Erlaß des finnischen Bäckereigesetzes (22. Oktober 1907) angenommen.

Wenn man von den Grubengesetzgebungen vollständig absieht, die wegen der Arbeit unter der Erde eine ganz eigentümliche Stellung einnehmen, so kann man das finnische Gesetz als einen bedeutenden Schritt nach vorwärts

in Europas Arbeitergesetzen ansehen. Es ist ein entschiedener Vorstoß nach dem englischen Arbeitermotto:

„Eight hours to work, eight hours to play,
Eight hours to sleep, eight shillings a day.“

Das Gesetz eröffnete besonders durch seine erste Forderung eine ganz neue und weitgehende Bahn. In der klaren Voraussicht, daß eine gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit auch der erwachsenen männlichen Arbeiter weitere Folgerungen nach sich ziehen werde, widersetzte sich der manchersterliche Ausschuß, der die Bäckereivorlage im Landtag des Jahres 1904/5 behandelte, sogar einer allgemeinen Beschränkung der Arbeitszeit nur auf 12 (resp. 10) Stunden täglich.

Aber auch durch viele andere fortschrittliche Bestimmungen ist das finnische Bäckereigesetz allen anderen Bäckereigesetzen Europas voran. Vielleicht ist es an dieser Stelle von Interesse, ein Streiflicht auf die betreffenden Gesetzgebungen der anderen Länder zu werfen. Das nach dem finnischen fortgeschrittenste Bäckergesetz in Europa hat Norwegen. Hier dauert das Nachtarbeitsverbot von 8 Uhr abends bis 6 (resp. 5) Uhr morgens (mit Ausnahme vor Festen u. a.); die wirklich zulässige Arbeitszeit beträgt allerdings 11 Stunden und Kinder dürfen nicht vor dem 14. Jahre zur Arbeit verwendet werden. Von Sonnabend abend 6 Uhr ruht die Arbeit bis Sonntag nacht um 12 Uhr (in Finnland: Montag morgen 6 Uhr). Andere fortschrittliche Bestimmungen finden sich nicht. — Im Kanton Tessin ist Nacharbeit (9 bis 4 resp. 3 Uhr) mit Ausnahmen verboten, aber der Arbeitstag beträgt ebenso wie in Norwegen 11 Stunden, ein wöchentlicher Ruhetag ist gewährt. In der übrigen Schweiz kommen mehrere altertümliche Bestimmungen vor, z. B. in der Stadt Basel dürfen sogar Lehrlinge mit angemessenen Pausen Nacharbeit (11 resp. 10 Uhr bis 6 Uhr) verrichten; die überwiegende Mehrzahl der Schweizer Bäckereien hat noch eine wöchentliche 90—100 stündige Arbeitszeit. In Italien ist nur Nacharbeit (9 resp. 11 bis 4 resp. 2 Uhr) mit Ausnahmen verboten, in Dänemark nur jugendlichen Arbeitern; Deutschland hat nur einen 12 stündigen Maximalarbeitstag der Gehilfen und Lehrlinge und auch diese Grenze gilt nur, wenn die Gehilfen auch nachts (8½ bis 5½ Uhr) beschäftigt werden. Für Holland (Nachtarbeitverbot: 8 (10) bis 6 (4) Uhr, mit mehreren Ausnahmen und Sonntagsarbeit), für Österreich in den verschiedenen Betrieben von 8 bis zu 12 Stunden, gemildert durch Sonntagsruhe und höhere Entschädigung für Überzeitarbeit), für Frankreich (Nachtarbeit 9 bis 5 (4) Uhr mit Ausnahme von 14 Tagen im Jahre untersagt) und England (Nachtarbeit 2 Uhr nachts bis 5 Uhr morgens nicht gestattet) liegen wohl Anträge vor, aber nur die österreichische und französische Vorlage sind nur von den betr. Arbeitsbeiräten angenommen, jedoch nicht von den Parlamenten. Und das ist auch alles. Wie man sieht, seufzen in ganz Europa die Bäcker unter einem schwereren Joch, als in Finnland.

Die erste Gewerkschaft der Bäcker Finnlands wurde im Jahre 1888 gegründet, 5 Jahre nach der Gründung des ersten finnischen Arbeitervereins. Sie begann damit, die prinzipielle Abschaffung der Nacharbeit (9 bis 5 Uhr) und der Sonntagsarbeit zu fordern und stieß damals auf den hartnäckigen Widerstand der Arbeitgeber. Mehr als ein anderes Gewerbe steht aber das Bäckergewerbe in direkter Fühlung mit dem Publikum bis in seine höchsten Schichten. Und dieses Publikum hatte ein Interesse daran, daß sein Brot unter hygienischen Verhältnissen von gesunden Menschen geknetet und ge-

backen würde. Darum wurde eine Petition im Landtag des Jahres 1897, die ganz bescheiden nur eine Untersuchung der Bäckereiverhältnisse forderte, von allen Ständen fast einstimmig angenommen, und nur noch Vertreter der kapitalistischen Bourgeoisie hielten diese Maßregel für überflüssig. Als mit der Zeit von einem Resultat der Petition nichts verlautete, ging den Arbeitern die Geduld aus: Im Sommer des Jahres 1899 brach ein Streik aus, der mit der Niederlage der Backarbeiter endigte. Man spricht bei uns, auch unter den Arbeitgebern viel von Vaterlandsliebe, aber bei Arbeitseinstellungen erweist sich der Kapitalismus immer als international: man suchte und fand Streikbrecher aus Rußland.

Aber seit dieser Zeit kam Leben in die finnischen Arbeiter — im Jahre 1899 wurde die finnische Arbeiterpartei gegründet. Die verlangte Untersuchung kam zuletzt zustande und ergab im Durchschnitt 13 Stunden Arbeitszeit in den Bäckereien und wenigstens in einem Drittel derselben regelmäßige Nachtarbeit. Das Industrieamt schlug — zweifellos unter dem Eindruck der vorwärts marschierenden Arbeiterbewegung — ein recht fortschrittliches Bäckereigesetz vor (keine Nachtarbeit von 9 bis 6 Uhr, Samstag von 6 Uhr nachmittags bis Sonntag 6 Uhr nachm. frei, sonst 12 stündige Arbeitszeit). Die größeren Bäckermeister ergrimmten hierüber. Sie kamen in der Hauptstadt zusammen — von Finnlands damaligen 900 Meistern allerdings kaum 50 an der Zahl —, sprachen von „Agitation“ und „unverständigen Theoretikern“ und machten eine Eingabe bei der Regierung, in der sie energisch gegen die geplanten Veränderungen protestierten. Auf der anderen Seite bildeten wieder die ärztlichen Vereine, Gesundheitsämter und gemeinnützigen Vereine zusammen mit den Arbeitern, eine kompakte Organisation, wie sich z. B. in Frankreich eine solche in bezug auf Godarts Vorlage über die Abschaffung der Nachtarbeit in den französischen Bäckereien gebildet hat.

Im Jahre 1904 rafften sich die gegnerischen Elemente etwas auf: die Regierungsvorlage enthielt das Verbot der Nachtarbeit von nur 12 bis 6 Uhr. Mit dieser Vorlage befaßte sich der Landtag ebensowenig wie mit anderen, die keine direkte Wiederherstellung der gesetzlichen Verhältnisse bezweckten, aber aus rein manchesterlichen Gründen, wie er selbst zugab, — verwarf der Ausschuß sowohl das eigentliche Nachtarbeitsverbot wie eine vorgeschlagene 10 stündige Arbeitszeit. Da bildete sich im Jahre 1905 der Zentralverband der Bäcker. Man forderte im selben Jahr auf dem ersten Kongreß vor allem die Beseitigung der Nachtarbeit. Man führte besonders aus, wie in den frühen Morgenstunden nach der Nachtarbeit der Wille des Arbeiters von der Arbeit und dem Wachen geschwächt ist; ein regelmäßiger Verkehr von Dirnen findet in den Bäckereien statt und macht diese Lokale zu Brutstätten venerischer Krankheiten! Tatsächlich fand man, daß fast jeder zweite junge Backarbeiter eine solche Krankheit hatte! Die Bäcker drohten mit einem neuen Streik.

Es lag Demokratie in der Luft, wie Elektrizität, die sich entladen wollte. Das alte Regierungssystem hatte sich überlebt, ein neues war im Werden. Die Bäckermeister gingen auf eine Verständigung ein mit Ausnahme derjenigen Viborgs, die durch eine Invasion undisziplinierter russischer Arbeiter bedroht waren. Man einigte sich z. B. in der Hauptstadt Helsingfors über die vollständige Beseitigung der Nachtarbeit (9 bis 6 Uhr) — unter Nachtarbeit war auch das Heizen der Öfen inbegriffen — und dasjenige der Sonntagsarbeit; die Arbeitszeit sollte 9 Stunden betragen mit einer einstündigen Pause; der Lohn sei nur in Geld zu bezahlen; für Überarbeitszeit

seien 50 bis 100 % zu vergüten usw. Die Tarifvereinbarungen in den übrigen Städten trugen wesentlich dieselben Züge. Man kann also sagen, daß der gewerkschaftliche Kampf der Backarbeiter das alles und fast noch mehr erreicht hatte, als was dann im Gesetz zum Ausdruck kam. Aber selbstverständlich besteht noch ein gewaltiger Unterschied zwischen einem Tarifvertrag und einem Gesetz. Es ist vollkommen sicher, daß jetzt in den Zeiten der Reaktion alle Errungenschaften der gewerkschaftlichen Tätigkeit schon verloren gegangen wären, wenn kein Gesetz existierte.

Im September des Jahres 1905 erschien eine ausgezeichnete Untersuchung der Bäckereiverhältnisse Finnlands von unserem vorzüglichsten Sozialstatistiker Snellman. Sie gibt ein anschauliches Bild derselben unmittelbar vor Annahme des Gesetzes. Deswegen und weil sie nicht wenig zum Zustandekommen des Gesetzes beigetragen hat, mögen die hauptsächlichen Resultate hier ganz kurz mitgeteilt werden. Ich führe vergleichsweise einige entsprechende Zahlen für Deutschland aus den gleichzeitigen statistischen Erhebungen des deutschen Bäckergewerbes an.

Die Untersuchung umfaßte 696 Arbeitsplätze (358 städtische und 338 ländliche) mit 65,5 % männlichen und 34,5 % weiblichen, 50,6 % gelernten und 49,4 % ungelernten Arbeitern. Hiervon standen in einem Alter von

15—19 Jahren 25,3 %, in Deutschland 23 %

20—24 Jahren 28,2 %, in Deutschland 38,1 %

25—40 Jahren 32,9 %, in Deutschland 33,5 %.

also über die Hälfte in einem ganz jugendlichen Alter, in Deutschland freilich in noch höherem Grade. Die Arbeitszeit betrug:

48 Stunden oder weniger bei	4,8 %	} 63,3 % in Deutschland
48—60 Stunden oder bei	10,3 %	
60—72 Stunden bei	24,2 %	
72—84 Stunden bei	29,6 %	
84—96 Stunden bei	18,2 %	} 34,7 % (mehr als 12 Std. täglich).
96 bis über 120 (!)	4,5 %	

Keine eigentlichen Pausen hatten 48,6 % (in Deutschland 54,5 %); 43,7 % hatten nicht einmal für den Mittag eine nennenswerte Pause. Nachtarbeit (9 bis 5 Uhr) hatten 50,9 %, doch überhaupt weniger auf dem Lande und in den kleinen Städten. Hiervon hatten 22,6 % 42—49 Stunden Nachtarbeit in einer Woche, also 7—8 Stunden sechsmal wöchentlich, 5,7 % sogar 49—56 Stunden oder 7—8 Stunden jede Nacht! Die letztgenannten vor allem in den östlichen Teilen, wo die Nähe von Rußland einwirkt. Sonntagsarbeit wurde von 34,5 % verrichtet (in Deutschland 91 %!). Die Lehrlinge arbeiteten überhaupt länger als die Erwachsenen gerade wie in Deutschland. Eine 8 stündige Nachtruhe hatten wohl die meisten, aber auch diese war sehr unregelmäßig und in mehreren Abschnitten wie in Deutschland. Man versteht also sehr gut, warum der manchesterliche Ausschuß des Landtags 1904 statt eines Verbots der Nachtarbeit, die eine Einschränkung der Gewerbefreiheit bedeuten sollte, eine (freilich ununterbrochene) Ruhezeit von 8 Stunden vorschlug. Ebenso versteht man recht gut, daß die Leute die anstrengende Arbeit (besonders bei Nacht) nicht lange aushalten, sondern so bald wie möglich eine andere womöglich leichtere Beschäftigung aufsuchen: 50 % aller Bäcker Finnlands (gegen 66,7 % in Deutschland) verblieben höchstens ein Jahr auf derselben Stelle. Ein regelmäßiges Familien-

leben war natürlich ebensowenig möglich: nur 10 % (gegen 21,2 % in Deutschland) waren verheiratet. Was eine derartige Ehelosigkeit für die Verbreitung venerischer und anderer Krankheiten unter den Bäckereiarbeitern bedeutet, versteht sich von selbst, wie wir ja schon oben auf den Ausspruch der Arbeiter selbst hingewiesen haben.

Der jährliche Lohn (inklusive Naturalien) war unter 300 f. M. bei 0,8 % Männern und 5,9 % Frauen, 300—500 bei 9,4 % und 26,6 %, 500—1000 bei 59 % und 66,9 %, 1000 und mehr bei 30,8 % und 0,8 %. Der höhere Lohn der männlichen Arbeiter beruht, wie ein sozialistischer Arbeitgeber mir versicherte, darauf, daß die Frau die anstrengende Bäckereiarbeit nicht so gut aushält wie der Mann. Ausschließlichen Geldlohn bekamen nur 24,7 % (in Deutschland 28,1 %, im Jahre 1910 schon nach dem Jahrbuch des Zentralverbandes der Bäcker (S. 156) 33,3 %), und je größer die Entschädigung in Natura, desto kleiner war in der Tat der Lohn; je größer aber der Barlohn, desto geringer war die Entschädigung in Natura, was ja auch die deutschen Verhältnisse bestätigten (im Jahre 1908 betrug z. B. der Wochenlohn 26,97 Mk. bar, aber 21,72 Mk. Kost und Wohnung eingerechnet). Kost und Wohnungssystem herrschte in etwas über 70 % (in Deutschland 69,5 %). Die Wohnung war genügend (6 qm Boden, 20 qbm Luft, 16 % Fenster- und Bodenverhältnis) in 45,8 % (in Deutschland nach Calwers fast ähnlichen Voraussetzungen nur in 16,8 %). Unsauberkeiten gab es massenhaft und auch andere Un-erträglichkeiten, wie sie ja auch die eben angedeutete Untersuchung von Calwer sehr reichlich zutage gefördert hat.

Es versteht sich, daß die Aufdeckung solcher Mißstände nicht ganz ohne Wirkung bleiben konnte, besonders als die höheren Stände, wie schon hervorgehoben, hierdurch ihre Gesundheit bedroht sahen. Aber die ökonomisch und kapitalistische Entwicklung läßt sich wenig von gesundheitlichen und sentimentalischen Rücksichten beeinflussen. Früher schon waren große Mißstände auf dem Gebiet des Bäckereibetriebes bloßgelegt, aber ohne merkbares Resultat. Sicher wäre es auch nach dieser verdienstvollen Untersuchung ebenso gegangen, wäre nicht gleich nachher der Generalstreik ausgebrochen. Die konservativen Elemente waren lahmgelegt und zum Nachgeben geneigt oder — richtiger gesagt — gezwungen. Der progressive Zug der Zeit wirkte noch bei dem Landtag des Jahres 1907 nach. Schon die Regierungsvorlage war ein Beleg dafür. Freilich fand sich darin keine Bestimmung betreffend die Arbeitszeit am Tage, aber sehr wenig von der Sonntags- und Nachtarbeit.

Und doch, welcher erbitterter Kampf wurde im Landtag um das jetzige Gesetz geführt. Prof. Emmerich sagte vor 10 Jahren in einem Vortrage auf der Jahresversammlung des deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege, daß, „wenn bereits im Bäckereigewerbe eine erhebliche Besserung der Mißstände eingetreten sei, die vornehmlich dem Eingreifen der Sozialdemokratie zu verdanken sei“ (man denke z. B. an Bebels bekanntes Buch!), und dieser Ausspruch bestätigte sich glänzend in der Debatte des finnischen Landtags über diese Frage. Die Sozialdemokraten — an Zahl 80 in einem Gesamtrahmen von 200 Abgeordneten — gingen mit der größten Entschiedenheit vor. Er wurde im Plenum 103 mal ums Wort gebeten, und das offizielle Protokoll füllt 98 dichtgedruckte Oktavseiten aus. Es war die erste sozialpolitische Vorlage par préférence im neuen Landtag nach dem großen Generalstreik, und die alte und die neue soziale Welt platzten hier schroff aufeinander.

Kein finnische Gesetz hat in derselben Sitzungsperiode, überhaupt kaum je, so viele Umwege gemacht, als eben dieses Bäckereigesetz. Es war ein typisches Beispiel dafür, wie auch in einer vollkommen demokratischen Vertretung wichtige Vorlagen, wenn die Parteien entschieden gegeneinander Stellung genommen haben, verschleppt werden können. Die Vorlage wurde erst im Plenum behandelt, dann kam sie an den sozialen Ausschuß, wo sie recht gründlich durchgearbeitet wurde, nachdem man die Arbeiter gehört hatte (trotz der Einladung erschienen keine Arbeitgeber). Dann kam die Vorlage wieder in das Plenum, wurde hierauf in den „großen Ausschuß“, eine Nachbildung des norwegischen „Lagting“ mit 60 Mitgliedern (von 200), verwiesen. Dieser seinerseits verwies sie noch einmal zum sozialen Ausschuß; dann wurde sie wieder im großen Ausschuß behandelt, ging hierauf zum Plenum zur zweiten Behandlung (Spezialbehandlung) über, gelangte noch einmal wegen in der Vorlage gemachter Änderungen zum großen Ausschuß, von wo sie wieder ins Plenum zur erneuten zweiten Behandlung kam, um dann nach drei Tagen endlich angenommen zu werden. Dies kann mit Recht als eine sehr gründliche Behandlung angesehen werden.

Von der Debatte möchte ich hier nur soviel hervorheben, als das Ausland vielleicht interessieren und möglicherweise auch aufklären könnte.

Am meisten Beachtung verdient der Ausspruch eines bürgerlichen Leiters einer größeren genossenschaftlichen Bäckerei, daß er vor drei Jahren kräftige, gesunde Frauen in Arbeit genommen habe, jetzt aber trotz seiner guten Einrichtungen an Stelle der rosigen Gesichtsfarbe eine graue getreten sei. Ebenso sei es ihm mit den Männern gegangen: sie sind jetzt abgemagert und schwächlich. Er versicherte wiederholt, daß dem Gewerbe eine 8 stündige Arbeitszeit vollständig genügt. Eine sozialdemokratische Abgeordnete (Frau Pärssinen) zeigte, wie auf drei Schichten (6 bis 10 + 12 bis 4; 8 bis 12 + 2 bis 6; 10 bis 2 + 4 bis 8) ganz gut von 6 Uhr morgens bis 8 Uhr abends (welche Zeit ja auch das norwegische Gesetz feststellt) die Arbeit verteilt werden könnte, und sie wurde von einer bürgerlichen Abgeordneten (Fräulein Hagman) und einem sozialdemokratischen Facharbeiter unterstützt. Dennoch befürwortete sogar der Führer der altfinnischen Partei im großen Ausschuß die Ausdehnung der Arbeitszeit bis um 9 Uhr abends. Als ich nebst einigen anderen der Verwunderung Ausdruck gab, daß ein Professor der Universität, also ein Vertreter der höchsten Bildung, die Bäckereiarbeiter, wenigstens teilweise von den täglich um 8 Uhr abends beginnenden Arbeitervorlesungen ausschließen wollte, erhielt ich eine Antwort. Es war unmöglich, die Arbeitszeit auf die Zeit bis 8 Uhr abends zu beschränken. Übrigens wurde im sozialen Ausschuß der 9 stündige Arbeitstag mit 9 Stimmen gegen 7 (sozialdemokratische) beschlossen. Im „großen Ausschuß“ siegte merkwürdigerweise die 8 stündige Arbeitszeit mit absoluter Mehrheit (31 : 17 Stimmen), aber in der anderen Lesung siegte der 9 stündige Tag mit einer Stimme Mehrheit! Und obgleich im Plenum die 48 stündige Arbeitswoche mit 105 Stimmen gegen 83 angenommen wurde (mein Vorschlag des 8 stündigen Tages wurde mit 98 gegen 91 verworfen), hielt der große Ausschuß mit 5 Stimmen Mehrheit (von 40 Anwesenden) an der 54 stündigen Arbeitswoche fest. In der anderen Spezialbehandlung des Plenums wurde sehr ironisch das Plenum als „Unterhaus“ bezeichnet und dieses aufgefordert, der Weisung des „Oberhauses“, des großen Ausschusses, nicht Folge zu leisten. In der schließlichen Abstimmung hielt auch das „Unterhaus“ am dem ursprünglichen Beschluß (48 Stunden)

fest mit einer Mehrheit von nur 4 Stimmen (91 : 87). Man sieht, wie wenig fehlte und der 8-Studentag wäre verloren gegangen, obgleich in der Reservation der Sozialdemokraten auf die günstige Erfahrung mit der gewerkschaftlichen Herabsetzung im Jahre 1882 von 15 (!) Stunden auf 8 in Melbourne hingewiesen wurde.

Noch größeren Widerstand rief der Vorschlag, das Kost- und Logiswesen zu beseitigen, hervor. Es ist bekannt, daß die Sitte der Bäckermeister, den Lohn ihrer Arbeiter teilweise durch Kost und Logis zu vergüten, eigentlich eine Unsitte ist. Man gibt dem Arbeiter sowohl das eine wie das andere schlechter und teurer als recht und billig wäre: es ist tatsächlich eine Art von Trucksystem, dessen Wesen ja darin besteht, daß der Arbeiter irgendwie gezwungen ist, Naturprodukte zu allzu teuren Preisen an Stelle von barem Geld anzunehmen. Die schädlichen Folgen desselben haben mehrere deutsche Sozialpolitiker, wie z. B. Weingärtner (Der Kost- und Logiszwang im Bäcker-gewerbe, bes. II. Kap.) und bes. Calwer (Das Kost- und Logiswesen im Handwerk aufgedeckt). Dieselben Schäden haben sich auch bei uns eingestellt. Unsere Gewerbeordnung erlaubt eigentlich von der Barzahlung keine Ausnahme, wie sie die deutsche Reichsgewerbeordnung (§ 115) gestattet. In der Debatte wurde sehr witzig hervorgehoben, daß auch nicht die Schustermeister Essen und Stiefel im Lohn eingerechnet fordern, was ja ebenso vernünftig wäre. Wie lieb diese Art der Ausbeutung den Fürsprechern der Bäckermeister geworden, sieht man am besten daraus, daß eben derselbe Führer der Altfinnen, Prof. Danielson, ganz offen drohte — was er sonst nie getan hatte — daß, wenn man diesen Punkt im Gesetz belassen wollte, er das ganze Gesetz zu Fall bringen würde. Es wurde trotzdem nach einer erbitterten Debatte — wo der Hammerschlag des Vorsitzenden mehr als einmal gehört wurde — mit der Mehrzahl von einer einzigen Stimme (92 : 91) angenommen. An mehreren Stellen in Deutschland, z. B. in Mannheim, ist dies Trucksystem gewerkschaftlich beseitigt und man scheint überhaupt hier auch von seiten der Arbeitgeber weniger darauf erpicht zu sein.

Die Beseitigung der Sonntagsarbeit ging ziemlich leicht vonstatten *), weil besonders die Altfinnen, die — freilich vergeblich — vorgeschlagen hatten, immer die Plena mit Gebet zu beginnen — sich nun schämten, einen weniger frommen und religiösen Eindruck zu machen. Doch stimmte schon im sozialen Ausschuß ein Geistlicher für Sonntagsarbeit und andere „Christliche“ folgten seinem Beispiel — der Mammonismus siegte, wie öfters, über die Religion. Aber die meisten wollten doch wenigstens öffentlich den Schein aufrecht erhalten, weil man sie darauf aufmerksam machte, daß L. v. Ranke die Sabbatsruhe als die erste große Freiheitsbewegung der Arbeitssklaven bezeichnete.

Das Gutachten des Senats d. h. der einheimischen Regierung, lautete auf Befürwortung „nolens volens“. Weil man „eine schnelle Entscheidung mit Ungeduld erwartete“, wollte er sich nicht der Annahme widersetzen; übrigens könnten ja später immer Einzelheiten abgeändert werden. Dies klingt wie eine Aufforderung an die Arbeitgeber, sich um einige Änderungen zu bemühen, was sie auch redlich und — ich muß hinzufügen — auch unredlich versucht haben, wie ihre Brüder in Deutschland in bezug auf die recht konservative Bundesverordnung vom Jahre 1896 — „das Enkelkind Bebels“ — und die französischen Arbeitgeber bezüglich der Gesetzesvorlage

*) Sie ist ja auch z. B. in einigen Gegenden Westfalens mit gutem Erfolg beseitigt.

der französischen Regierung. Man verletzt jetzt auf dieser Seite bei uns das Gesetz absichtlich, um die Unmöglichkeit desselben zu beweisen — sogar von Seiten des Vorstandes des Bäckermeisterbundes. Ja, man droht sogar einen allgemeinen Lockout zu veranstalten, wenn andere Mittel versagen. Die Bäckereibesitzer wollen das Gesetz rückgängig machen und sie wollen vor allem die Arbeit von 4 Uhr anfangen, Sonntagsarbeit von 6—10 Uhr vormittags und die 54 stündige Arbeitswoche einführen. Sie haben auch bei dem jetzigen fast ganz russischen Senat antichambriert und auch das oberste Industrieamt wenigstens teilweise gewonnen. Die Arbeiter haben wieder in ihrer Generalversammlung im Jahre 1910 nachdrücklich hiergegen protestiert und erklärt, daß nur mit Gewalt ihr Schutzgesetz ihnen entwendet werden kann, und daß sie in dem Falle ganz allgemein Genossenschaftsbäckereien gründen würden. Auch einflußreiche bürgerliche Zeitungen haben das Gesetz von Anfang an nur als ein „Versuchsgesetz“ bezeichnet. Es ist doch sehr fraglich, sogar unwahrscheinlich, daß es, wenigstens in der nächsten Zeit den reaktionären Mächten gelingen wird, das Gesetz zu verschlechtern. Man muß nämlich beachten, daß alle Gewerbeinspektoren und Gewerbeinspektorinnen, die doch nicht irgendwelche besondere Verteidiger der Arbeiter sind, öffentlich in ihren Berichten erklärt haben, daß es keineswegs unmöglich sei, das jetzige Gesetz zu verwirklichen, sondern daß es gut durchführbar sei. Schon der erste und beste Gewerbeinspektor Finnlands erklärte z. B. im Jahre 1895 in bezug auf die Nachtarbeit, daß sie die Arbeiter zur Trunksucht und Unsittlichkeit treibe und wegen der mangelnden Überwachung das Arbeitsprodukt minderwertig sei. Die jetzigen Gewerbeinspektoren erklären, daß „das Gesetz ohne Zweifel mehrere große Verbesserungen in den Bäckereien zustande gebracht habe“; „daß man im allgemeinen sagen kann, daß die gesetzlichen Bestimmungen, zu verwirklichen sind“; es sei ersichtlich, „wie wenig noch die Nützlichkeit und Absicht der Gesetzesbestimmungen in das Bewußtsein der Bäckereibesitzer eingedrungen seien“; daß das Gesetz sogar „eine merkliche Wiederbelebung des Gewerbes“ hervorgerufen habe. Wieviele Klagen hörte man allein über die Schwierigkeit zu entscheiden, welche Bäckereien dem Gesetz unterworfen sind (z. B. die sog. „Heimbäckereien“), was jedoch nach meiner Ansicht gar nicht schwierig ist, soweit andere als der Besitzer, sein Weib und unmündige Kinder in Frage kommen. Auch über die Umgehungen des Gesetzes klagte man: so z. B. nehmen mehrere Arbeitgeber nur unter der Bedingung Leute in Dienst, daß wohl dem Namen nach der Lohn in Geld ausbezahlt wird, für obligatorische Kost und Logis aber wurde eine entsprechende Summe abgezogen. Man ersieht hieraus, daß die politische Aktion der Arbeiterklasse nicht allein genügt, sondern durch eine kräftige gewerkschaftliche Bewegung unterstützt werden muß. Die Übertretungen des Gesetzes werden dadurch begünstigt, daß die Minimalgrenze der Strafen nur 10 f. M. beträgt, die noch dazu durch ein umständliches Gerichtsverfahren erst erpreßt werden müssen. Da die Gewerbeinspektoren sehr häufig im Voraus ihre Ankunft dem Arbeitgeber ankündigen, ihm auch sagen, wer eine Klage eingereicht habe, auch in der Gesellschaft des Arbeitgebers die Bäckereien besichtigen, so haben die Arbeiter selbst eine Kontrollkommission eingerichtet, die nach besonderen gedruckten Anweisungen sehr wirksam arbeitet und Gesetzesverletzungen immer sofort anzeigt. Die zuwiderhandelnden Betriebe sollen in Boykott erklärt werden.

Die Übertretungen würden weniger zahlreich sein, wenn die Bäckereibesitzer die Technik verbessern könnten oder richtiger gesagt, verbessern wollten. Aber das ganze Gewerbe ist, wie ja auch noch in Deutschland, wo jedoch schon im Jahre 1904 40 % der Betriebe irgendwelche Maschinen besaßen, sehr rückständig. In ganz Finnland gibt es nur fünf Dampfbäckereien; in einer Stadt Finnlands, Abo, ist nicht eine einzige Knetmaschine im Gebrauch! In Deutschland zentralisieren sich die Betriebe, wenn auch sehr langsam; bei uns nehmen die kleinen Zwergbäckereien kaum ab, sie ziehen sich nur von den Städten teilweise auf das platte Land zurück. Genossenschaftsbäckereien haben wir auch wenig, jedoch eine, deren Umsatz 1 700 000 f. M. mit einem Gewinn von 120 000 f. M. betrug; keine solche städtischen, wie z. B. diejenigen in Italien, z. B. Ravenna und in Budapest, die den andern als Vorbild dienen könnten.

Und welche Wirkung übt das Gesetz im allgemeinen und besonders auf die Arbeiter, das arbeitende Volk, aus?

Hat das Gesetz in der Übergangszeit größere Schwierigkeiten hervorgerufen?

Um eine Antwort auf diese Fragen zu erhalten, habe ich mich sowohl an die Arbeiter als an verständige Arbeitgeber gewandt. Und beide antworten ganz wie die Gewerbeinspektoren, daß das Gesetz, und wie sie hinzufügen: ohne größere Schwierigkeiten durchzuführen sei. Der Leiter einer größeren Dampfbäckerei versichert, daß „die 8 stündige Arbeitszeit kaum größere Schwierigkeiten bereitet“ — zwei 8 stündige Schichten wären jedoch vorzuziehen — und „die Abschaffung des Kost- und Logiszwanges ist vorteilhafter“. Besonders lästig sei nur die Beendigung der Arbeit am Samstag schon um 6 Uhr abends. Der 8 stündige Tag wird überhaupt in der Weise eingeteilt, daß vor 6 Uhr morgens wenigstens in den kleineren Bäckereien der Meister den Ofen heizt, dann kommen um 6 Uhr die ersten Arbeiter, die zweiten um 8 Uhr und, wenn mehrere arbeiten, um 10 Uhr die dritten. In kleineren Betrieben arbeitet man an einigen Tagen weniger als 8 Stunden, an anderen bis 10 Stunden. Nachtarbeit wird recht wenig gemacht — mit Ausnahme des Ostens, wo russische unorganisierte Arbeiter angestellt sind — hauptsächlich aus zwei Gründen: erstens kostet jeder Erlaubnisschein zur Nachtarbeit 4—6 f. M., zweitens wird diese Erlaubnis ungern gegeben. Auch Überzeitarbeit ist verhältnismäßig selten, weil hierüber Buch geführt werden muß — was freilich nicht immer geschieht. Für diese Überzeitarbeit wird auch nicht gern Zuschuß zum Lohn gewährt; sonst sind nicht einmal die Löhne durch die Reform zurückgegangen; widrigenfalls hilft man sich durch billigere, weibliche Arbeitskräfte. Auch die Barzahlung findet sehr viel Anhänger unter verständigen, nicht allzu habgierigen Meistern: sie befreien sich nur zu gern von den ewigen Plackereien. Nur die Konditoren, besonders in den Hotels, sind unzufrieden damit, daß sie nicht wie früher am Sonntag morgen allerlei Bestellungen ausführen und Feingebäck zum Mittag herstellen können. Man muß sich jetzt auf haltbarere Nachspeisen beschränken.

Ein Arbeiterverband von Bäckereiarbeitern einer größeren Stadt fast den Unterschied des Zustandes der Bäckerarbeiter vor und nach dem Gesetz folgendermaßen zusammen. Noch unmittelbar vor der Annahme desselben waren die Arbeiter düster, neurasthenisch, bleich, „wie aus dem Grab gestiegen“, die Schenkel waren angeschwollen und krumm, auch gab es sehr wenige, die nicht eine venerische Krankheit hatten — nur 2 von 30—40

waren verheiratet —, überhaupt neigten sie zur Trunksucht und Schlägereien, in geistiger Beziehung völlig uninteressiert, waren sie schlecht gekleidet und verlottert —, jetzt sind die meisten gesund, sogar rotbackig, das leichte, verlotterte Leben hat fast ganz aufgehört, die venerischen Krankheiten sind fast vollständig ausgerottet, ebenso die Trunkenheit, wenigstens bei den organisierten Arbeitern, die die überwiegende Mehrheit ausmachen; mehrere sind schon verheiratet, gehen sauber gekleidet und unterscheiden sich nicht mehr zu ihrem Nachteil von anderen Arbeitern, die Roheit ist auch verschwunden, Freude und Zufriedenheit spiegeln sich auf ihren Gesichtern, Rüstigkeit in ihren Bewegungen. Drei Viertel sind eifrige Besucher von Vorträgen, Konzerten, Abendunterhaltungen, Sportübungen, interessieren sich für die Lektüre von Literatur usw. — Der Schriftführer des Bäckereiarbeiterverbandes versichert, daß das Gesetz „eine viel gesündere Arbeiterschaft sowohl in körperlicher als geistiger Beziehung geschaffen habe, die freudig ihre Arbeit verrichtet und imstande ist, dieselbe Produktionsmenge zu schaffen wie früher in langen Arbeitstagen: die Arbeitsintensität ist gewachsen, die Arbeitsmethoden sind verbessert worden, ebenso die Arbeitswerkzeuge, viel mehr Maschinen als früher sind im Gebrauch; auch die früher in den Bäckereien herrschende Hitze hat nachgelassen und die Arbeit ermüdet nicht so sehr. Die Reinlichkeit ist sehr gestiegen, so daß die Konsumenten absolut reineres Brot erhalten als früher. Mit einem Wort: das Gesetz, das die Arbeit in den Bäckereien regelt, bezeichnet für das Gewerbe die Neugeburt und es wird ohne Zweifel noch mehr Gutes bringen, wenn es mit der Zeit vollständig verwirklicht wird“.

Ein Gesetz ist eigentlich nur konzentrierte, ökonomische Macht. Die ökonomische Macht des Proletariats von Finnland war bald nach dem Generalstreik im Jahre 1905 kräftig genug, das sehr fortschrittliche Bäckereigesetz durchzusetzen. Und damit hat das Proletariat Finnlands sich selbst, d. h. einen Teil seiner selbst erhoben und der Welt ein leuchtendes Beispiel gegeben für den Fortschritt der Kultur und Freiheit der großen Massen — für allgemeine Humanität. Denn die wirkliche Hebung der ganzen Menschheit ist doch das eigentliche, das höchste und schönste Ziel aller wahrhaftig humanitären Tätigkeit.

(25. Februar 1912).



ALBERT FALKENBERG, BERLIN: DAS KOALITIONSRECHT DER DEUTSCHEN STAATSANGESTELLTEN.

Nachdruck verboten.



WENN man in Deutschland von dem Koalitionsrecht der Staatsangestellten spricht, gilt es als selbstverständlich, daß bei dieser Begriffsformulierung das „Recht auf Streik“ ausgeschlossen bleibt. Und zwar ist für diese Ausschließung maßgebend die Sonderstellung, welche die öffentlichen Beamten gegenüber Privatangestellten und Arbeitern einnehmen, und die sie in ein nirgendwo sonst zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herrschendes Abhängigkeitsverhältnis zum Arbeit-

geber Staat bringt. Ausschlaggebend für die scharfen Konturen dieses Verhältnisses wird die Monopolstellung des Staates. Entläßt der private Arbeitgeber einen seiner Angestellten, dann wird es diesem in den meisten Fällen ohne wesentliche Schwierigkeit gelingen, in einem gleichgearteten Betriebe Stellung zu finden. Anders beim öffentlichen Beamten, dieser ist im Falle der Entlassung immer gezwungen, seinen Beruf zu wechseln. Die Monopolstellung des Staates gibt ihm gegenüber seinen Angestellten nicht nur die privaten, sondern auch die Machtmittel des öffentlichen Rechtes in die Hand. Keinem privaten Arbeitgeber steht das Maß an Disziplinargewalt zur Verfügung wie dem Staate, und Landgerichtsrat Kulemann hat Recht, wenn er meint, daß die Disziplinargewalt „für die Beamten in der Regel eine größere Beeinträchtigung an Freiheit bedeute, als die Gefahr der Entlassung für die Privatangestellten“. Die wenigen Fälle, in denen der Staatsangestellte gegenüber dem Staate den Weg der Klage vor den ordentlichen Gerichten zu betreten in der Lage ist, fallen nicht ins Gewicht, in der Regel bleibt ihm nur die Beschwerde an die höhere Instanz, die natürlicherweise immer dann mit ziemlicher Sicherheit versagen wird, wenn es sich um grundsätzliche Verfügungen handelt, die im Sinne der herrschenden Staatsauffassung gewissermaßen unter dem Schutze akuter Staatsnotwendigkeiten erlassen werden.

Daß die hier angezogenen Momente das Koalitionsrecht der deutschen Staatsangestellten in ganz bestimmten Grenzen halten müssen, liegt auf der Hand, ebenso aber auch der Umstand, daß die Staatsangestellten gerade infolge der Monopolstellung ihres Arbeitgebers, des Staates, gewisse Vorteile materieller wie ideeller Art gegenüber den Privatangestellten genießen, die namentlich eine scharfe Stellungnahme im Kampfe um Verbesserung der Besoldungs- und Arbeitsverhältnisse von vornherein ausschließen. Man braucht nur hinzuweisen auf die prinzipiell günstigere Regelung der Besoldungsverhältnisse, auf die größere Dauer und Sicherheit der staatlichen Stellung und auf ihr natürliches Übergewicht gegenüber der privaten Anstellung, weil „die öffentliche Meinung“ und insbesondere die Volksvertretungen bei Maßregeln der staatlichen Verwaltung einen sehr viel größeren Einfluß üben als in dem privaten Arbeitsverhältnisse, und daß erstere im allgemeinen geneigt ist, zugunsten der Beamten zu entscheiden (Kulemann, Jahrb. d. Angestelltenbewegung, 1. Heft, 1910). Schließlich aber werden alle diese „Vorteile“ nicht hindern, daß die Beamten bestrebt bleiben, die ihrer Sonderstellung anhaftenden Schäden zu beseitigen oder doch zu mildern. Und dieses Ziel werden auch sie, wie alle übrigen Berufsgruppen, nur durch Geltendmachung des Koalitionsrechtes erreichen.

Im § 1 des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908 heißt es: „Alle Reichsangehörigen haben das Recht, zu Zwecken, die den Staatsgesetzen nicht zuwiderlaufen, Vereine zu bilden und sich zu versammeln. Dies Recht unterliegt polizeilich nur den in diesem Gesetze und anderen Reichsgesetzen enthaltenen Beschränkungen.“ Hiernach kann kein Zweifel darüber bestehen, daß auch die Staatsangestellten im Besitze verfassungsmäßiger Garantien für die Ausübung des Koalitionsrechtes sich befinden. Allerdings wurde schon bei Beratung des erwähnten Gesetzes in der Kommission hervorgehoben, daß gewisse Fragen des Beamtenrechts, die in die Sphäre des Vereinsrechts hinübergreifen, nicht durch das Vereinsgesetz geregelt werden könnten. Und der damalige Staatssekretär des Innern, der jetzige Reichskanzler von Bethmann Holweg, bezeichnete diese Auffassung als durchaus zutreffend und bestätigte,

daß Gewaltverhältnisse, disziplinarische und vertragmäßige Rechte zwischen bestimmten Personen oder Kategorien von Personen vom Vereinsgesetz unberührt gelassen würden. Bezüglich der Beamten führte der Staatssekretär nach dem Kommissionsbericht, S. 12, aus: Auch die Beamten genießen Vereins- und Versammlungsfreiheit und sollten sie weiterhin genießen. Allein man könne durch ein Vereinsgesetz nicht hinweggehen über besondere Pflichtbeziehungen, die zwischen Behörde und Beamten bestehen. Die Behörde müsse das Recht haben, ihre Beamten von Vereinen und Versammlungen fernzuhalten, deren Zwecke dem Wesen des Beamtentums widerstreiten.

Wer diese Auslassungen unvoreingenommen betrachtet, wird ihnen nur zustimmen können, allerdings wird man auf der anderen Seite verlangen müssen, daß nun aber auch der Teil des Beamtenrechts, der vereinsrechtliche Angelegenheiten der Beamten zu regeln bestimmt ist, nicht willkürlicherweise überall dort angewandt wird, wo die Vereinstätigkeit der Beamten den Behörden oder der Regierung unbequem wird. Daß also nicht, wie dies wieder und wieder geschieht, ein Beamter „im Interesse des Dienstes“ versetzt wird, wenn er sich beispielsweise in politischen Organisationen betätigt, die von dem herrschenden Kurse bekämpft werden.

Wenn schon die Maßregelung der Beamten aus diesen Gründen nie aufgehört hat, dann macht sich namentlich in neuerer Zeit eine systematische Bekämpfung der Vereinstätigkeit der Beamten auf Seiten der Staatsorgane bemerkbar, die von vornherein eine allgemeine Beamtengefahr ausschalten zu wollen scheint. Man fürchtet die Koalierung der Massen, will das Erwachen der „schlafenden“ Beamtenheere unterbinden. Darum kommt in dieser systematischen Bekämpfung vor allem das Bestreben zum Ausdruck, nach zwei Richtungen hin negierend zu wirken — einmal sucht man alle Organisationsversuche nach der wirtschaftspolitischen Seite an der Wurzel zu zerstören, weil durch sie die Solidarität und damit die Neigung zur Massenbildung eminent gefördert werden; dann aber versagt man überall dort, wo bei Organisationsversuchen die Tendenz der Massenbildung offen zutage tritt, die amtliche Genehmigung. Als Beispiele aus der Praxis mögen gelten die regierungsfeindliche Haltung gegenüber den Bestrebungen des Bundes der Festbesoldeten, der einzigen ausgesprochen wirtschaftspolitischen deutschen Beamtenorganisation (der allerdings auch die Privatangestellten beitreten können) und die Versagung der behördlichen Genehmigung auf das Gesuch von Vereinsvorständen der unteren Eisenbahnbeamten zur Gründung eines Eisenbahn-Unterbeamtenverbandes. Eine derart grundsätzlich beliebte Bevormundung der Beamten in bezug auf ihre Vereinstätigkeit hat nur so lange Berechtigung, als auf der anderen Seite die Regierungen selber die Hand bieten zur Beseitigung der für die Beamten schädlichen Wirkungen der allgemeinen Wirtschaftspolitik, die den letzten Anreiz zur Massenorganisation gaben. Tritt hier nicht baldigst eine gründliche Revision ein, dann wird der im Zuge der modernen Entwicklung liegende Drang nach Massenorganisation auch durch behördliche oder regierungsseitig in Szene gesetzte Maßnahmen nicht länger zu hemmen sein.

Es liegt in der Natur der Verhältnisse begründet, daß die Verkehrsbeamten seit jeher die energischsten Verwirklicher des Koalitionsgedankens gewesen sind, und sie werden es bleiben, weil ihre Beziehungen zum öffent-

lichen Leben unmittelbar sind als die der Verwaltungsbeamten. Darum sind die Bedenken gegen alle Organisationstätigkeit der Verkehrsbeamten oft so verstiegen, so ins Groteske verzerrt, auch wenn man gerade auf Seiten der Regierung und Verwaltungen bei jeder Gelegenheit die staatsbürgerlichen Qualitäten des deutschen Beamtentums lobend erwähnt. Einen Teil der Schuld an der nervösen Unruhe der deutschen Staatsorgane tragen die Vorkommnisse der letzten Jahre innerhalb der Beamtenschaft der Nachbarländer. Man hat auf Frankreich und England verwiesen, ohne zu berücksichtigen, daß die Beamtenverhältnisse in beiden Ländern andere sind als in Deutschland. Man vergaß, daß beispielsweise für den Ausbruch des Postbeamtenstreiks in Frankreich im Jahre 1909 nicht etwa die Revisionsbedürftigkeit eines französischen Beamtengesetzes als Begründung diente, sondern der Umstand, daß man endlich überhaupt erst einmal rechtliche Grundlagen für die modernen Beamtenverhältnisse geschaffen sehen wollte. Und bei dem englischen Eisenbahnbeamtenstreik des letzten Jahres übersah man in Deutschland, daß die Streikenden zum größten Teil im Grunde gar nicht Beamte im Sinne der deutschen Staatsangestellten, sondern gewerkschaftlich organisierte Privatangestellte waren. Diese vielfach schiefen Urteile, die schließlich auf eine ungesetzmäßige Begrenzung und Verstümmelung des Koalitionsrechtes der Staatsangestellten in der Praxis hinauslaufen, gehen oft parallel mit den Wünschen, die der augenblicklich herrschenden politischen Gesamtauffassung entspringen. Man darf daher annehmen, daß sie mehr und mehr in den Hintergrund treten werden, wenn erst die in der Entwicklung begründeten freiheitlichen Theorien mehr Geltung in der Praxis erlangt haben.

Die Gefahr, daß die Beamtenbewegung einmal die ihr im Staatsinteresse gezogenen Grenzen durchbrechen möchte, ist in Deutschland ohnehin gering; einmal ist der Geist der deutschen Beamtenschaft allgemein ein wohldisziplinierter, zum anderen ist das Kontingent der Militärs im deutschen Beamtentum so stark, daß die Grenzwälle, hinter denen *passive Resistenz*, *Streik* und *Sabotage* der Anwendung harren, auch nicht einen Augenblick unbewacht scheinen.

Daß man trotz dieser natürlichen Garantien in *Regierungskreisen* die Möglichkeit einer Streikbewegung auch in den Reihen der Staatsangestellten bei Gesetzgebungsakten nicht mehr ausschließt, beweist die Begründung der einschlägigen Strafbestimmungen im Entwurf des neuen Strafgesetzbuches. Nach diesen Bestimmungen wird mit Gefängnis bis zu 3 Jahren oder mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 5000 M. bestraft, wer den Betrieb einer zu öffentlichen Zwecken dienenden Telegraphen-, Fernsprech- oder Rohrpostanlage vorsätzlich verhindert oder gefährdet. Ausdrücklich wird dann in der Begründung hervorgehoben, daß die Verhinderung des Betriebes auch durch die Angestellten selbst durch pflichtwidrige Verweigerung ihrer Dienste erfolgen könne, bzw. daß die Angestellten den Betrieb dadurch unmöglich machen könnten. Man mag die hier ergriffene Initiative der Staatsorgane als einen Beweis für die falsche Einschätzung des deutschen Beamtencharakters bzw. der deutschen Beamtenbewegung ansehen oder nicht, jedenfalls bleibt sie ein Moment, das von Öffentlichkeit und Beamten wohl beachtet sein will.

Die *Zahlen*, die der Beamtenkörper der beiden größten Verkehrsanstalten Deutschlands, Post und Eisenbahn, aufweist, sind infolge des gewaltigen Aufschwunges Deutschlands auf allen Gebieten in den letzten Jahr

zehnten riesenhaft gestiegen, darum auch die Furcht vor der Lahmlegung der Betriebe bei den Staatsorganen.

Nach der Zählung des Jahres 1908 zählten Post und Telegraphie: 134 000 Beamte, 140 000 Unterbeamte und andere Angestellte 51 000, das macht im ganzen 325 000, die sich bis zum Jahre 1911 um etwa 25 000 ergänzten, so daß heute ein Beamtenheer von 350 000 Köpfen im Post- und Telegraphenbetriebe vorhanden ist. Bei der Eisenbahn zählte die Statistik des Jahres 1907: etatsmäßige Beamte 242 000, diätarisch angestellte 24 000, zusammen 266 000. Wenn man den Zuwachs der folgenden Jahre 4 mit 40 000 einsetzt, ergibt sich bei der Eisenbahn ein Beamtenbestand von nahezu 300 000 Köpfen; ungerechnet sind die nahezu 500 000 Staatsarbeiter im Eisenbahnbetriebe. So wenig diese Zahlen bei Berücksichtigung der besonderen deutschen Verhältnisse Anlaß zu ernsten Bedenken in der Richtung ausbrechender Streiks oder einer Inszenierung passiver Resistenz geben, so dringend erscheint das Gebot möglichst toleranter Handhabung des Koalitionsrechtes dieser Beamtenschar, damit für die Ventilierung aktueller und periodischer Forderungen die breiteste Aktionsbasis geschaffen wird. Auch derjenige, der einer befreienden Organisationstätigkeit der Beamten nicht sonderlich zugeneigt ist, muß erkennen, welche schleichende Gefahr sich hinter dem heute vielfach von Regierungen und Verwaltungsorganen systematisch betriebenen Einengungsverfahren gegenüber den Beamtenorganisationen versteckt. Die Beamten dürfen sich koalieren, aber die über Gesetz und Verfassung hinaus gezogenen Grenzen machen das Koalitionsrecht vielfach illusorisch. Man unterbindet beispielsweise den Reichsbeamten auch die sachliche Kritik in den Fachblättern, rechtlich zu Unrecht und vom Standpunkte der Taktik in wenig weitschauender Weise. Die in dieser Richtung liegenden Bestrebungen gehen so weit daß auch dort, wo außerhalb des Beamtenverhältnisses stehende Redakteure der Beamtenfachblätter mit ihrer gesetzmäßigen Verantwortlichkeitspflicht vorhanden sind, diese ausgeschaltet und Mitglieder der Vorstände für den Inhalt der Zeitung verantwortlich gemacht werden. Anstatt sich die Organisationen im Rahmen von Gesetz und Verfassung frei entwickeln zu lassen, verstopft man künstlich ihre natürlichen Kraftquellen und steigert dadurch die Unzufriedenheit der Beamten, bis sie sich, durch allerlei politische Momente beeinflußt, zur Erbitterung auswächst zum Schaden der Beamten selber, aber gewiß nicht zum Vorteil des Staatsganzen.

Und doch läßt sich die Entwicklung auch des Koalitionsrechtes der Staatsangestellten in Deutschland nicht hemmen. Dafür sorgt schon das Drängen nach Schaffung eines modernen, einheitlichen Beamtenrechts. Gerade die Tendenz der Vereinheitlichung des Beamtenrechts zwingt mehr und mehr zur Zentralisierung im Organisationswesen. Wenn diese Tendenz in den kommenden Jahrzehnten eine steigende für das Streben innerhalb der Beamtenbewegung sein sollte, dann wäre es beispielsweise undenkbar, daß die immer noch zur Diskussion stehende Schaffung von Beamtenausschüssen in der Form verwirklicht würde, wie sie heute in der Vorstellung breiter Schichten des Beamtentums lebt. Es käme nur eine Form in Frage, in der die Massen Wünsche und Forderungen sichten und bearbeiten könnten, um sie als Destillate den Behörden zu unterbreiten. Die Einrichtung von Beamtenausschüssen für allerlei kleinere und größere Gruppen und Kategorien hat schon deshalb immer weniger Aussicht auf Verwirklichung, weil das Zentralisationsbedürfnis als ein Reflex aller wirtschaft-

lichen und kulturellen Entwicklung ständig im Steigen begriffen ist. Splitterungserscheinungen sprechen nicht gegen, sondern für die endliche Verwirklichung dieser Perspektiven, denn sie können, immer im Zusammenhange mit der Gesamtentwicklung betrachtet, nur als Krisen in einem Gesundungsprozesse aufgefaßt werden. Wie lebendig die Zentralisationsbestrebungen in einem Teile der Beamtenschaft sind, beweist u. a. die von Frankreich ausgegangene Anregung zur Gründung einer Internationalen Vereinigung des Post-, Telegraphen- und Telephonpersonals, die zur Folge hatte, daß Juni 1910 eine internationale Beamtenliga mit diesem Namen unter der Beteiligung einer Reihe fremder Staaten geschaffen wurde. Dieser „Freundschaftsbund“ schließt „politische Gelüste irgendwelcher Art“ aus, gar antinationale Tendenzen liegen ihm durchaus fern. Gerade darum darf man vielleicht sagen, daß seine Art zu arbeiten vorbildlich werden wird für kommende Organisationsformen, unter deren Schutz die Beamtenschaft mehrerer Länder über die Regelung beruflicher Fragen hinaus einmal anfangen wird, ihre wirtschaftlichen Fragen in großem Stil zu regulieren. Aus Deutschland hat sich keiner der in Frage kommenden Verbände an dieser Neuschöpfung beteiligt, vornehmlich nicht aus Gründen der Taktik, dann aber auch um deswegen nicht, weil man zu stark mit sich selber beschäftigt ist, um schon heute seine Kräfte für weiter abliegende Ziele einsetzen zu können. Die deutschen Staatsangestellten haben zurzeit alle Kraft nötig, gegen jede etwa unternommene Kürzung ihres Koalitionsrechts sich zu verwahren, ja mehr noch, sie müssen, wenn sie eine fortschreitende Modernisierung ihrer Forderungen erreichen wollen, den rechtzeitigen Ausbau ihres Koalitionsrechts anstreben.

Daß die Mithilfe der Beamten für diesen Ausbau nicht entbehrt werden kann, läßt sich schon erkennen, wenn man allein die Lösung des Besoldungsproblems ins Auge faßt. Die Beamtenbesoldung war bis vor wenigen Jahrzehnten sozusagen reine Regierungsangelegenheit. Der Regierungswille war in weit höherem Maße ausschlaggebend für Festsetzung und Abstufung der Beamtengehälter als heute, da infolge des starken Wachstums der Beamtenziffer die Augen der steuerzahlenden Öffentlichkeit mit steigendem Mißbehagen über der Beamtenbesoldung als einer wichtigen Staatsangelegenheit wachen. Die Besoldungsfrage der Beamten ist zu einer finanzpolitischen Frage geworden, deren Lösung mit den wachsenden Finanzkalamitäten eines Staates immer schwieriger sich gestaltet. Wollen daher die Beamten eine günstige Beeinflussung ihrer eigensten Angelegenheiten seitens der gesetzgebenden Körperschaften erzielen, dann müssen sie selber politischer werden, sie müssen sich vor allem wirtschaftspolitisch betätigen, um öffentlich den Beweis zu erbringen, daß sie gewillt sind, auch ihre Besoldungsfragen nicht mehr als reine Beamtenfragen, sondern als Fragen des öffentlichen Interesses zu betrachten. Daraus ergibt sich die zwingende Notwendigkeit wirtschaftspolitischer Organisation. Gerade die aber wollen die Regierungen und Behörden nicht, denn sie empfinden es als unbequem, daß die Beamtenschaft als wirtschaftspolitische Interessengemeinschaft ein Faktor im Staate werden soll, mit dem zu rechnen ist. Alle in dieser Richtung liegenden Bestrebungen werden daher von oben bekämpft, wenn es sein muß, unter Beschneidung des Koalitionsrechts der Beamten. Schließlich aber wird auch diese Übergangsperiode überwunden werden, und zwar desto eher, je schneller die Einsicht in den maßgebenden Kreisen Raum gewinnt, daß eine Beamtenschaft, die sich unter

Wahrung der gesetzlich gezogenen Grenzen zum Schutze ihre Stellung der Selbsthilfe bedient, für die Staatsorgane nur eine Entlastung bedeuten kann. Bis diese Einsicht in den Regierungskreisen Eingang gefunden hat, kann die Beamenschaft nicht den Weg verlassen, auf den die Entwicklung sie ohne ihr Zutun gedrängt hat. Sie muß sich weiter wirtschaftspolitisch organisieren. Das kann sie aber nur mit Erfolg tun, wenn ihr Koalitionsrecht nicht der willkürlichen Auslegung einzelner Instanzen ausgesetzt bleibt. Da dies, wie die Praxis beweist, immer noch der Fall ist, bleibt nichts übrig, als das Koalitionsrecht der Beamten dadurch zu sichern, daß man eine Instanz schafft, die in Streitfällen objektiverweise zu entscheiden hat. Und da ist bisher noch kein besserer Vorschlag als der des Landgerichtsrats Kulemann aufgetaucht, einen Staatsgerichtshof zu schaffen, „vor dem die Maßregeln der Vorgesetzten gegenüber ihren Untergebenen hinsichtlich ihrer gesetzlichen Zulässigkeit einer Nachprüfung unterzogen werden“. Kulemann führt, nachdem er die Maßregelungen, die „im Interesse des Dienstes“ erfolgen, kritisiert hat, zur Begründung seines Vorschlages wörtlich aus: „Es liegt auf der Hand, daß Schutz gegen ein solches Verfahren nur auf dem Wege geschaffen werden kann, daß Maßregeln, durch die sich die Beamten in ihrer staatsbürgerlichen Freiheit beeinträchtigt finden, vor einer dafür bestimmten unabhängigen Instanz auf ihren Rechtsgrund hin erörtert werden. . . . Ein solcher Staatsgerichtshof würde in erster Linie auch für das Koalitionsrecht der Beamten einen Schutz bieten.“

Gewiß ist, daß die Regierungen dieser Forderung scharfen Widerstand entgegensetzen werden. Das ist begreiflich, niemand will seine Machtbefugnisse geschmälert sehen, das liegt in der menschlichen Natur begründet. Schließlich aber ist nicht einzusehen, warum nicht auch dieses Ziel erreicht werden sollte. Auch die nichtbeamteten Staatsbürger waren einmal der Willkür der Verwaltungsbehörden ausgeliefert, bis das Verwaltungsstreitverfahren eingeführt und damit dem unhaltbaren Zustande ein Ende bereitet wurde. Vorbedingung zur Erreichung des Zieles ist lediglich die innere und äußere Erstarkung der Beamtenorganisationen.

CHRONIK

DIE internationale Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurde vom Internationalen Kongreß zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der im September 1910 in Paris getagt hat, ins Leben gerufen.

Zunächst hatte die Vereinigung schwierige Organisationsfragen zu lösen, indem im Rahmen der inter-

nationalen Gesellschaft 11 Zweigvereine (in Deutschland, Österreich-Ungarn, Belgien, Spanien, den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Frankreich, England, Italien, den Niederlanden und der Schweiz) entstanden mit zusammen 700 Mitgliedern. Bedeutsamer jedoch, als diese Zahl vermuten lassen würde, sind die materiellen Mittel des Ver-

bandes, dessen Jahresbudget 24 000 Mark beträgt. Eine Reihe von Staaten stellt ihm erhebliche Beiträge zur Verfügung. So wurden ihm im französischen Budget für 1912 6000 Franks zugewiesen; ebenso haben sich die belgische und die spanische Regierung sowie eine Reihe französischer und belgischer Städte mit Beiträgen der französischen Regierung zur Seite gestellt. Subventionen aus Deutschland sind bis jetzt noch nicht zu verzeichnen; andererseits ist Deutschland durch eine Reihe bedeutender Persönlichkeiten, so den Vorsitzenden des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise und den Bürgermeister von Köln, im Vorstande des internationalen Verbandes vertreten.

Das Generalsekretariat des internationalen Verbandes wurde in Gent errichtet und wird vom Vorkämpfer der Idee, Varlez, geleitet, während die Publikationen vom zweiten Pariser Bureau unter Leitung von Max Lazard herausgegeben werden.

Zwei internationale Enqueten wurden zunächst begonnen, eine über Arbeitsnachweise in den verschiedenen Ländern und eine zweite über die bei Vergebung öffentlicher Arbeiten befolgte Politik der einzelnen Staaten, soweit sie auf die Arbeitslosigkeit Bezug hat.

Nach Fertigstellung dieser Arbeiten soll 1. eine internationale Bibliographie über die Frage der Arbeitslosigkeit, 2. eine internationale Statistik, 3. ein Plan für verschiedene Monographien über die Arbeitslosigkeit in den einzelnen Industriezweigen und endlich 4. ein Plan zu Studien über die Fragen der Ein- und Auswanderung angelegt werden.

Sehr eifrig sind auch die nationalen Sektionen des internationalen Verbandes gewesen, und so kann man schon für die nächste Zukunft eine wertvolle Einwirkung des Verbandes auf die Methoden des Kampfes gegen

das Übel der Arbeitslosigkeit vorhersehen.



Heimarbeiterschutzkonferenz in Zürich: Die zweite Internationale Heimarbeiterschutzkonferenz, welche am 8. und 9. September im Rahmen der Zürcher Sozialen Woche tagte, nahm eine umfassende Heimarbeitsreform tatkräftig in Angriff. Auch eine Reihe von Regierungsvertretern waren auf dem Kongreß anwesend, und seine Beschlüsse, die einstimmig gefaßt wurden, haben so ein gewisses Gewicht.

Allerdings begegneten die verschiedenen Staaten resp. deren nationale Heimarbeiterschutzgesetzgebungen einem recht verschiedenen Grad der Anerkennung seitens der Delegierten. Das deutsche Heimarbeiterschutzgesetz, das am 1. April in Kraft getreten, wurde überwiegend als durchaus unzulänglich bezeichnet, und die Schlußresolution des Kongresses, die gerade die im deutschen Reichstag abgelehnten Lohnämter fordert: in der Festlegung gesetzlicher Minimallöhne durch dieselben den Schwerpunkt des ganzen Problems erblickt und ein Mustergesetz auf diesen Gesichtspunkt gründet — zeigte klar, wie sehr der ablehnende Standpunkt des deutschen Reichstages von der Einstimmigkeit der internationalen Delegierten verurteilt wurde.

Die österreichische Regierungsvorlage wurde gleichfalls mit Recht als ein Versuch bezeichnet, den Anschein einer nützlichen Reform zu erwecken, ihre Wirkung jedoch durch gewisse Detailbestimmungen — so die Teilung der Lohnämter in Subkommissionen und Erfordernis einer Zweidrittelmehrheit in sämtlichen Subkommissionen (auch in der der Arbeitgeber) für die Festlegung der Minimallöhne — wieder zu beseitigen.

Doch scheint ja nach den letzten Nachrichten eine nicht unwesentliche Verbesserung der Vorlage im Arbeitsbeirat angenommen worden zu sein.

Allgemeine begeisterte Anerkennung fand die große sozialpolitische Tat des liberalen Ministeriums in England, das nach dem Muster Australiens Lohnämter für die mit Heimarbeit durchsetzten Industrien ins Leben rief. Die englische Delegierte, Miss Smith, konnte unter dem jubelnden Beifall der Delegierten berichten, daß die Sprüche der Lohnämter schon erfolgt seien, daß sie neues Leben in die verzweifelnden Heimarbeitergruppen getragen, die Löhne erhöht und Ansätze zu einer gewerkschaftlichen Organisation, die früher an der allgemeinen Apathie gescheitert war, geschaffen haben.

Die französische Regierungsvorlage begegnete geteilter Aufnahme. Ihrem interessanten Grundgedanken, den Durchschnittslohn der ungelerten Fabrikarbeiterinnen im Bezirke als gesetzlichen Mindestlohn der Heimarbeiterinnen anzuerkennen, wurde vielfach zugestimmt. Ob freilich die Erstreitung dieser Ansprüche auf dem zivilrechtlichen Wege praktisch zutreffen werde, wurde von mehreren Delegierten in Zweifel gezogen. Immerhin wurde auch das französische Gesetz allgemein als dem deutschen weitaus vorzuziehen erachtet.

Der Kongreß nahm, wie schon erwähnt, am Schlusse seiner Tagung ein in eingehender Sektionsberatung ausgearbeitetes Projekt eines Heimarbeiterschutzgesetzes an, das den Regierungen als Grundlage für die Ausarbeitung von Gesetzen, die den speziellen staatlichen Verhältnissen anzupassen sind, übersandt werden soll. Wichtiger aber noch als diese praktische Hilfe ist wohl das moralische Gewicht der Einstimmigkeit des Kongresses, der die Forderung

nach Errichtung von Lohnämtern in klarster Weise aufgestellt hat. Die Frage ist durch den Erlass des neuen deutschen Hausarbeitsgesetzes nicht gelöst, sondern sie bleibt vor der internationalen Öffentlichkeit ein offenes Problem, dem übrigens die zweifellosen Mißerfolge der ungenügenden deutschen Vorlage gewiß auch in Deutschland selbst bald neue Materialien der Beurteilung zuführen werden.

R. Broda.



Die Einführung der englischen Sozialversicherung: Das englische Sozialversicherungsgesetz beginnt sich gut einzuleben. 1100 wechselseitige Unterstützungsvereine mit einer Mitgliederschaft von 10 500 000 Personen wurden von der Regierung als geeignet für Vermittlung für obligatorische Sozialversicherung (die bekanntlich auch Arbeitslosenversicherung in sich schließt) anerkannt, und bereits in der ersten Woche seit dem Inkrafttreten des Gesetzes wurden 15 396 Versicherungsmarken verkauft. Die Inspektoren berichten über glatte Erledigung aller notwendigen Schritte. Nur einige wenige Personen weigerten sich, den Bestimmungen des Gesetzes nachzukommen. Ihr Beispiel fand weiter keine Nachahmung.



Invalidenversicherung in England: In England ist Anfang Juli ein Gesetz über Kranken- und Invalidenversicherung in Kraft getreten, welches ein wesentlich verschiedenes Prinzip als das seit dem Jahre 1907 bestehende Gesetz über Arbeiter-Alterspension verwirklicht. Während das letztere einfach die Erteilung einer Staatspension von 5 Mark pro Woche an jeden Engländer über 70 Jahre, welcher nicht aus anderen Quellen

ein entsprechendes Privateinkommen besitzt, vorsieht, greift das neue Gesetz den deutschen Gedanken einer wahren Versicherung unter dreifacher Beitragsleistung: der Arbeiter, der Arbeitgeber und des Staates, auf, und zwar haben die ersteren 32 Pfennig (Frauen 24 Pfennig) pro Woche, die Arbeitgeber 24 Pfennig pro Woche zu bezahlen, und der Staat legt seinerseits 16 Pfennig dazu. Bei Arbeitern, die weniger als $2\frac{1}{2}$ Mark pro Tag verdienen, wird das Verhältnis zwischen den Beitragsleistungen des Arbeiters und Arbeitgebers umgekehrt.

Ungleich dem deutschen Gesetz werden jedoch nicht staatliche Versicherungsinstitute ins Leben gerufen, sondern die bestehenden wechselseitigen Unterstützungsvereine, welche sich selbst verwalten, werden zu Trägern der neuen Einrichtung gemacht; die obligatorisch erhobenen Beträge werden ihnen zugeführt und sie haben ihrerseits unentgeltliche ärztliche Behandlung und unentgeltliche Medikamente zu liefern, einen Krankenbeitrag von 10 Mark pro Woche ($7\frac{1}{2}$ Mark für Frauen) durch 26 Wochen zu gewähren (beginnend mit dem vierten Krankheitstage), ferner einen Wochenbeitrag von 5 Mark für die Krankheitszeit nach Vollendung der 26. Woche.

Weiter erhalten schwangere Frauen, seien sie nun selbst oder sei ihr Gatte versichert, eine Entschädigung von 30 Mark pro Woche. Die Idee der Mutterschaftsversicherung wird also durch das englische Gesetz verwirklicht. Schließlich wird, in Zusammenhang mit dem Gesetz, vorgesehen, daß tuberkulöse Arbeiter in Sanatorien, deren Errichtung vom Staate begonnen wird, untergebracht werden sollen.

Für solche Arbeiter, welche aus irgendeinem Grunde sich den wechselseitigen Unterstützungsvereinen anzuschließen verweigern, wird eine

subsidiäre Staatsversicherung vorgesehen.

Trotz des überaus weitgehenden, für die Arbeiter wertvollen Rahmens des neuen Gesetzes hat es doch am Beginne seiner Durchführung lebhaft Widerstände zu überwinden gehabt. Die Arbeiterschaft glaubte aus der Tatsache, daß das Alterspensionsgesetz des Jahres 1907 ihnen die Wohltat der Pensionen ohne jede Beitragsleistung ihrerseits versprochen hatte, den Schluß ableiten zu sollen, daß es nun auch mit der Kranken- und Invalidenversicherung ebenso sein solle. Von seiten mancher ihrer Führer wurde erklärt, daß man den Arbeitern eine neue direkte Steuer auferlegt, was der englischen Sitte, bloß die wohlhabenden Klassen zu direkten Steuern heranzuziehen, widerspreche. Trotzdem hofft man, daß die großen Vorteile des neuen Gesetzes bald diese psychischen Widerstände überwinden werden.

Weniger ernst noch ist eine gewisse Opposition von seiten der Hausfrauen und der von ihnen aufgestachelten Diensthofen zu nehmen, die sich beide gegen die angebliche Belästigung durch das neue Gesetz wenden.

Eine dritte Schwierigkeit endlich, deren Gesichtspunkte auch in Deutschland nicht unbekannt sind, erwuchs aus dem Widerstand der Ärzte, welche statt der Gebühr von 5 Mark pro Versicherten und Jahr eine Gebühr von 11 Mark forderten; auch diese Schwierigkeit, die vielleicht die größte von allen ist, hofft man nach und nach zu überwinden.



Privatalterspensionen in England:

Ein privates System allgemeiner Alterspensionen wurde in der großen englischen Industriestadt Oldham durch einen reichen Industriellen, Mr. Butterworth, begründet. Mr.

Butterworth wollte einen Versuch mit einem System von Alterspensionen für Reich und Arm, ohne irgendwelche Beisteuer der zu Beteiligten, unternehmen und führte diesen seinen Plan bereits vor längerer Zeit durch. Er machte bekannt, daß er bereit sei, jedem über 65 Jahre alten Einwohner von Oldham, ob arm, ob reich, zunächst einmal versuchsweise 5 sh. Wochengeld zu geben. 6176 Personen suchten um die Beteiligung nach, darunter auch viele Wohlhabende, die das Geld zur Weitergabe an Arme ihrer Bekanntschaft verwenden wollten. Alle Personen, deren Alter sich einwandfrei nachweisen ließ, wurden tatsächlich beschenkt, unter ihnen 500 Greise und Greisinnen aus dem Armenhaus; es konnte jedoch nicht festgestellt werden, wie viele bereit waren, selbes zu verlassen, sofern die 5 Mark regelmäßig weitergegeben worden wären.



Invalidenversicherung in Frankreich: Die französische Regierung arbeitet gegenwärtig eine Vorlage aus, welche die Invalidenversicherung in Frankreich einführen soll. Ungleich dem deutschen Gesetze soll die französische Versicherung nur teilweise auf staatlicher Initiative aufgebaut sein, nur insoweit nämlich, als es sich um lebenslängliche und unheilbare Invalidität handelt. In jenen zahlreichen Fällen, die an der Grenze zwischen Krankheit und Invalidität stehen, sollen die bestehenden wechselseitigen Unterstützungsvereine herangezogen und ihnen die Versicherung übertragen werden; allerdings wird diese für die Arbeiter zu einer obligatorischen. Die genannten Vereine sollen andererseits veranlaßt werden, einen Teil ihres Vermögens dem Bau von Arbeiterwohnungen und anderen Einrichtungen, welche der Wahrung

der Arbeitergesundheit dienen, zuzuwenden.



Die obligatorische Unfall- und Krankenversicherung in der Schweiz: Das Schweizer Volk hat am 4. Februar d. J. das von den Kammern bereits wiederholt angenommene Gesetz über obligatorische Unfalls- und Krankenversicherung auch seinerseits auf dem Wege des Referendums angenommen, und damit ist nun diese Reform, um die so viele Jahre lang gekämpft wurde, endgültig verwirklicht.

Die Mehrheit für das Gesetz war nicht sehr groß: 287 565 gegen 241 416 Stimmen; im allgemeinen hat sich die deutsche Schweiz dafür, die französische Schweiz gegen das Gesetz ausgesprochen.

Das Gesetz ist übrigens in sich nicht einheitlich; die Krankenversicherung ist fakultativ, die Unfallversicherung obligatorisch, und speziell gegen die letztere wendet sich der Widerstand der individualistisch gesinnten französischen Kantone.

Die Krankenversicherung beruht auf den wechselseitigen Unterstützungsvereinen, welche um offizielle Anerkennung durch den Bundesrat anzusuchen haben. Nur wenige Voraussetzungen der Solidität sowie das Recht für die Versicherten, bei Wohnungswechsel aus einer Kasse in die andere übertreten zu dürfen, werden als Vorbedingung der Anerkennung gefordert. Ferner wird ein gewisses Minimum an Leistungen, so z. B. eine Unterstützung von mindestens einem Franken pro Tag in Fällen absoluter Arbeitsunfähigkeit, verlangt. Alle solche Vereine erhalten dann Zuschüsse aus der Bundeskasse, und zwar für jedes erwachsene männliche Mitglied 5 Franken pro Jahr, ferner für jeden Krankheitsfall 4,20 Franken, für jede Entbindung 3,20 Franken, sowie in gewissen Gebirgs-

gegenen, wo ärztliche Hilfe schwer zu erlangen ist, noch 3 Franken mehr für jeden Versicherten.

Derzeit gibt es 500- bis 600 000 Mitglieder der Verbände; man rechnet mit einem Anwachsen auf 800 000, und die von der Eidgenossenschaft zu zahlende Summe wird damit etwa 4 bis 5 Millionen Franken betragen.

Die Unfallversicherung ist demgegenüber eine Zwangsversicherung; die Prämien werden im Falle von beruflichen Unfällen von den Arbeitgebern, in sonstigen Unfällen zu dreiviertel von den Arbeitern und zu einviertel von der Eidgenossenschaft getragen. Eine schweizerische Unfallversicherungsanstalt mit dem Sitz in Luzern leitet die ganze Angelegenheit; sie ist autonom und je nach dem Geschäftsgang werden die Prämien erhöht oder vermindert.

Die Unfallversicherungsanstalt steht in Zusammenhang mit den Unterstützungsvereinen, die ihr gegen gewisse Vergütungen Verwaltungsagenten abnehmen, ferner in den ersten sechs Wochen nach einem Unfall gegen die entsprechende Verrechnung mit der Unfallversicherung den Unterhalt des Verletzten besorgen.



Arbeitslosenunterstützung in Zürich: Die Stadt Zürich gewährt seit mehreren Jahren in der Winterzeit Unterstützungen an die in diesem Teil des Jahres besonders zahlreichen, unter der Ungunst der Zeit leidenden Arbeitslosen. Man hat dabei von jedweden Versicherungsprinzip abgesehen und einfach eine Kommission aus städtischen Beamten und Vertretern von Frauen- und Arbeitervereinen gebildet, welche einen Kredit bis zur Höhe von 25 000 M. teils in Geld, teils in Anweisungen auf Lebensmittelverabfolgung, an Arbeitslose erteilt. Die Kommission fand bei vielen Verbänden der Stadt wertvolle

Unterstützung; so wurde mit dem Konsumverein, dem Lebensmittel- und dem Bäckerverein ein diesen Gruppen zu gewährender Rabatt vereinbart; auch die Schuhmachergenossenschaft und einige Schuhmachermeister in verschiedenen Stadtteilen boten ihre Ware zu etwas herabgesetzten Preisen an. Die Frage, ob in Fällen, wo es einem Unterstützten gelungen ist, für einige Tage vorübergehend Arbeit zu finden, ein entsprechender Abzug an der Unterstützungssumme gemacht werden solle, wurde verneint: Die tätige Initiative der Arbeitslosen soll hierdurch intakt erhalten werden.

Unter den Arbeitslosen waren die Bau- und Erdarbeiter um 54 % in der Mehrheit. Bei ihnen handelt es sich um eine mit der ungünstigen Witterung periodisch wiederkehrende Arbeitslosigkeit. Im übrigen waren unter den Unterstützten auch viele Arbeiter, die vorher recht beträchtliche Tagesverdienste (über 5, ja über 7 M.) erzielt hatten. Hauptsächlich berücksichtigt werden verheiratete Arbeitslose, die naturgemäß durch die Versorgungspflicht für ihre Familie besonders unterstützungsbedürftig sind.

L. Eggli,
Zürich.



Arbeitszeit in ununterbrochenen Betrieben: Weitgehende Anträge zur Regelung dieser Frage wurde vom Züricher Kongreß der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz angenommen. In der wesentlichen Resolution wird ausgeführt, daß die Achtstundenschicht in Industrien mit ununterbrochenem Betriebe (Tag- und Nacharbeit) das beste Schichtsystem sei, und vom Standpunkte des körperlichen und sittlichen Wohlergehens der Arbeiter und im sozialen und volkswirtschaftlichen Interesse wird dieselbe lebhaft empfohlen.

Des weiteren sprach sich die Versammlung dahin aus, daß die Achtstundenschicht für die schichtweise bei ununterbrochener Arbeit beschäftigten Arbeiter an den Hochöfen und in den Eisenhütten, Stahl- und Walzwerken notwendig und durchführbar ist.

Sie forderte das Bureau der Internationalen Vereinigung auf, an den schweizerischen Bundesrat die Bitte zu richten, baldmöglichst eine Konferenz der interessierten Staaten einzuberufen mit der Aufgabe, eine Vereinbarung über die Einführung der Achtstundenschicht für die vorgenannten Arbeiter anzustreben.

Was die Glashütten anlangt, so seien die bezüglichlichen Studien hinreichend vorgeschritten, um ein internationales Übereinkommen mindestens auf der Grundlage von durchschnittlich 56 Wochenstunden mit einer ununterbrochenen 24 stündigen Ruhezeit zu verlangen.

Was die übrigen Industrien betrifft, war die Delegiertenversammlung der Ansicht, die Landessektionen möchten durch Studien die Anwendung des Achtstundentages oder einer entsprechenden Woche in den ununterbrochenen Betrieben vorbereiten:

a) sowohl dann, wo der Arbeitstag (Arbeitsbereitschaft) 10 Stunden innerhalb eines 24 stündigen Zeitraumes überschreitet,

b) als auch da, wo die Schichten an mehr als 6 Tagen der Woche Arbeit verrichten,

c) und auch in denjenigen Industrien (z. B. Papier-, Holzmasse- und chemischen Industrie), für welche die Verhältnisse für das Dreischichtensystem in manchen Ländern reif zu sein scheinen.



Die Einführung der englischen Woche: Die Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz

hat auf ihrer Delegiertenversammlung in Zürich eine Resolution angenommen, in welcher die Kürzung der Arbeitszeit an Samstagen (Englische Woche) gefordert wird.

Der Motivenbericht führt aus, daß der freie Samstagnachmittag allein für die Arbeiterinnen die Sonntagsruhe zur Wahrheit zu machen vermag;

daß der freie Samstagnachmittag allein daher den Arbeitern in jeder Woche einen vollen Tag des Familienlebens gewährt;

daß dieser freie Samstagnachmittag ganz oder teilweise bereits für Kinder, Jugendliche und Frauen oder selbst für erwachsene Arbeiter in den Gesetzgebungen des Deutschen Reiches, Großbritanniens, Griechenlands und der Niederlande Eingang gefunden hat;

daß die Initiative der Unternehmer und jene der Arbeiterverbände die Verbreitung des freien Samstagnachmittages in allen Industrieländern zu fördern streben;

Die Versammlung fordert daher eine internationale Festsetzung darüber, daß die Frauen und jugendlichen Arbeiter am Sonnabend Nachmittag von der Arbeit freizulassen sind.



Das englische Gesetz über Minimallöhne für Bergarbeiter: Der Generalstreik in den englischen Kohlenbergwerken wurde bekanntlich durch Annahme eines Gesetzes beendet, das die gesetzliche Festlegung von Minimallöhnen für die Kohlenarbeiter nach dem Vorbild der australischen Gesetzgebung sowie der englischen Gesetzgebung für Heimarbeiter vorsieht.

Mit der Festlegung der Minnimal-löhne wurden eigene Lohnämter in allen Kohlenbezirken Englands betraut und sie haben ihre Arbeit sofort begonnen. Die größere Hälfte

der Lohnämter ist mit ihrer Arbeit fertig, und Minimallöhne für verschiedene Verrichtungen im Kohlenbergbau wurden in Listen festgelegt. Für 350 000 Bergarbeiter, unter denen sich sowohl die höchstens als auch die niedrigstbezahlten Gruppen befinden, sind die Vorschriften bereits festgelegt, so daß ein klarer Überblick über die Ergebnisse des Gesetzes bereits möglich ist. In der folgenden Tabelle werden die Löhne, welche für die Kohlenhauer einerseits, für die Arbeiter über Tag andererseits festgelegt wurden, sowie demgegenüber die Minimallöhne, wie sie seinerzeit vor Beginn des Streiks von den Arbeitern gefordert worden waren, angegeben.

Grafschafts- namen	Minimallöhne, von den Arbeitern gefordert		Minimallöhne, von den Lohnämtern festgelegt	
	Kohlen- heuer M.	Arbeiter über Tag M.	Kohlen- heuer M.	Arbeiter über Tag M.
Durham	6,10	5	5,48	4,72
Northumber- land	6—7,16	5	5,48 u. 5,64	4,72
Smaller colli- eries	—	—	5	4
Comberland .	6,48	5	6	4—4,72
Cleveland . .	5,80	5	5,32	4,24
Lancashire . .	7	5	6,48	5
South Derby- shire	6,48	5	6	4,48
Leicestershire	7,16	5	6,16 bis 7,16	4,80
North Straf- fordshire . .	7,16	5	6,48—7	5
Do., Cheadle- district . . .	—	—	6	4,48
South York- shire	7,48	5	6,72	5
Do. small collieries . .	—	—	5,48	4,48
South Wales .	7,10 bis 7,48	5	Nicht fixiert	4,48
Cannock				
Chase	7	5	6,48	4,72
Forest of Dean	5,80	5	5,20	unter 4

Wir sehen so, daß die Arbeiter nur in wenigen Fällen jene Löhne, die sie forderten, erlangt haben, und daß sie auch den Minimallohn von 5 Mark,

um den sich die Verhandlungen im Schlußstadium des Streiks drehten, nur für die Kohlenheuer, nicht aber für die Tagarbeiter aller Orte erlangten.

Die Festlegung der Minimallöhne hat sich also durchaus nicht als eine einseitig zugunsten der Arbeiter und gegen die Arbeitgeber gerichtete Maßregel erwiesen.

Die Lohnämter haben sich im wesentlichen von der Erwägung leiten lassen, daß die Bergwerke nur zur Zahlung solcher Löhne verhalten werden sollen, die sie ohne Gefährdung ihres Bestandes begleichen können. Immerhin sind die neuen Minimal-löhne wesentlich höher als die früher von den minder gut bezahlten Arbeitern erlangten Bezüge. Für die hochbezahlten Arbeiter hat sich durch Festlegung der Minimallöhne nichts geändert.

Im wesentlichen hatte es sich bei der ganzen Minimallohngesetzgebung, entsprechend den spezifischen Verhältnissen des Bergbaues, darum gehandelt, Vorsorge für solche Punkte zu treffen, an denen die Kohlen-gewinnung besonders schwer ist. Im allgemeinen werden die Kohlenarbeiter im Akkord bezahlt, können an normalen Stellen auch entsprechende Kohlenmengen fördern, während dies an gewissen ungünstigen Plätzen auch bei größter Geschicklichkeit und Eifer des Hauers technisch untunlich war. Für diese ungünstigen Plätze forderte man in Ergänzung des im übrigen bestehenbleibenden Akkordlohnes eine untere Grenze, unter die der Taglohn nicht fallen dürfe. Dem Gesichtspunkte wurde das neue Gesetz gerecht, und in dieser Beziehung hat es auch für geschickte Kohlenarbeiter, die im übrigen durch ihre Akkordlohnverträge höhere Bezüge erzielen, eine Aufbesserung bedeutet.

S. Hudley.



Lohnämter in Belgien: In allen europäischen Industriestaaten sucht man in den letzten Jahren nach Lösungen des Hausarbeiterproblems, und auch in Belgien wurden zwei diesbezügliche Initiativanträge im Parlament eingebracht — der eine derselben vom liberalen Abgeordneten Verhaegen, der andere von dem Sozialdemokraten Huysmans. Der Antrag des letzteren sieht zunächst eine Reihe hygienischer Schutzbestimmungen ähnlich denen des deutschen Hausarbeitergesetzes vor; sein wesentlichster Gesichtspunkt liegt aber in der Errichtung von Lohnämtern, welche Minimallöhne festzusetzen haben. Die Errichtung von Lohnämtern erfolgt entweder über Initiative der Regierung oder über Antrag der Hälfte der Arbeitgeber des Bezirks oder aber der Hälfte der Arbeitnehmer desselben. Diese Lohnämter sollen aus einer gleichen Anzahl von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die beide Parteien aus ihrer Mitte gewählt haben, bestehen. Ein unparteiischer Präsident wird von den beiderseitigen Delegierten erwählt bzw. von der Regierung ernannt, falls sich die Parteien nicht einigen können.

Die Lohnämter sollen überall obligatorische Minimallöhne festlegen und zwar sowohl Zeit- als auch Stücklöhne. Ist die Zahl der Verrichtungen in einem Gewerbe allzu groß, so daß eine Festlegung aller Stücklöhne im vorhinein nicht erzielt werden kann und sie also dem Arbeitgeber überlassen bleibt, so wird es diesem zur Pflicht gemacht, einen jeden Arbeiter mittlerer Geschicklichkeit im Stücklohn so zu bezahlen, daß derselbe, in Zeitlohn umgerechnet, dem von der Kommission festgelegten Zeitlohn gleichkomme. Wenn dieser Minimallohn nicht bezahlt wird, so steht dem Arbeiter der Anspruch auf Erstattung der Differenz zu; er kann

seine Klage beim Lohnamt einreichen, das dann seinerseits die Amtshandlungen gegen den Arbeitgeber einleitet. Wird der Arbeitgeber überführt, eine geringere Summe als die dem Arbeiter zukommende gezahlt zu haben, so verfällt er in Geldstrafe von 20 bis zu 250 Mark für jede Verfehlung und im Wiederholungsfalle in die doppelte Strafe.

Der Antrag von Verhaegen sieht ähnlich vor, daß die Sektionen des Industrie- und Arbeitsbeirates als Lohnämter fungieren können. Diese Lohnämter haben die übliche Befugnis zur Festlegung obligatorischer Minimallöhne, doch ist gegen ihre Entscheidungen ein Rekurs an das Handelsministerium zulässig, das die Appelle einer eigens dazu bestimmten Kommission überweist. Arbeitgeber, welche niedrigere als die gesetzlich festgelegten geringsten Lohnsätze in Anwendung gebracht haben, verfallen in Geldstrafen von 20 bis zu 420 Mark.



Die Bekämpfung der Wurmkrankheit: Angesichts der großen Gefahren, welche die Wurmkrankheit nicht nur für Bergarbeiter und Tunnelarbeiter, sondern auch für die gesamte Arbeiterschaft bestimmter Ländergebiete bildet und angesichts der hervorragenden Resultate, welche durch eine geeignete Überwachung und Behandlung der Arbeiterschaft erreicht worden sind, wird diese Frage schon seit langem von einsichtigen Sozialpolitikern studiert. In eindringlicher Weise wurde auf der Züricher Sozialen Woche ein internationales Übereinkommen zwecks Einschränkung der Wurmkrankheit gefordert. Insbesondere wird verlangt, daß den Schiffahrtsgesellschaften, die Wanderarbeiter aus verseuchten überseeischen Ländern befördern, aufzutragen sei, die Untersuchung dieser Arbeiter und die Be-

handlung der Erkrankten vorzunehmen.

2. Aus verseuchten Gegenden Einwandernde seien vor ihrer Einstellung zu Berg-, Tunnel-, Steinbruch- und Ziegeleiarbeiten auf das Vorhandensein der Wurmkrankheit zu untersuchen.

3. In Bergwerken, bei Tunnel-, Steinbruch- und Ziegeleiarbeiten seien eine Reihe von Maßnahmen notwendig: so z. B. die einwandfreie Sammlung und Beseitigung der menschlichen Abgänge (ordentliche saubere Abortanlagen); Übung besonderer Reinlichkeit, trockene Arbeitsstätten, ärztliche Untersuchung und Stellung ärztlicher Behandlung und geeigneter Heilmittel.

4. Die mit der Untersuchung und Überwachung betrauten Ärzte sind entsprechend sachlich zu schulen.



Lehrkurse für soziale Hilfstätigkeit in England: In England macht sich in letzter Zeit infolge der großen sozialen Reformen, speziell der staatlichen Arbeitsvermittlung, der Fürsorgeerziehung, der städtischen Gesundheitsämter usw. ein wachsender Bedarf nach geschulten sozialen Hilfsarbeitern geltend. Man hat einsehen lernen, daß der gute Wille allein, daß Mitgefühl und Aufopferungsfähigkeit noch nicht hinreichen, um die vielen verwickelten technischen Aufgaben, welche der modernen sozialen Hilfstätigkeit gestellt sind, in entsprechend vollkommener Weise zu lösen, sondern daß eine fachliche Vorbildung hierzu unentbehrlich ist. Die Universitäten von Birmingham, Bristol, Edinburg, Glasgow und Liverpool sowie die Londoner soziologische Hochschule haben darum eigene Lehrkurse für soziale Hilfstätigkeit eingerichtet. Bis jetzt ist die Nachfrage so groß, daß alle absolvierten Schüler, die

sich über entsprechende Befähigung ausweisen können, rasch Beschäftigung finden. Eine gewisse Schwierigkeit erwächst nur daraus, daß die soziale Hilfstätigkeit eben ein überaus weites Feld verschieden gearteter Tätigkeit umfaßt, und daß ein und derselbe Lehrkursus nur schwer sowohl dem Gehilfen des Gesundheitsamts, der die Wohnungen der Armen zu besuchen hat, als auch dem Hilfsbeamten der Arbeitsvermittlung, dem Sekretär einer Gesellschaft für nachbarliche Hilfstätigkeit, dem Leiter eines Knabenklubs und dem einer Volkshochschule entsprechende Kenntnisse vermitteln kann; in einigen Fällen werden hygienische, in anderen industrielle, in wieder anderen speziell pädagogische Kenntnisse gefordert.

Ferner müssen die Kurse einerseits mit Personen rechnen, welche die soziale Hilfstätigkeit als Hauptberuf, als Basis ihres Lebensunterhaltes ausüben wollen, andererseits mit vielen anderen Personen, die sie nur als ein Ehrenamt betrachten oder aber ihr nur einen Teil ihrer Zeit widmen können.

Trotzdem ist es möglich gewesen, durch entsprechende Anordnung von Vorbereitungskursen, in denen vor allem die Grundtatsachen sozialer Wissenschaft gelehrt werden, sowie durch entsprechend spezialisierte Fortbildungskurse, das Problem zu lösen: sei es durch einjährige Kurse, an deren Ende bereits ein abschließendes Diplom erteilt wird, sei es durch eingehendere zweijährige Kurse. Den theoretischen Studien werden dann auch praktische Übungen beigegeben, und häufig leben die Studenten in einem jener „Settlements“, jener eigenartigen Niederlassungen von Akademikern in den Armutsvierteln der Großstädte, die bereits seit langem eine Stätte intensiver sozialer Hilfstätigkeit bilden.



Maßregeln gegen den Mädchenhandel in England: Auf Initiative der „National Vigilance Association“ wird jetzt im Britischen Parlamente ein Gesetzentwurf behandelt, welcher wirksame Maßregeln gegen den Mädchenhandel vorsieht. § 1 des Entwurfes gibt der Polizei unbeschränkte Vollmacht zur Verhaftung (auch ohne richterlichen Befehl) jedes Individuums, das im Verdacht steht, vom Mädchenhandel zu leben.

§ 3 A sieht eine wesentliche Verschärfung der Strafe für Zuhälter vor.

§ 5 gestattet die sofortige Verhaftung jeder Persönlichkeit, die junge Mädchen zu einem Bahnzuge oder einem Schiff führt und von der angenommen werden kann, daß sie beabsichtige, das Mädchen einem unsittlichen Lebenswandel außerhalb der Grenzen des Vereinigten Königreichs zuzuführen.



Das British Institute of Social Service, das in so engen Beziehungen zum „Institut für internationalen Austausch fortschrittlicher Erfahrungen“ steht und die englische Ausgabe der „Dokumente des Fortschritts“, „Progres“, herausgibt, veröffentlichte kürzlich seinen Bericht für das Jahr 1911, der in der Generalversammlung des 14. Mai 1912 angenommen wurde. Das Institut hat auch im vergangenen Jahre seinen wesentlichen Existenzzweck darin gesehen, allen Persönlichkeiten und Gesellschaften, welche Interesse an sozialen Reformen nehmen, solche Auskünfte über bestehende Institutionen und deren Tätigkeit zu erteilen, welche für weitere Reformarbeiten wertvoll sein können.

Ferner unterhält das Institut eine große Bibliothek, die allen Freunden sozialen Fortschritts zur Verfügung steht, und veranstaltete eine große Reihe von Vorträgen. Interessant

ist es, wie vielfältige Gegenstände in den an das Institut gerichteten Anfragen behandelt wurden. Im ganzen hatte dasselbe 1990 Auskünfte zu erteilen, darunter z. B. 247 Auskünfte über Kinderschutz, 124 über Erziehungswesen, 68 über Abstinenzbewegung, 13 über Gartenstadtbewegung, 23 über Strafrechtsreform, 14 über Genossenschaftswesen, 150 über Mutterschutz, 27 über Alterspensionen, 268 über öffentliches Gesundheitswesen, 35 über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, 151 über Arbeiterinnenschutz usw.

1726 Anfragen kamen aus England, die übrigen aus allen Ländern der Erde, darunter 54 aus Deutschland, 15 aus Frankreich, 4 aus Japan, 34 aus Indien, 68 aus Amerika, 1 aus Österreich.

Das Institut sieht einen wesentlichen Daseinszweck auch darin, ein Zentrum für all jene englischen Gesellschaften, die sich sozialen Reformen widmen, zu bilden und kooperiert in dieser Beziehung insbesondere mit der Liga für körperliche Erziehung, mit der Gesellschaft für landwirtschaftliche Genossenschaften und der Vereinigung für Frauenheime.

Das Institut hatte im abgelaufenen Jahre einen schweren Verlust durch den Tod des langjährigen Redakteurs, Dr. Holden Beyles, der die Zeitschrift „Progres“ in vollständig uneigennütziger und dabei erfolgreicher Weise leitete, zu beklagen. Die Redaktion der Zeitschrift sowie das Ehrensekretariat des Instituts wurden nach dem Ableben Beyles vom Parlamentsmitglied Percy Alden, den die Leser der „Dokumente des Fortschritts“ als Mitarbeiter unserer Zeitschrift kennen, übernommen.



Soziale Wandervorträge in Indien: Vorträge über soziale Themen werden

seit einiger Zeit in indischen Städten veranstaltet, und kürzlich hat ein solcher sehr besuchter Vortragszyklus in Faridpur unter dem Vorsitz von Rai Yatindranath Chaudhuri stattgefunden. Hauptvortragender war der Sozialpolitiker Babu Surendranath Banerjea. Die Vortragsthemen betrafen insbesondere den Bau von Witwenheimen und Mädchenschulen, von Erziehungsstätten für Kinder der niedrigen Kasten sowie das dringende Problem der Kinderheiraten. Dieses letztere Problem wurzelt bekanntlich darin, daß die Eltern ihre Söhne und Töchter meist schon im zartesten Alter verloben. Das Mädchen übersiedelt mit dem 12. Lebensjahr ins Haus der Schwiegereltern und die Ehe wird wohl schon mit dem 14. oder 15. Jahre tatsächlich konsumiert. Eine Folge davon ist die Geburt vieler Kinder durch körperlich noch unentwickelte Mütter, somit die Heranziehung einer organisch schwachen Generation, die für den Kampf ums Leben überhaupt minder tauglich ist. — Eine weitere Folge liegt in der praktischen Unmöglichkeit für das Mädchen, nach dem 12. Lebensjahre noch eine Schule zu besuchen.

Von der Sekte der Brahmo Samaj geht darum seit langem eine heftige Agitation gegen die Unsitte der Kinderheiraten aus. Es wurde nunmehr, wie das Beispiel der Vortragszyklen von Faridpur zeigt, die gleiche Frage auch von den leitenden Schichten der Hindu selbst aufgenommen. Ihre Lösung ist dadurch in greifbare Nähe gerückt.

Nandra Pal.



Die Familistère in Guise: Einer der interessantesten praktischen Versuche zur Lösung des sozialen Problems ist die Familistère in Guise. Das Unternehmen unter-

scheidet sich wesentlich von ähnlichen seiner Art, als es den Tod seines Gründers zu überdauern vermochte und heute noch auf derselben Grundlage fortexistiert und fortblüht, auf die ein starkes soziales Empfinden und weitblickendes organisatorisches Talent es gestellt hatten. Eine genaue Kenntnis dieses bedeutenden Unternehmens vermittelt uns *J e - a n n e R i c h e r t **), die bei einem mehrwöchigen Aufenthalt in der Familistère Gelegenheit hatte, das Werk zu studieren und Mitteilungen über seine Entstehungsgeschichte und die Person seines Gründers zu sammeln.

Dieser Gründer war J. B. André Godin, der im Jahre 1817 in Esquéhéries (Dep. Aisne) als Sohn eines einfachen Dorfschlossers geboren wurde. Ein Sohn der Arbeit und selbst schon von frühester Jugend an an harte Arbeit gewöhnt, behielt Godin in seinem ganzen Leben das Verständnis und die Liebe für das hart arbeitende Volk. Nachdem er von seinem 17. bis 20. Jahre gewandert hatte, kehrte Godin in seine Heimat zurück, wo er zunächst eine kleine Werkstatt für Heizvorrichtungen eröffnete. Durch die von ihm erfundenen praktischen Neuerungen brachte er sein Geschäft zum raschen Aufschwung, so daß er 1846 bereits 30 Arbeiter beschäftigte. In diesem Jahre siedelte er nach Guise (Dep. Aisne) über, wo er sich durch den genialen Ausbau und die praktische Einrichtung seiner Fabrik ein bleibendes Denkmal setzte.

Godin hatte sich durch fleißiges Selbststudium ein ziemlich umfassendes Wissen erworben. Vor allem waren es die Schriften der großen Utopisten Owen, Saint-Simon und Fourier und anderer Sozialreformer, die ihm große Anregungen geboten und in ihm den Wunsch erweckt

*) Das Familienheim zu Guise. Groß-Lichterfelde, Verlag der Arbeiterversorgung. A. Troschel. 1910.

hatten, eine Organisation zu finden, die eine Harmonie zwischen Arbeit und Kapital gewährleistete. Nachdem er eine Reihe arbeiterfreundlicher Verbesserungen in seinem Betriebe durchgeführt hatte, beteiligte er sich an der Gründung einer genossenschaftlichen Niederlassung in Texas, die die Schüler Fouriers in die Wege geleitet hatten, indem er dem Unternehmen ein Drittel seines damaligen Vermögens — 100 000 Fr. — opferte. Das Unternehmen mißlang zwar, aber Godin wurde dadurch nicht in seiner Überzeugung erschüttert und begann nunmehr an die Verwirklichung seiner eigenen reiflich überlegten Pläne zu denken.

Im Jahre 1895 begann er mit der Errichtung seiner Familistère — auf deutsch Familienheim — eines großen Gebäudekomplexes, das neben den Werkstätten die Wohngebäude für die Angestellten, eine Schule, ein Theater, Versammlungssäle, eine Kinderkrippe und andere kulturellen Einrichtungen enthält. Die kleine Schrift von Jeanne Richert bringt eine Anzahl reizvoller Abbildungen des in einer landschaftlich sehr bevorzugten Gegend gelegenen Familienheims. Auf der einen Seite erstrecken sich die mächtigen Fabrikgebäude, in denen gegenwärtig mehrere Tausend Arbeiter beschäftigt sind. In der Mitte liegt das aus einem Mittel- und zwei Seitengebäuden bestehende Wohnhaus. Jedes der drei Gebäude umschließt einen rechteckigen, mit Glas überdachten Hof, auf den an den Hauswänden ununterbrochen entlang laufende Balkons herabschauen und in dem häufig Festlichkeiten abgehalten werden. Zwei weitere Wohnhäuser nach demselben Plane, aber ohne überdachte Höfe sind in einiger Entfernung errichtet. Gegenüber dem Hauptgebäude liegt das Theater. Die übrigen Baulichkeiten sind anmutig auf dem durch große Parkflächen unterbrochenen Gelände zerstreut.

Wir sehen auch in das Innere der Wohnungen, die einen überraschenden Wohlstand und Behaglichkeit verraten. Ferner bewundern wir die Einrichtungen der Krippe, in denen die Kleinen, deren Mütter selbst arbeiten, von zartestem Alter an untergebracht werden können, und die eine gegenüber dem sonstigen Durchschnitt des Landes um mehr als ein Drittel niedrigere Sterblichkeit aufweist. Wir sehen den Kindern bei ihrem für Knaben und Mädchen gemeinsamen Schulunterricht in hellen, luftigen Schulräumen zu, und wir freuen uns der reizend kostümierten Kleinen, die bei den jährlich zweimal stattfindenden großen Festen mitwirken.

Welches ist nun die innere Organisation des Werkes, mit dem Menschenfreund Godin das große Problem: Abschaffung der Armut, Garantierung einer menschenwürdigen Existenz für jedermann zu lösen versucht hat? Fünf wichtige Einrichtungen schienen ihm zu diesem Zwecke notwendig: Gewinnbeteiligung der Arbeiter, Versicherung auf Gegenseitigkeit, Organisation des Konsums, weitgehende Bildungsmöglichkeiten, gesunde Wohnungen. Die Durchführung dieser Prinzipien im einzelnen wird durch folgende Maßnahmen garantiert: Das Unternehmen, das Godin nach zwanzigjähriger Erfahrung in eine Kommandit-Gesellschaft, der er die freie Hälfte seines Eigentums vermachte, verwandelte, ist Eigentum der Arbeiter, die aber daran mit verschiedenen Rechten partizipieren. Diese Rechte hängen von der längeren oder kürzeren Zugehörigkeit zur Fabrik und besonderen Leistungen ab. Jeder Arbeiter ist zunächst Teilhaber; er wird später Mitglied und zuletzt Kommanditist. Die Leitung des Unternehmens liegt in den Händen der technischen und kaufmännischen Direktoren, der Vor-

steher der Konsumabteilung und der anderen Anstalten des Familienheims und dreier Kommanditisten, die in geheimer Wahl durch die Generalversammlung gewählt werden. Die Arbeiter werden teils nach Zeit, teils nach Stück entlohnt, und zwar betrug der sich ständig steigende Durchschnittsverdienst im Jahre 1907/08 rd. 6 Fr. Hierzu kommen nun die Zinsen aus den jährlichen Gewinnanteilen und die Rückvergütung aus dem Konsum.

Von dem Reingewinn des Unternehmens entfallen nach Abzug der erforderlichen Summen für laufende Ausgaben, Zuschüsse an die verschiedenen Versicherungen, Kosten für Erziehung und Bildung usw. 75% an die Arbeiter, und zwar teils in Form von Zinsen auf ihre Anteile und Spareinlagen, teils pro rata ihrer Arbeitsverdienste — beides zu dem gleichen Prozentsatz. Bei der Berechnung der Arbeitsverdienste wird der Verdienst der Teilhaber und Hilfsarbeiter einfach, der der Mitglieder einundeinhalbfach und der der Kommanditisten doppelt gerechnet. Im Jahre 1907/08 betrugen die so den Arbeitern zukommenden 75% des Reingewinnes 587 085 Fr., wovon 554 248 Fr. direkt der Arbeit, 32 837 Fr. dem auch in Arbeiterhänden befindlichen Kapital zuflossen. Nur die Zinsen auf Anteile und Spareinlagen werden bar ausgezahlt; die Gewinnanteile werden gut geschrieben und bilden so verzinsliches Kapital. Die übrigen 25% des Reingewinnes werden an die Verwaltung, an sich besonders auszeichnende Arbeiter und

Beamte und für verschiedene gemeinnützige Zwecke verteilt.

Der Konsumverein des Werkes, der den Verkauf aller Lebensbedürfnisse umfaßt, hatte im Jahre 1907/08 einen Umsatz von 834 575 Frs. Er arbeitet mit einem durchschnittlichen Überschuß von 10 ½ Prozent. Die genannten Bezüge — Konsumvereinsdividende und Verzinsung des Kapitals — erhöhen den Durchschnittsverdienst der Arbeiter von 1800 Frs. um 300 bis 600 Frs. und mehr; kommt hierzu noch der Verdienst der mitarbeitenden Ehefrau oder größerer Kinder, so stellen sich solche Arbeiterfamilien auf Einkünfte von 3000 bis 4000 Frs.

Gekrönt wird das Werk durch die verschiedenen Versicherungsanstalten — die Kranken-, die Pensions- und Lebensbedarfsversicherung — die teils durch Beiträge der Gesellschaft, teils durch direkte Zahlungen der Arbeiter unterhalten werden. Durch diese Institutionen wird jeder dauernd oder vorübergehend Erwerbsunfähige vor Not und Entbehrung geschützt. Endlich sei noch bemerkt, daß zur Regelung aller sowohl sich aus dem Arbeitsverhältnis ergebender als auch privater Differenzen besondere Ausschüsse vorhanden sind. Das friedliche und brüderliche Zusammenleben der Bewohner der Familistère wird durch die Tatsache dokumentiert, daß trotz der ziemlich ansehnlichen Bevölkerung bisher die Anrufung eines wirklichen Gerichtes nie notwendig war.

RICHTUNGSLINIEN DES FORTSCHRITTS VON PROFESSOR DR. R. BRODA-PARIS

NATIONALE BEITRÄGE ZUR WELTKULTUR V: DIE SOZIALE KULTUR AUSTRALIENS.



N der ersten Nummer dieser Zeitschrift*) habe ich an gleicher Stelle die Eigentümlichkeiten des sozialen Milieus von Australien darzulegen versucht und der Erwartung Ausdruck gegeben, daß gerade sie, den Weg über das stammverwandte England nehmend, im weiteren Verlauf eine neue Epoche für die Kultur aller Völker herbeiführen werden. Die Ereignisse der letzten fünf Jahre haben den ersten Teil dieser Voraussage verwirklicht und damit die Wahrscheinlichkeit, daß die soziale Kultur Australiens die Erde erobern werde, um ein Bedeutendes gesteigert. Es sei mir darum gestattet, hier neuerdings die Wirksamkeit der vorbildlichen sozialen Institutionen Australiens zu schildern, zu zeigen, wie weit sie in diesen letzten Jahren nach England verpflanzt worden und inwieweit sie geeignet sind, für die Weltkultur bedeutungsvolle Beiträge zu liefern.

1. Die erfolgreichste unter den sozialen Einrichtungen Australiens sind die an dieser Stelle bereits wiederholt erwähnten **Lohnämter**, welche die gesetzliche Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zunächst für Heimarbeiter, dann aber, auf Grund der in beschränkter Sphäre gemachten günstigen Erfahrungen, für das gesamte Industrieleben zu treffen hatten. Sie haben in Australien selbst bzw. in allen denjenigen Staaten innerhalb des Australischen Bundes, in denen sie eingeführt wurden, den Streik so gut wie völlig ausgeschaltet; der gewerbliche Frieden ist an Stelle des gewerblichen Kriegszustandes getreten, und das konstitutionelle Prinzip des Zusammenwirkens aller beteiligten Kreise in der Regierung und Verwaltung des bezüglichen Interessenkreises ward auf das gewerbliche Leben übertragen.

Vor drei Jahren wurden sie auf Grund des australischen Beispiels auch in England eingeführt, und zwar zunächst für die Heimarbeit. Rascher noch als in Australien wurden hier alle Schwierigkeiten des ersten Anfanges überwunden **). Sämtliche Lohnämter haben bereits Lohnsätze festgelegt, die das bisher bestandene Elend der Heimarbeiter sehr wesentlich lindern. Ein zweiter Schritt ist im Frühling durch die Einführung von Lohnämtern für den englischen Bergbau geschehen ***); schon die Annahme des Gesetzes beendete den furchtbarsten Streik, den die Industriegeschichte Englands kennt, und die schwere Beunruhigung des gesamten englischen Industrie-

*) November 1907.

**) Siehe Aufsatz von J. Mallon auf Seite 736.

***) Siehe Chronik auf Seite 766.

lebens, die er heraufbeschworen hatte, war damit gebannt. Seither haben auch diese Lohnämter gearbeitet, Lohntarife in Übereinstimmung der Arbeitgeber und Arbeiter bzw. durch Entscheidungen des unparteiischen Vorsitzenden zusammengestellt. Diese Entscheidungen konnten naturgemäß nicht jene weitgehenden Aufbesserungen bringen, die für die Heimarbeiter angesichts ihrer schwereren Notlage notwendig und um dieser Notwendigkeit willen möglich gewesen waren. Beim Bergbau lag das Schergewicht des Problems nicht im Bedürfnis nach Beseitigung einer Notlage, die ja auch vor Erlass des Gesetzes nicht eigentlich vorhanden gewesen war, sondern einerseits in der Ersetzung des Streiks — als eines für die unbeteiligten Industrien allzu schädlichen Mittels zur Festlegung der Arbeitsbedingungen — durch eine friedlichere Methode, andererseits in der Notwendigkeit, Minimallöhne festzulegen, die den Bergarbeitern auch an ungünstigen Förderplätzen (wo im Akkord das übliche Lohnmaß nicht zu erzielen wäre), ein der Billigkeit entsprechendes Ausmaß des Verdienstes sichern. Die Minimallöhne wurden in relativ bescheidenen Grenzen festgesetzt. Trotzdem hat sich der englische Gewerkschaftskongreß kürzlich mit Entschiedenheit für das Gesetz und gegen den Versuch, dasselbe anzutasten, ausgesprochen.

Es bedarf kaum mehr irgendwelcher prophetischen Gabe, um die Verwirklichung des gleichen oder eines ähnlichen Gesetzes auch für die englischen Bahnangestellten für eine nahe Zukunft voraussehen zu können: so ähnlich liegen die Verhältnisse, so groß wäre insbesondere auch die Schädigung des unbeteiligten Publikums durch einen Bahnstreik.

Ist der Gedanke der gesetzlichen Festlegung der Arbeitsbedingungen jedoch einmal für diese wichtigen Industriezweige verwirklicht, wird — so lehrt die australische Erfahrung aufs klarste — eben die praktische Erkenntnis von den wohltätigen Wirkungen des Prinzipes zu dessen immer weiterer Entwicklung führen. Für England kann der Übergang von der Periode des gewerblichen Kampfes zu der des industriellen Konstitutionalismus, wie er in Australien vollzogen, als ein in naher Zukunft zu beschließender gelten.

Auf dem Festlande von Europa wird er gewiß unvergleichlich länger dauern. Immerhin zeigen sich speziell in der internationalen Bewegung für Heimarbeiterschutz sowie im französischen Gesetzentwurf für Zwangsschiedsgerichte im Bahnwesen und in dem entsprechenden dänischen Gesetz usw. starke Ansätze für eine Entwicklung gleicher Linie.

2. Auch die Zwangsschiedsgerichte für Gewerbestreitigkeiten sind in der Tat zuerst in Australien und Neuseeland verwirklicht worden, auch für sie haben wir zu unseren Antipoden nach praktischen Erfahrungen zu blicken. — Mag auch das Lohnamtsprinzip, als das praktischere, sich in Australien inzwischen in fast völliger Verdrängung der Zwangsschiedsgerichte durchgesetzt haben, sind doch auch die letzteren für Europa, zumindest als Übergangsform, annehmbar.

3. Australien besitzt seit einer Reihe von Jahren eine allgemeine Staatsbürgerversorgung. Alle bejahrten Männer und Frauen (von Erreichung ihres 65. Lebensjahres an) haben Anspruch auf eine aus staatlichen Mitteln, ohne irgendwelchen Beitrag ihrerseits zu erfolgende Alterspension. Das gleiche Gesetz, wenn auch in finanziell minder weitgehender Form, wurde im Jahre 1907 auf England übertragen. Ob es sich auch auf dem Festlande von Europa gegenüber der parallelen deutschen Methode der Zwangsversicherung jemals durchsetzen wird, scheint zweifel-

haft. Wohl spricht die unvergleichlich einfachere Verwaltung, der Wegfall aller Verwaltungsspesen, zu seinen Gunsten; doch stehen ihm anderseits in allen Staaten, deren wesentliche Mittel für militärische Zwecke gebunden sind, starke budgetäre Schwierigkeiten entgegen.

4. Wie bereits im September an gleicher Stelle angedeutet, hat Australien andererseits die Lösung des Trustproblems, an der Amerikas Bemühen 2 Jahrzehnte lang scheiterte, in spielend einfacher Weise gefunden. Es ist Gemeingut eines großen Teiles der öffentlichen Meinung Australiens geworden, daß die Konzentrierung der Industrie dank den technischen Verbesserungen, die sie mit sich bringt, als solche durchaus zu begrüßen sei; daß die Form des Privatmonopols, der sie zustreben, jedoch keine endgültige Zielsetzung bedeute, sondern der Staat berufen sei, alle Industrien, welche vermöge ihrer eigenen natürlichen Entwicklung Monopolcharakter angenommen haben, in seine Hände zu übernehmen. Eben jetzt ist die australische Bundesregierung damit beschäftigt, in Überwindung gewisser konstitutioneller Schwierigkeiten, welche ihrer sozialistischen Initiative aus den Machtbefugnissen der zum Teil noch gegnerisch gesinnten Regierungen der Einzelstaaten erwachsen, im Begriffe, die Verstaatlichung der Tabak-, Zucker- und Eisenindustrie wie auch des Schiffsahrtsdienstes mit Europa durchzuführen. Auch diese Entwicklungstendenz scheint übrigens kaum bestimmt, auf Australien beschränkt zu bleiben; der gleiche Gesichtspunkt bildet einen Bestandteil des Programms der radikalen Regierungspartei Frankreichs, die jede Verstaatlichung der natürlichen Monopole fördert; England, dessen öffentliche Meinung sich lange gegen jede Abkehr vom Prinzip der uneingeschränkten Privatinitiative gesträubt hatte, ist soeben, auch in dieser Richtung den Spuren Australiens folgend, bei der Verstaatlichung der Bahnen angelangt. Die Aktion für Bergwerksverstaatlichung in Preußen und Sachsen, die Verstaatlichung der Lebensversicherung, die Italien vor kurzem beschlossen hat, weisen auch alle in gleicher Richtung.

5. Daß Australien auch in einer Reihe von politischen Beziehungen neue beispielgebende Wege gegangen, ist an anderer Stelle dieses Blattes wiederholt erläutert worden. Durch Verwirklichung des Frauenstimmrechts hat es neue Triebkräfte für Weitung sozialer Fürsorge ins praktische Leben eingeführt, die sich gewiß auch in Europa in gleicher Linie zur Geltung bringen werden. Durch die Trennung von Kirche und Schule sowie die Einführung der Koedukation hat es die Heranbildung einer aufrechten, kulturfrohen neuen Generation ermöglicht; durch die Einführung einer auf kurzfristiger Dienstpflicht beruhenden Milizarmee hat es eine mögliche Zukunftsentwicklung Europas vorgezeichnet, welche die Notwendigkeiten der Landesverteidigung wahren und doch jeden Mißbrauch der Armee zu politischen Zwecken, jede Fortzüchtung alter Kastenvorurteile in ihrem Rahmen und alle beschwerliche Aufbürdung höherer finanzieller Lasten, welche die für Kulturzwecke verfügbaren Mittel ungebührlich beschränken, beseitigen würde.

6. Durch das Referendum endlich hat Australien, gleich der Schweiz, neue Möglichkeiten einer Erweiterung der Volkssouveränität und einer vollkommeneren staatsbürgerlichen Erziehung der Massen gewiesen. Durch sein Gemeindebestimmungsrecht hat es einen Weg zur wirksamen schrittweisen Eindämmung des Alkoholübeln aufgezeigt.

Zusammenfassend können wir sagen, daß Australien jene demokratischen und sozialen Möglichkeiten, die unserem Zeitalter eigen sind, in hemmungsloser,

jeder unserer revolutionären Krise entrückter Weise verwirklicht hat, und daß es auf Grund der vorzüglichen Erfolge seiner Vorgangsart zunächst dem rasseverwandten England, weiters aber der gesamten Kulturmenschheit als Wegweiser dienen darf. Eine Reihe dieser Errungenschaften (Lohnämter, Staatsbürgerversorgung) ist bereits in England, andere, wie das Frauenstimmrecht, in sonstigen Staaten nachahmend verwirklicht worden, und immer aufs neue können wertvolle Erfahrungen für die fortschrittliche Entwicklung Europas aus den Entwicklungen im „sozialen Laboratorium“ unserer Antipoden geschöpft werden. Diese Erfahrungen, die sich mehr und mehr einer allgemeinen Nachfolge rühmen können, bilden überaus bedeutungsvolle Beiträge zur Weltkultur; so paradox es für viele klingen mag, daß gerade eines der wenigst volkreichen Gemeinwesen der Erde eine zentrale Stellung in der Menschheitsentwicklung einnimmt, scheint es mir doch ein Gebot der Wahrheit zu sein, festzustellen, daß die werdende Menschheitskultur der Zukunft in mehreren ihrer wesentlichsten Beziehungen die charakteristischen Züge der sozialen Kultur Australiens tragen wird.

KORRESPONDENZEN

ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG

DR. KREUZKAM, WILMERSDORF-BERLIN: WIRTSCHAFTSVERHÄLTNISSE UND WIRTSCHAFTS-BEZIEHUNGEN BULGARIENS.



BER die Wirtschaftsverhältnisse Bulgariens hat das Königlich Statistische Amt von Bulgarien im Jahre 1910 ein Jahrbuch herausgegeben, das zahlreiche und schätzenswerte Angaben über das neue Königreich enthält. Man ersieht daraus, welche ungeheuren Fortschritte in wirtschaftlicher, finanzieller und sozialer Hinsicht das junge Königreich und ehemalige Fürstentum unter der 25jährigen Regierung des jetzigen Zaren Ferdinand gemacht hat. Aber auch vor der Regierungszeit des jetzigen Zaren konnte bereits der junge Staat, nachdem er sich von der Türkei unabhängig gemacht hatte, auf große Fortschritte hinweisen: überall begegnet man den Spuren westeuropäischer Kultur und westeuropäischen Wirtschaftsgebarens, die aber verständnisvoll der Eigenart des Landes angepaßt worden sind.

Das Wachstum der Bevölkerung, bei der übrigens interessant ist, daß die männliche Bevölkerung in den letzten 30 Jahren ständig der weiblichen um 70—80 000 Seelen voransteht, und sogar diesen Vorsprung langsam vergrößert, betrug im Jahre 1881 2 823 211 Seelen, davon 1 439 537 Männer und 1 383 674 Frauen, im Jahre 1909 war sie auf 4 221 119 (2 151 022 weibliche und 2 207 095 männliche) angewachsen. In dem erstgenannten Jahre lebten 29,3 Einwohner auf dem Quadratkilometer, 1909 aber bereits 43,8. Die Verteilung auf Städte und Gemeinden ergibt, daß allein die Stadt Sofia seit 1900 über 50 000 Seelen hatte; nach der Zählung von 1905 lebten dort 82 621 Bewohner oder 2,05 % der gesamten Bevölkerung. Wie in allen übrigen Ländern, läßt sich auch in Bulgarien seit den letzten 25 Jahren eine starke Verschiebung der Bevölkerung von kleineren zu größeren Gemeinden verfolgen, jedoch hat sich die Vergrößerung ländlicher und städtischer Bezirke noch nicht allzu wesentlich zugunsten der letzteren verschoben. Die Einwohnerschaft des heutigen Bulgariens setzte sich 1905 zu 98,69 % aus Einheimischen, zu 0,72 % aus Türken, 0,05 % Rumänen, 0,08 % Russen und 0,05 % Serben zusammen.

Nach den Berufen gliedert sich die Bevölkerung derart, daß nach der Zählung von 1905 auf die Landwirtschaft, die Fischerei und den Bergbau, die sogenannte Urproduktion, 1 553 362 Männer und 1 557 518 Frauen, zusammen 3 110 880 Menschen entfallen; 1 540 209 übten ihren Beruf selbstständig aus, während 1 370 671 von der Ausübung dieses Berufes lebten. Mehr als 77 % der Bevölkerung gehörten demnach der landwirtschaftlichen Bevölkerung an. Der Bergbau, der mit zu dieser Gruppe gerechnet wird,

ist sehr wenig entwickelt und beschäftigt nur 2064 Menschen oder 0,05 % der Bevölkerung. Der industriellen Bevölkerung gehörten 1900 565 264, 1905 589 060 Personen an, von denen 227 644 ihren Beruf selbständig ausübten. Der Zahl nach am stärksten entwickelt ist die Nahrungsmittel- und die Bekleidungsindustrie wie die Metall- und Maschinenindustrie, aber auch der Schiff- und Wagenbau. Das Handelsgewerbe übten 20 644 Personen aus, das Bankgewerbe, Wechsel- und Versicherungswesen 32 685 Personen, während im Erfrischungswesen 21 325 Personen berufsmäßig beschäftigt waren.

Landwirtschaftlich bebaut wurden nach der Statistik von 1907 mit Weizen 977 190 ha, mit Roggen 182 477 ha, mit Gerste 232 227 ha, mit Hafer 189 742 ha, mit Mais 498 482 ha, mit Hirse 39 525 ha, zusammen 2219 639 ha. Die Anbaufläche von Rapssaat stellte sich auf 2285 ha, von Sesam 1295 ha, Anis 1165 ha, Tabak 5797 ha, Baumwolle 602 ha, Leinsaat 142 ha, Hanf 3163 ha und Zuckerrüben 2285 ha. Die mit Weideland und Futterpflanzen bestellten Flächen betrugen 505 545 ha. Für den Obstbau war eine Anbaufläche von 8989 ha und für den Weinbau von 88 570 ha vorhanden. Neben der Getreidewirtschaft besteht eine umfangreiche Viehwirtschaft; nach der letzten Viehzählung waren Ende 1905 538 271 Pferde, 11 947 Maultiere, 124 080 Esel, 1 695 533 Stück Arbeitsvieh, 476 872 Ochsen, 8 130 997 Schafe, 1 384 116 Ziegen, 465 333 Schweine, insgesamt 12 827 149 Haustiere. Die Ausfuhr von Vieh ist jedoch nicht so bedeutend, wie man nach diesen Zahlen annehmen könnte; sie betrifft hauptsächlich Hammel und Widder, von denen 1908 180 485 Stück im Werte von 2,06 Millionen Franken ausgeführt wurden. Die im übrigen in den letzten Jahren stark gewachsene Viehausfuhr erreichte 1908 nur einen Wert von 780 215 Franken gegen allerdings 1,07 Millionen Franken im Jahre vorher. An Schafen wurde für 944 160 Franken (1907 2,12 Millionen Franken) ausgeführt, an Lämmern 597 012 Franken und an Hausgeflügel 432 492 Franken.

An industriellen Unternehmungen, die durch den Staat gefördert werden, waren nach der letzten Zählung 235 vorhanden, davon 2 Kupfergruben, 13 Unternehmungen der Metall- und Maschinenindustrie, 10 keramische Betriebe, 21 chemische, 89 der Nahrungsmittelindustrie zugehörige, 58 textilindustrielle Unternehmungen, darunter 32 der Verarbeitung der Wolle gewidmete Unternehmungen, 12 Unternehmungen der Holz- und Möbelbranche, 25 der Häute- und Lederindustrie und 4 der Papierindustrie. Diese Unternehmungen verfügten zusammen über ein Kapital von 43,48 Millionen Franken und beschäftigten 16 783 Arbeiter. Das Kapital ist so verteilt, daß davon auf die Kupfergruben 791 777 Franken, auf die Metall- und Maschinenindustrie 1,57 Millionen Franken, auf die keramische Industrie 1,42, auf die chemische 1,02, auf die Nahrungsmittelindustrie 21,15 Millionen Franken entfielen. Letztere verteilten sich auf die Unterabteilungen folgendermaßen: Mühlenindustrie mit 7,14 Millionen Franken, Zuckerfabrikation und Raffination 3,6, Brauereien 6,53 und Spiritusbrennereien 2,94 Millionen Franken. Von den 58 textilindustriellen Betrieben, die mit einem Kapital von 9,67 Millionen Franken arbeiteten, kamen 30 Betriebe mit 6,48 Millionen Franken auf die Wollindustrie. In der Holzindustrie arbeiteten 8 Betriebe mit 431 929 Franken, in der Lederindustrie 22 Betriebe mit 1,26 Millionen Franken. Die jährliche Erzeugung der genannten Betriebe zusammen genommen wurde auf rund 50 Millionen Franken geschätzt. Die von der Industrie verbrauchten Rohstoffe stammten zu 31,3 Millionen Franken aus dem Inlande, zu 7,4 Mil-

lionen Franken aus dem Auslande, während an Fabrikaten nach dem Auslande für 10,83 Millionen Franken ausgeführt wurden, darunter für 6,73 Millionen Mühlenerzeugnisse und für 3,16 Millionen Franken Textilfabrikate, letztere fast ausschließlich Erzeugnisse der Wollweberei.

Der bulgarische Außenhandel zeigte in den letzten 30 Jahren eine gewaltige Entwicklung. Die Einfuhrwerte betrugen 1897 32,13 Millionen Franken, die Ausfuhrwerte 20,09 Millionen Franken; der gesamte Handel 52,23 Millionen Franken. Die Einfuhr übertraf damals die Ausfuhr um 12 Millionen Franken. Im Jahre 1904 wurde im Gesamthandel die Ziffer von 287,3 Millionen Franken erreicht, wovon 129,6 Millionen Franken auf die Einfuhr von 157,6 Millionen Franken auf die Ausfuhr entfielen. Dann ging die Einfuhr im Jahre 1906 auf 108,4 Millionen Franken zurück, die Ausfuhr auf 114,5 Millionen Franken. Die Einfuhr hat sich dann weiter auf 130,15 Millionen Franken im Jahre 1908 gehoben, während die Ausfuhr 1907 auf 125,5 Millionen Franken stieg, dann aber 1908 auf 112,3 Millionen Franken herunterging. Während in den früheren Jahren bald die Einfuhr, bald die Ausfuhr dem Werte nach größer war, sind in den ersten Jahren des laufenden Jahrhunderts stets die Ausfuhrwerte größer gewesen und zwar 1902 um 32,4 und 1904 um 27,9 Millionen Franken. In den folgenden Jahren hat sich dann der Ausfuhrüberschuß dauernd verringert und ist 1908 hinter den Einfuhrwerten um 17,8 Millionen Franken zurückgeblieben. Im Jahre 1910 bewertete sich die Einfuhr Bulgariens auf 177 356 723 Franken gegen 160 429 624 Franken im Jahre vorher, während die Ausfuhr in den genannten Jahren sich auf 129 052 205 Franken gegen 111 433 683 Franken stellte.

Was die einzelnen Länder betrifft, die mit Bulgarien in Handelsbeziehungen stehen, so gestaltete sich die Beteiligung der wichtigsten Herkunfts- und Bestimmungsländer an dem Handelsverkehr mit Bulgarien folgendermaßen:

	Einfuhr:		Ausfuhr:	
	1910	1909	1910	1909
	Wert in Franken			
Österreich-Ungarn ...	47 571 436	38 867 436	7 827 796	11 778 348
Großbritannien	22 682 263	27 009 835	15 314 633	8 279 247
Belgien	8 506 676	7 901 527	20 943 781	19 341 100
Deutschland	34 120 199	29 214 932	14 218 297	13 523 462
Italien	6 842 928	5 488 996	—	—
Griechenland	—	—	6 339 642	4 600 946
Türkei	21 024 305	21 083 853	44 283 147	36 651 921
Frankreich	15 348 319	11 165 253	9 039 117	5 045 310

In der Einfuhr steht danach Österreich-Ungarn an erster Stelle; es folgen Deutschland, das früher die dritte Stelle einnahm, dann England, die Türkei, Frankreich, Belgien und Italien. In der Ausfuhr steht die Türkei natürlich bei weitem in erster Linie, die zweite Stelle nahm Belgien ein, die dritte Großbritannien, die vierte Deutschland; in weiterem Abstände folgen Frankreich, Österreich-Ungarn und Griechenland. Gegenüber dem mittleren Durchschnitt 1901/05 hat sich in den letzten Jahren besonders die Ausfuhr nach der Türkei gehoben, während sie nach Österreich-Ungarn einen entschiedenen Rückgang zeigt und nach Belgien und Italien keine namhaften Fortschritte machte. Die deutsche Ausfuhr nach Bulgarien ist in den letzten Jahren fast ständig gestiegen und zwar in einer Weise, die zu der Hoffnung

berechtigt, daß wir in diesem Lande bald die erste Stelle im Einfuhrhandel innehaben werden. Nur Österreich-Ungarn steht Deutschland noch voran. Die Zunahme der deutschen Ausfuhr nach Bulgarien ist also prozentual fast dreimal so groß gewesen, wie die Österreich-Ungarns.

Von Haupteinfuhrartikeln sind zu nennen: Textilerzeugnisse, Erzeugnisse der Montanindustrie, Maschinen, Instrumente und Apparate, Kolonialprodukte, Öle, Fette usw., Hölzer, Häute und Lederfabrikate, Brennstoffe, keramische Erzeugnisse. Unter den Ausfuhrerzeugnissen stehen an erster Stelle Zerealien, Milch, Butter, Käse und andere tierische Produkte, Textilfabrikate Parfümerien u. a. m.

CHRONIK

BRIEFTELEGRAMME: In Frankreich besteht seit dem Jahre 1909 die Einrichtung, daß Telegramme, die in der Zeit von 7 bis 12 Uhr abends aufgeliefert werden, als Brieftelegramme (*Lettres télégrammes*) befördert werden können, d. h. sie werden nachts in den verkehrsschwachen Stunden weitertelegraphiert und morgens durch den Briefträger als Brief (also nicht durch besonderen Boten) mit der ersten Postbeförderung dem Empfänger zugestellt. Die Wortgebühr beträgt 1 Centime, mindestens 50 Centimes. Diese Verkehrseinrichtung hat große Bedeutung erlangt, denn ein Geschäftsmann, der beispielsweise abends einen Brief erhält, ist dadurch in die Lage versetzt, dem Schreiber des Briefes, auch wenn er in einem weit entfernten Orte lebt, eine ausführliche Antwort für geringe Kosten schon am andern Morgen zukommen zu lassen, während ein Brief vielleicht erst im Laufe des Tages oder gar erst am übernächsten Tage dort einträte.

Diese Verkehrsform ist im vorigen Jahre auch in Deutschland eingeführt worden und hat sich auch hier bestens bewährt, obgleich vorerst

nur etwa 80 größere Städte daran teilnehmen können.

Belgien ist das erste Land, das Brieftelegramme auch für den internationalen Verkehr zugelassen hat. Durch Vereinbarung vom 12. März 1912 werden Brieftelegramme nach Frankreich zugelassen; das Wort kostet nur 5 Centimes, die Mindesttaxe beträgt 1,25 Franks. Dabei ist auch Abonnementsmöglichkeit vorgesehen, zum Preise von 150 Franks für den ersten und 75 Franks für jeden folgenden Monat; der Abonnent kann dafür täglich bis zu 150 Worten telegraphieren, jedes Wort mehr kostet 5 Centimes Zuschlag.

Seit dem August 1912 hat Belgien diesen Brieftelegrammverkehr auch mit den Vereinigten Staaten und Kanada eingerichtet. (Daneben besteht die Möglichkeit, die Brieftelegramme nur bis New York oder Montreal telegraphieren und von dort bis zum Bestimmungs-orte als Brief befördern zu lassen.) Die Übermittlung der Nachricht ist auf diese Weise viel billiger, d. h. für das gleiche Geld kann eine größere Wortzahl übermittelt werden, und der Zeitgewinn gegenüber der Be-

förderungsdauer eines Briefes ist doch noch sehr erheblich; darin liegt die Bedeutung dieser Einrichtung für Geschäftswelt und Presse. Zu hoffen ist, daß diese Verkehrsform bald auch in andern Ländern, besonders in Deutschland, eingeführt werden möge. In Verbindung mit der drahtlosen Telegraphie wird sie besondere Vorteile aufweisen. Einem abgefahrenen Dampfer können auf diese Weise wichtige Nachrichten an Bord telegraphiert werden zur brieflichen Weiterbeförderung, umgekehrt können vom Schiffe der Küstenstation Mitteilungen gemacht werden, die als Briefe bestellt werden. Damit verringern sich die Kosten; andererseits werden so die Verkehrseinrichtungen besser ausgenutzt.

Dr. John Mez.



Zur genossenschaftlichen Entwicklung: Nach dem Muster der englischen Konsumvereine, welche zwei große Einkaufsgesellschaften geschaffen haben, sind nunmehr auch die deutschen Genossenschaften erfolgreich auf gleichem Wege fortgeschritten. Ihre große Einkaufsgesellschaft steht im 19. Geschäftsjahre, und deren Umsatz ist im vergangenen Jahre von 88 Millionen Mark auf 109 Millionen gestiegen, also eine Steigerung um etwa 23 %. Auch die Zahl der Genossenschaften, welche die große Einkaufsgesellschaft bilden, hat sich von 675 auf 706, die der Genossenschaften, welche in Geschäftsverbindung mit der großen Einkaufsgesellschaft stehen, allerdings nur von 554 auf 574 erhöht. Ein kleiner, jedoch wachsender Teil der von der Großeinkaufsgesellschaft an die Konsumvereine verkauften Waren entstammte übrigens, wie die sozialistischen Monatshefte mitteilen, genossenschaftlicher Produktion- und zwar einigen landwirtschaftlichen Genossen-

schaften, einer genossenschaftlichen Papierfabrik, einer genossenschaftlichen Schlächtereier und einigen genossenschaftlichen Webereien. Die Eigenproduktion der Gesellschaft hat sich damit vergrößert. Die ihr gehörige Seifenfabrik in Groba-Riesa, die das erste volle Jahr hinter sich hat, erzielte einen Umsatz von 4 686 193 Mark; 1153, also etwa zwei Drittel überhaupt bei der Gesellschaft kaufenden Vereine bezogen Produkte dieses Unternehmens. Der Fabrik haben sich bereits zwei Nebenbetriebe angegliedert: eine Schlosserei für Reparaturen und eine Kistenfabrik, die 10 Personen beschäftigt. Insgesamt waren in dem ganzen Betrieb 226 Personen tätig. Die Zigarrenfabriken in Frankenberg, Hamburg und Hockenheim steigerten ihren Umsatz von 2 145 569 Mark im Jahr 1910 auf 2 699 607 Mark, also um rund $\frac{1}{2}$ Million. 945 Vereine bezogen die Tabakfabrikate, 774 die Zigarren dieser Fabriken. 614 Personen waren in ihnen am Schluß des Jahres beschäftigt, gegen 565 Ende 1910. Der Reingewinn des letzten Geschäftsjahrs beziffert sich auf 1 108 779 Mark gegen 1 015 757 Mark im Jahr 1910. Es werden davon 5 % Zinsen auf die eingezahlten Kapitalien, 2 % auf den Umsatz der angeschlossenen und 1 % auf den der nicht angeschlossenen Vereine verteilt werden, während der ganze übrige Betrag in Höhe von 816 000 Mark den verschiedenen Fonds zufließen soll, die damit auf 4,2 Millionen Mark anschwellen werden, wozu noch 2 Millionen Mark Stammkapital kommen.



Genossenschaftliche Entwicklung in Rußland: Die russischen Gemeindeverwaltungen bemühen sich in den letzten Jahren, Produktiv- und Kreditgenossenschaften ins Leben zu rufen, die im übrigen in der nationalen

Genossenschaftstradition in der Erinnerung an die noch bis vor kurzem so blühenden Artelle eine rege Stütze finden. Speziell die Stadtgemeinde Moskau hat reiche Mittel angewendet, um in den Vororten landwirtschaftliche Genossenschaften zu begründen; in Kiew zählt man bereits 600 städtische Genossenschaften.

Im Departement Jaroslave haben sich mit Unterstützung der Semstvos eine Reihe von Genossenschaften zur Buttererzeugung und zum Verkauf von getrockneten Gemüsen gebildet.



Unterstützungsverbände in Madagaskar: Die Verwaltung der französischen Kolonie Madagaskar hat sich die Aufgabe gestellt, unter den Eingeborenen Verbände zur wechselseitigen Unterstützung zu schaffen. Zu diesem Zwecke wurden die Fokonolona, territoriale Verbände der Eingeborenen, die im embryonalen Zustande bereits lange bestanden,

weiter entwickelt und aus ihnen wechselseitige Unterstützungsvereine und Produktivgenossenschaften gebildet.

Insbesondere wurde in Nanisana nahe bei Tananarivo eine Produktivgenossenschaft für die Aufbewahrung und den Verkauf von Reis geschaffen, und seit ihrem Gründungsjahr (1909) entwickelt sie sich in durchaus erfreulicher Weise. Sie zählt bereits 200 Mitglieder. Besonders auch die Verteilung ausgewählter Samensorten für den Reisbau funktioniert in ausgezeichneter Weise, und es konnten so neue und bessere Qualitäten dieses wichtigen Nahrungsmittels hervorgebracht werden. Die Gesellschaft besitzt ferner eine eigene Anlage für die Austampfung des Reis.

Das von dieser Gesellschaft ausgehende Beispiel beginnt schon seine Früchte zu tragen und mehrere ähnliche Genossenschaften sind in Bildung begriffen.

A. Durand.



POLITISCHE ENTWICKLUNG

ERICH LILIENTHAL, BERLIN: POLITISCHE GRENZEN UND KULTUREINHEITEN.



IE bewaffnete Auseinandersetzung, auf die Deutschland und England sich seit einem Jahrzehnt vorbereiten, belastet die moralische Entwicklung der Welt fast ebenso stark wie die wirtschaftliche, die unter den für die Rüstung festgelegten Milliarden leidet. Wenn diese Auseinandersetzung vermieden wird, wenn die beiden Nationen zunächst einmal wenigstens seelisch abzurüsten beginnen, hat der Pazifismus seinen ersten großen Erfolg errungen. Es hat wenig Zweck, die Möglichkeit dieses Krieges einfach deshalb von der Hand zu weisen, weil er eine Absurdität wäre. Der dreißigjährige Krieg war trotz aller sogenannten auf den Schulen gelehrtten Gründe, das Absurdeste, was man sich vorstellen kann,

und wütete dreißig Jahre, wütete bis er durch die Entkräftung der Gegner sein Ende nahm.

Wir sind jetzt bereits so weit, daß in Deutschland und England nicht nur von der Unzahl der Ewigblinden, sondern von denkenden und bewußten Männern der bevorstehende Krieg wie eine leider unabwendbare Tatsache besprochen wird. Man prophezeit ihn seit zehn Jahren für jedes Frühjahr, und viele glauben, daß er sich im Frühjahr 1913 kaum wird vermeiden lassen. Bisher hat keine der noch so gut ins Werk gesetzten Verständigungsaktionen, die immer intensiver werdende Wappnung für diese Weltkatastrophe zu hemmen vermocht. Wer den Krieg eigentlich will, denn wollen tun ihn unzweifelhaft viele und einflußreiche Kreise, ist im Grunde genommen nicht genau festzustellen. Man kann auch nicht eigentlich sagen, daß die Vorkämpfer für den kriegerischen Zusammenstoß der beiden Völker schlechte Patrioten sind, denn wenn die Spannung sich in dieser Weise weiter steigert, so ist man fast versucht, zu sagen: besser ein Ende mit Schrecken, als diese ewigen Rüstungsschrecken ohne Ende. Diese Rüstungsschrecken und die damit verbundenen Preßkampagnen vergiften die Stimmungen der beiden großen Völker gegeneinander in einer so infamen Weise, daß selbst ein Krieg wie ein „fair play“ wirken müßte. Man kann jedenfalls sagen, daß er die Gehässigkeit, wie sie an vielen Stellen in der Presse zum Ausdruck kommt, nicht mehr beträchtlich steigern könnte.

Es ist wohl als gegeben vorauszusetzen, daß Deutschland diesen Krieg nicht vom Zaune brechen wird. Man kann aber in Deutschland, so lange die englische Stimmung sich nicht ändert, nichts anderes tun, als sich auf diesen Krieg mit allen Kräften vorzubereiten. Große Teile des englischen Volkes sind in einer fieberhaften Erregung gegen Deutschland. Wer den Tag von Mafeking im Burenkrieg in London miterlebt hat, der wird verstehen, daß bei einer so übernervösen Nation, wie den Engländern, es ohne weiteres möglich ist, daß eines Tages durch irgendeine Volksstimmung, ohne jeden zwingenden Grund, selbst gegen den Willen der regierenden Persönlichkeiten in beiden Ländern, der Krieg erzwungen wird. Was dieser Krieg bedeuten würde, ist trotz all der unzähligen Zeitungsartikel über dieses Thema niemals klar herausgesagt worden.

Dieser Krieg erzwänge, wie er auch ausfallen möge, die Abdankung der vereinigten Staaten von Europa, wohlgemerkt, der kulturell vereinigten Staaten von Europa, zugunsten der politisch geeinigten Staaten von Nordamerika und Canada. Im Falle dieses Krieges geriete der ganze europäische Handel nach den übrigen vier Weltteilen in die Hände der Amerikaner. Amerika würde wenigstens für ein paar Jahrzehnte oder noch länger der alleinige Lieferant für Südamerika, Asien und vielleicht auch den größten Teil Afrikas werden, sicherlich so lange, bis die slawische Großmacht oder eine der ostasiatischen Mächte, sei es China oder sei es Japan, wirtschaftlich so weit gekommen sind, daß sie es wagen können, den Kampf mit der amerikanischen Vormacht ihrerseits aufzunehmen. Das hieße unter anderem, daß ein paar Dutzend Millionen Europäer brotlos würden, daß bedeutete Armut, Revolution und Anarchie und eine Auswanderung der europäischen Kultur nach Amerika. In vielen Straßen der meisten Großstädte würde Gras wachsen. Die Initiative und der Mut, der die europäischen Völker auszeichnet, würde durch all das Grauenvolle, das dieser europäische Krieg mit sich brächte, so gelähmt werden, daß im Gefolge der wirtschaftlichen Dekadenz zweifellos auch eine geistige eintreten würde. Ein Krieg, wenn er auch nur ein Jahr

dauern würde, und er wird sicher länger dauern, würde die gleichen Folgen haben für alle Länder Europas, wie sie der dreißigjährige Krieg für Deutschland gehabt hat. Man wäre von da ab in Europa gezwungen, mit dem Willen von aufstrebenden Kleinstaaten, wie z. B. Bulgarien, zu rechnen, und es wäre kaum abzusehen, wie der Wiederaufbau der europäischen Kultur vor sich gehen könnte. Vielleicht müßte dann früher oder später eine amerikanische Aktiengesellschaft die Sanierung Europas übernehmen.

Das klingt unwahrscheinlicher, als es ist, und wenn es auch nicht gerade in dieser Form richtig zu sein braucht, so bezeichnet es doch sicherlich das Verhältnis, in dem Europa, unser europäisches Europa, dann zu Amerika stehen würde. Ein Krieg zwischen Deutschland und England wäre ein *saigner à blanc*, ein in jedem Falle unentschiedener Kampf. Töten können sich zwei Völker wie diese nicht, nur unendlich schwächen. Da der Kampf sicherlich auch andere Völker mitreißen würde, so läge die Blüte Europas auf den Schlachtfeldern. Und Europa, wohlgemerkt das europäische Europa, ist nur klein. Europa ist eben überall zu Ende. Die Grundlagen der europäischen Kultur bilden aber gerade die Völker, die dann in ihrer Blüte geknickt würden und die Bahn für das seit einem Jahrtausend immer auf der Lauer liegende, vielleicht nicht barbarische, aber doch gänzlich wesensfremde Asien wäre dann mit einem Schlage frei. Frei, wenn wir nicht Hilfe aus Amerika erhalten. Eine Hilfe jedoch nur um den Preis völliger Abhängigkeit.

Was man immer von neuem vergißt und doch immer wieder von neuem hervorheben müßte, ist die relative Kleinheit der europäischen Welt. Europas Stellung als Vormacht der Welt beruht nicht auf Massen, sondern auf Qualitäten. Verschlechtern die Europäer ihre Qualitäten, so rückt die Gefahr, daß die natürlichen Stärkeverhältnisse wiederhergestellt werden, die seit langer Zeit durch die geistige Überlegenheit Europas aufgehoben waren, in unheimliche Nähe. Europa ist und bleibt, und nicht nur geographisch, eine Halbinsel von Asien. Ein streitendes und sich zerfleischendes Europa wäre dem erwachenden Asien, nicht nur dem mongolischen, sondern vor allem auch dem zum größten Teile asiatischen Slawentum gegenüber völlig wehrlos. Die slawische Welt ist der germanischen und romanischen Welt, trotz mancher Berührungspunkte, trotz aller Sympathien, die sich hin und her spinnen können, innerlich fremd. Ein Deutscher kann einen Engländer und Skandinaven ganz verstehen, er kann im fremden Volke aufgehen, ohne sich selber zu verlieren. Er kann das gleiche aber dem Romanen gegenüber nur in seltenen Fällen, dem Slawen gegenüber fast nie und dem Mongolen gegenüber überhaupt nicht erreichen.

Wenn irgendetwas in zwölfter Stunde dazu imstande ist, die europäische Katastrophe eines Krieges zwischen Deutschland und England zu verhindern, so ist es eben die Erkenntnis dieser nahen Kulturverwandtschaft der beiden konkurrierenden Völker. Welche Umstände diese Kulturverwandtschaft bisher im Bewußtsein der Massen haben in den Hintergrund treten lassen, ist so oft gesagt worden, daß man es als bekannt voraussetzen darf. Die Kulturverwandtschaft, die in der Redensart von den englischen Vettern angedeutet wird, und auf der alle Verständigungskomitees herumreiten, ist wirklich vorhanden, aber sie ist immer noch nicht genug bewußt geworden. Der ungebildete Engländer und der ungebildete Deutsche halten sich für fremder, als sie es in der Tat sind. Sie halten sich deshalb für fremder, weil sie nicht wissen, wie fremd ihnen beiden die anderen Völker sind. Je mehr die Völker bisher voneinander erfahren haben, desto mehr sind ihnen vorläufig nur die

Unterschiede in der gegenseitigen Denkweise zum Bewußtsein gekommen. Dies rührt aber nur daher, weil Engländer und Deutsche mehr übereinander wissen als über andere Völker, die ihnen wirklich fremd sind. Wüßten sie beispielsweise gleich viel über Asiaten und Afrikaner, so würde ihnen klar ins Bewußtsein gehämmert sein, auf verhältnismäßig wie wenig Köpfen die von ihnen gemeinsam getragene und emporgebrachte Kultur beruht. Deutsche und Engländer würden, wenn sie genug weiten Blick hätten, sehen, daß sie beide nur kleine Menschenanhäufungen sind inmitten eines brandenden Meeres fremder Kultur. Ihre politischen Grenzen, die ihnen heute so riesenhaft weit erscheinen, würden ihnen eng vorkommen im Verhältnis zu der großen fremden und letzten Endes feindseligen Welt da draußen in Asien und Afrika. Sie würden, statt einander zu bekämpfen, im Gegenteil so dicht als möglich zusammenrücken, um dem sicher einmal kommenden Anprall von außen standhalten zu können. Sie würden noch mehr tun! Sie würden sich eifrig nach Bundesgenossen innerhalb ihrer beiderseitigen Kulturkreise umsehen, um ihre Stoßkraft und ihre Widerstandsfähigkeit zu verstärken. Man würde dann zuerst nach Amerika blicken und finden, daß Amerika, trotzdem es englisch spricht, doch weder England noch Deutschland genügend nahesteht. Man würde weiter in Europa nach verwandten Völkern suchen und sehen, daß man vor allem daran denken müßte, die drei nordgermanischen Stämme, Schweden, Norwegen und Dänen vor der slawischen Welle zu beschützen, gegen die sie sich, im Falle die beiden anderen germanischen Vormächte, Deutschland und England, zugrunde gehen, auch nicht eine Stunde zu behaupten vermögen. Auch mit den Schweizern und den Holländern wäre eine Kulturverwandtschaft zu knüpfen, wenn auch nicht im gleichen Maße wie mit den Skandinaven, da hier bereits das romanische Element und in Holland sogar asiatisches (javanisches) Blut anfängt, eine nicht zu unterschätzende Rolle zu spielen.

In den letzten Jahrzehnten ist das Nationalgefühl überall in Europa in einem nie gekannten Grade stark und bewußt geworden. Das ist ein Vorteil. Denn jeder verwaschene und gedankenlose Kosmopolitismus schwächt die Völker. In den letzten Jahrzehnten ist aber auch Hand in Hand mit dieser Stärkung des Nationalgefühls eine Verengerung und Schwächung des Universalgefühls eingetreten. Das englische Nationalgefühl hat ebenso wie das deutsche sehr viel von der Kirchturmliebe bekommen. Ganz gleich ist dabei, ob man von diesem Kirchturm über etwa fünfzig Millionen sieht wie in England oder über etwa siebzig Millionen wie in Deutschland. Eine Erweiterung des Nationalismus, nicht durch den Internationalismus, aber durch einen Supernationalismus, ist das, was immer dringender notwendig wird. Das Erstarken des Supernationalismus, dieser Stolz auf die größere Kultureinheit, zu der man gehört, ist das einzige dauernd taugliche Mittel zur Verhinderung eines Krieges zwischen Deutschland und England.

Die Hoffnung, daß eine derartige Strömung einmal groß und mächtig wird, und so mächtig, daß sie einen Krieg, zwischen diesen beiden Völkern wenigstens, zur Unmöglichkeit macht, ist durchaus nicht ganz utopisch. Die gesamte wirtschaftliche, die gesamte wissenschaftliche Entwicklung, das gesamte Zusammenballen des Weltverkehrs drängt dahin, Einheiten zu schaffen, die über die politischen Grenzen hinausreichen.

Es sei gestattet, diese Ausführungen mit einer heute vielleicht utopischen, später aber einmal sicherlich durch die Not der Verhältnisse erzwungenen politischen Kombination zu schließen. Die einzige naturgemäße Mächtegruppierung in Europa, die den germanischen Völkern ihre Führerstellung

innerhalb der Welt für eine Reihe von Jahrzehnten zu sichern imstande ist, wäre ein Bündnis zwischen Deutschland und England unter Anschluß der drei skandinavischen Reiche. Diese fünf Völker haben im Verhältnis zu den anderen Nationen, der Ausdruck sei gestattet, nur provinzielle Verschiedenheiten. Sprachen, Sitten und moralische Anschauungen sind durchaus verwandt. Sie würden außerdem als Wirtschaftsgebiet und auch politisch eine derartige Stärkeeinheit bilden, daß auf lange Jahre hinaus niemand die Macht hätte, sie ernstlich zu bedrohen. Der skandinavische Norden, Schweden und Norwegen, ist trotz aller Touristenreisen, trotz aller wirtschaftlicher Versuche einzelner industrieller Unternehmer, sich dort festzusetzen, ein noch vollständig jungfräulicher Boden. Ein Boden, der einmal ohne gemeinsame Hilfe von Deutschland und England den Slawen zufallen wird, weil sowohl Schweden wie Norwegen zu dünn bevölkert sind, um sich selbständig gegen das Andringen der Slawen verteidigen zu können. England allein, wie man namentlich in Norwegen glaubt, kann eine wirksame Hilfe nicht gewähren, denn was helfen ganze Flotten von Dreadnoughts gegen Völkermassen, die auf Millionen Füßen über breite, weite Ebenen kommen, in denen menschliche Wohnungen oft Tagereisen voneinander entfernt liegen, wie in der Nordmark Skandinaviens.

Nur der heute wie eine politische Phantasmagorie erscheinende Bund Deutschlands, Englands und Skandinaviens wäre imstande, in der Zukunft den Beginn einer neuen, mit gewaltsamen Erschütterungen verbundenen Völkerverschiebung zu verhindern und damit den Beginn einer neuen Völkerwanderung, die mehr an Kulturwerten verschütten würde als jene sogenannte große Völkerwanderung, die das klassische Altertum vernichtete.



NICOLAS SALMERON Y GARCIA, MADRID: DER KLERIKALISMUS IN SPANIEN *).

DIE bekannten Ereignisse in Barcelona und ihr blutiger Epilog, der Tod Ferrers, des Begründers der Freien Schulen, haben überall in Europa, selbst in den wenigst radikal gesinnten Ländern, eine große Bewegung hervorgerufen, die die Solidarität der zivilisierten Völker in der Verteidigung der heiligen Rechte des Menschen und der Gedankenfreiheit bestätigt. In Spanien selbst sind im Gefolge dieser Bewegung die vorgeschrittensten Vertreter der liberal-monarchistischen Partei zur Macht gelangt. Im ganzen genommen, ist jedoch alles geblieben wie bisher.

Trotzdem beschäftigt die religiöse Krise Spaniens auch weiterhin die europäische Öffentlichkeit. Diese „religiöse Frage“ ist eine furchtbare Sackgasse, in der das unglückliche Spanien seit Jahrhunderten eingeschlossen ist, erfolglos kämpfend für die Befreiung der Individualität und für die Unabhängigkeit des Bürgertums. Drängender als sonstwo ist in Spanien das kirchliche Problem. Ganz besondere Bedingungen in der historischen Entwicklung dieses Landes, vielleicht auch eine Rückständigkeit in der geistigen Entwicklung, selbst wieder gezeugt vom religiösen Fanatismus, der jeden Aufschwung hemmt, haben es dem Klerikalismus ermöglicht, Spaniens Wohlfahrt zu untergraben. In ihm leben verjäherte und hinfällige juristische

*) Übersetzt von Frau Grete Kolm-Heidler (Wien).

Formen anderer Zeitalter, Einrichtungen welche der Vergangenheit und der Sage angehören, fort,

Unsere Geschichte hat seit dem 15. Jahrhundert Beweis auf Beweis erbracht, daß die Kirche in ihrer Beherrschung des Staates Spanien nach außen gedemütigt und sein nationales Leben erstickt hat. Von der Inquisition und den flandrischen Kriegen ganz zu geschweigen, waren auch jüngster Zeit die carlistischen Kriege (mit ihrem ganz mittelalterlichen Charakter) nur ein Werk der Geistlichkeit. Wir verdanken ihr die Verluste unserer überseeischen Kolonien; durch sie haben wir den letzten Rest von Glanz und Macht verloren.

In unserem Vaterlande ist noch kein westfälischer Friede geschlossen worden, der eine gesicherte Grundlage geistig-religiöser Freiheit und des modernen Rechtes bilden konnte; unsere Institutionen ahmen diejenigen der zivilisierten Welt nach; aber im Grunde genommen sind wir gefesselt an die Vergangenheit.

Und dabei wird es in mancher Beziehung noch schlimmer. Die religiösen Vereine breiten sich noch immer aus. Alle großen Städte sind wie umgürtet von Klöstern und religiösen Anstalten; in Madrid allein sind in allerjüngster Zeit 40 neue Klöster errichtet worden. Diese Vereine genießen außerordentliche Privilegien; sie sind von der ordentlichen Staatssteuer befreit und können Gewerbe treiben, sich dem Unterrichte widmen — ohne die Formalitäten und Lasten, denen alle anderen Staatsbürger unterworfen sind.

Kennt die Welt genügend das ganze Elend des sozialen Lebens in Spanien? Gewiß — der Fortschritt der Zeit ist trotz allem bis in diesen Winkel Europas vorgedrungen und er war mächtig genug, die Fassade unseres Landes mit einem Firnis von Zivilisation und Kultur zu bedecken; hier und da widmet man sich auch wohl noch geistiger, ökonomischer und individueller Tätigkeit, doch ist sie nur schwach und wirkungslos. Geht der Sache auf den Grund, erforscht die in trüben Mystizismus gehüllten Seelen der spanischen Bevölkerung und ein Gefühl des Mitleids und Schreckens wird euch erfassen, angesichts dieser Erstarrung. Die Bauern des flachen Landes leben von der Vergangenheit, von erstorbenen Traditionen umstrickt. Und nicht besser steht es um die Bauern unserer Sierras, des Marks der spanischen Nation und um die so geschwächten und schlaffen Arbeiter unserer großen Städte, um die unwissende, jeder fruchtbaren Initiative bare Bourgeoisie mit ihrem unerträglichen Snobismus: um dieses ganze unglückliche Vaterland, das keines Aufschwunges fähig ist, keine Wünsche, keine Träume kennt, dahinwelkend in trüber, leerer Gleichgültigkeit.

Auf eine Totalbevölkerung von beiläufig 20 000 000 Seelen entfallen 13 000 000 Analphabeten. Das Unterrichtssystem unserer Volksschulen, Lyzeen und der anderen hohen Schulen kann zum größten Teile nicht ernst genommen werden und ist durchaus wirkungslos und ungeeignet, Gelehrte, Fachleute und vor allem Menschen, Staatsbürger heranzubilden.

Von einem Budget von wenig über einer Milliarde werden vom Kultusministerium 36 000 000 Mark für den katholischen Kultus ausgeworfen. Außerdem sind in den Budgets der anderen Ministerien zahlreiche Beträge für die Kirche bestimmt; ihre Gesamtsumme erreicht drei weitere Millionen. Endlich erhält die Kirche noch weitere 16 Millionen aus den Budgets der Gemeindeverwaltungen; demnach erreicht die Totalsumme die beträchtliche Höhe von ca. 55 000 000 Mark. Das ganze Budget für den öffentlichen Unterricht macht dagegen bloß 53 000 000 Fr. aus. — Es gibt

mehr als 3000 Dörfer, die keine Schulen haben; aber überall erhebt sich ein Kirchturm.

Im 11. Artikel der spanischen Verfassung vom Jahre 1876 heißt es: „Staatsreligion ist die römisch-katholisch-apostolische Religion. Die Nation verpflichtet sich, ihren Kultus und die Ausübenden desselben zu erhalten. — Niemand soll in seiner religiösen Anschauung und an der Ausübung seines Kultus gehindert werden, wenn die Achtung vor der christlichen Moral gewahrt wird. — Es werden jedoch keine anderen Zeremonien oder öffentlichen Kundgebungen als diejenigen der Staatsreligion geduldet.“ Das ist alles: die Gesetze nach der Revolution vom Jahre 1869 erkannten, wenn auch zaghaft, doch eine gewisse Religionsfreiheit an; die Konstitution vom Jahre 1876 ist schon viel weniger tolerant.

Aber selbst diese gesetzliche Toleranz ist dem wirklichen Leben fremd. Der nicht katholische Bürger wird in Spanien in jeder Hinsicht belästigt und gedemütigt, da man ihn nicht mehr auf dem Scheiterhaufen der Inquisition verbrennen kann. Vor einigen Jahren schrieb König Alfons XIII. vor seiner Hochzeit dem verstorbenen Kardinal Casañas einen Brief, der im Diözesanblatt veröffentlicht wurde; er tadelt darin in heftigen Ausdrücken den Plan, eine protestantische Kirche in Barcelona zu eröffnen. Zahlreich sind die Fälle von Zwangslagen aller Arten und Kategorien, welche den Bürgern auferlegt wurden, Verfolgungen aller Art, welche trotz der gesetzlichen Toleranz noch immer stattfinden. Universitätsprofessoren werden von ihrer Kanzel verjagt und selbst gefangen genommen, wenn sie an die Dogmen der Kirche rühren; unglückliche, nicht katholische Soldaten werden gezwungen, der Messe beizuwohnen, trotz ihres Protestes. Man legt andersgläubigen Bürgern Geldstrafen auf, verfolgt sie, wirft sie ins Gefängnis.

Ich führe zwei Beispiele an, die sich vor nicht langer Zeit zutrug: Ein braver Bürger, der Hauptsteuerträger in der kleinen Stadt Monson in Aragonien war und der sich friedlich mit seinen Angelegenheiten beschäftigte, wird eines Tages auf das Gemeindeamt gerufen, wo er vom Herrn Bürgermeister den Befehl erhält, mit all den Seinen die Stadt zu verlassen, da der Gemeinderat aus seiner Volkszählungsliste ersehen hat, daß er sich als Freidenker bekennt und den katholischen Glauben nicht ausübt. Ein anderes Mal stellte sich der Bischof von Pamplona, nachdem er von der Kanzel herab gegen einen liberalen Journalisten der Stadt gepredigt und ihn öffentlich mehrmals exkommuniziert hatte, an die Spitze einer heulenden und aufgehetzten Menge und durcheilte im Bischofsornate die Stadt. Gefolgt von diesem Zuge, begab er sich zum Rathause und verlangte die Verbannung des Journalisten. Er trieb den Haß so weit, daß er mit seinem Zuge die Industriellen und Kaufleute heimsuchte und sie bei allem, was heilig sei, bewog, dem Unglücklichen keine Nahrungsmittel zu liefern: All dies, obwohl ähnliche Streiche selbst durch die Breven des heiligen Stuhles verboten sind.

Auf den Philippinen waren die Pfarrer von Rechts wegen Präsidenten des Gemeinderats. Die Kongregationen standen über den Gesetzen und übten tatsächlich die politische Macht über die unglücklichen Eingeborenen aus. Seit den Verhandlungen des Konkordats wollte Rom ausdrücklich darin das Prinzip der Glaubenseinheit eingeschrieben wissen und wenn auch diese nicht buchstäblich existiert, herrscht wenigstens der Geist der Unduldsamkeit.

Ich erwähnte weiter oben, daß der Einfluß des Klerikalismus die Seele der spanischen Nation umgeformt hat; neben dieser geschichtlichen Tatsache erscheint mir die Frage über die Gesetze, über die

juristische Regelung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche und die Gesetzmäßigkeit der religiösen Kongregationen nebensächlich. Diese Fragen sind in Spanien beiläufig so geregelt, wie sie es in Frankreich vor der Trennung waren. Man hat gesehen, daß es Frankreich nicht gelang, anders diese Frage zu lösen, als durch den Bruch mit Rom. Und es kam zur Trennung, wenngleich es sich vielen französischen Liberalen nicht um diese radikale Lösung handelte, sondern nur um Maßnahmen und juristische Anordnungen gegen die widerrechtlichen Eingriffe und den Mißbrauch der Kongregationen. Und ehe man nicht zu dieser Lösung kommt, wird es nur ein Sich-Bewegen auf demselben Platze sein.

Wie hat sich also in Spanien die periodische Entwicklung vollzogen? Ein gewisser Fortschritt des formalen Rechts in Spanien in den letzten Jahrhunderten soll nicht geleugnet werden.

Unter der Regierung Philipps III., Philipps IV. und Karls II. erfreuten sich die Kirche und die Mönche der Allmacht. Man sah in Spanien allüberall Unwissenheit und Elend, während die Kirche von Reichtum strotzte und Besitzerin von Werten aller Art war in Höhe von 25 Milliarden. Allmählich ward die Macht des Staates der Kirche gegenüber jedoch um einiges gestärkt. Gegenwärtig ist das Landrecht seit dem Tode Ferdinands VII. und der Einführung des konstitutionellen Regimes durch ein Dekret vom Jahre 1835 bestimmt, in welchem eine alte Pragmatik Karls III., die die Austreibung der Jesuiten zum Gebote machte, wieder hergestellt ist durch das Gesetz des Ministers Mendizabal vom Jahre 1837, welches die Auflösung der religiösen Kongregationen und die Entziehung der Güter der Kirche bedingt, und endlich durch das Konkordat vom Jahre 1851. Letzteres erkennt zwei autorisierte Kongregationen an und eine andere, welche noch nicht näher bestimmt ist; und gerade wegen letzterer entbrennt stets aufs neue der Streit um zu wissen, ob es sich um eine einzige und selbe Kongregation für ganz Spanien handelt oder um eine, welche von dem entsprechenden Prälaten in jeder Diözese mit Zustimmung des Stadtrates bestimmt wird. Trotz alledem hat sich die Zahl der Kongregationen ununterbrochen vergrößert und dieser Nichtbefolgung des Gesetzes begegnen wir auch in allen Einzelmomenten. Das Gesetz erfordert z. B. für den Unterricht auch in Kongregationsschulen den Nachweis beruflicher Eignung seitens der Lehrer — aber es wird umgangen und nicht befolgt.

Der juristische Anblick der Frage ist klar genug. Nur drei Kongregationen sind durch das Konkordat autorisiert, alle andern nur geduldet. Das ist die offene Tür, welche die gegenwärtige liberale Regierung durch ein Gesetz, welches die Errichtung neuer Kongregationen verbietet, einschlagen will. Trotzdem geht es in den Unterhandlungen mit dem Vatikan nicht voran; die liberale Partei ist zu zaghaft und zu kleinmütig.

Die Lösung des klerikalen Problems liegt gewiß nicht in diesen Detailmomenten. Die Notwendigkeit erheischt eine definitive Bestimmung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat, durch welche der Staat in die Lage versetzt wird, die Gewissensfreiheit des Einzelnen zu gewährleisten; den Unterricht der Jugend dem beengenden kirchlichen Einfluß zu entziehen; die schrankenlos freie Entfaltung der wissenschaftlichen Forschung zu schützen.



MORALISCHE & RECHTS- ENTWICKLUNG

ADELE SCHREIBER, BERLIN-WESTEND: EINDRÜCKE VON DER HAUPTVERSAMMLUNG DES DEUTSCHEN MONISTENBUNDES IN MAGDEBURG.



UR einige unter den vielen Eindrücken, von der diesjährigen Versammlung des Monistenbundes, der es gelang, die schwere Aufgabe zu lösen, sich neben der glanzvoll verlaufenen Hamburger Tagung zu behaupten, seien herausgegriffen.

Zunächst ein Referat — inmitten manch trefflicher Rede trat es doch besonders hervor durch die Feinheit seiner Gedankengänge, den Reichtum an geistvollen Beobachtungen und Einfällen. Der es hielt, war vielen ein neuer Mann, freilich ist er schon lange ein wohlbekannter und geschätzter Soziologe, aber an dieser Stelle und als Redner in Deutschland hatte er auch den Reiz der Neuheit; so wurde denn der Vortrag von Rudolf Goldscheid, dem Wiener Gelehrten, über „Monismus und Politik“ einer der starken Eindrücke der Tagung. Zugleich war er ein glückliches Beispiel dafür, in welch größerem, höherem Sinne das Wort Politik aufgefaßt werden kann, er klang aus, wie dies bei Goldscheid zu erwarten war, in die Lehre von der Menschenökonomie, den Grundsatz einer ökonomischen Begründung der Ethik. Schade, daß der Raum hier verbietet, eine Reihe der eigenartigsten und wirksamsten Wortprägungen wiederzugeben, angefangen von der hübschen Variante: „Stultitia regnorum fundamentum“, bis zu dem Seitenhieb auf die offiziellen Dogmen: „La recherche de la causalité est interdite“ und der „sozialen Bilanzverschleierung“, die unsere gegenwärtige Gesellschaft treibt.

Ein anderer starker Eindruck, der sich an die Tagung knüpft — die Erinnerungsfest für Giordano Bruno, den „ersten modernen Menschen“, wie ihn Dr. Gramzow in seiner verständnisvollen Gedächtnisrede nannte, versetzte uns um mehr als drei Jahrhunderte zurück in das Leben und Wirken dieses Großen, der es auf dem Scheiterhaufen büßen mußte, daß er zu früh für seine Zeit die Unendlichkeit des Weltalls, die Einheit der Weltenseele, die Kleinheit der Erde, eines winzigen Weltkörpers unter unzähligen anderen, erkannte. Im alten Juleum, der Universität zu Helmstedt, wo Giordano Bruno von 1583 bis 1590 gelebt, ward uns ein dort noch aufbewahrtes Bildnis des Denkers und Dulders gezeigt, ein Kopf von so ungewöhnlichem Ausdruck, daß er sich dauernd einprägt. Und bei Dunkelheit bewegte sich ein Zug mit flammenden Fackeln durch das alte träumerische Städtchen, dessen Häuser und Plätze noch heute die Vergangenheit verkörpern — und nach schwungvollen Worten Bruno Willes eine Gedenktafel am ehemaligen Wohnhause befestigt.

Ein Eindruck ganz anderer Art — der lebensprühende Bericht, den Dr. Aigner von seiner Reise nach Lourdes gab. Die schlichte, unpathetische Erzählung hat wohl jeden, der sie hörte, hingerissen und zwang alle, im Geiste diese ganze sich fast bis zum Wahnsinn steigernde Massensuggestion mitzuerleben, die uns schon Zola mit so unvergleichlicher Meisterschaft geschildert hat.

Masche um Masche zerpfückte Aigner an der Hand gewissenhafter Studien und Untersuchungen das grandiose Netz der Täuschungen, und kam zu dem Ergebnis, daß sich von all den Wunderheilungen die Jahr um Jahr hinausgeschrien werden und hunderttausende Heilungsuchende nach Lourdes ziehen, nichts aufrechterhalten läßt. Zu bedauern ist nur, daß diese spannenden Ausführungen nur im engen Kreise der geschlossenen Sitzung nicht vor einem tausendköpfigen Publikum gemacht wurden.

Schließlich der vielleicht bedeutsamste Eindruck der Tagung, die wachsende Erkenntnis, daß die monistische Bewegung immer mehr in die erfreulichen Bahnen der Realpolitik, der praktischen sozialen Betätigung hineinwächst. Es kam dies zum Ausdruck ebenso in Referaten wie in Anregungen und Beschlüssen. Dr. Juliusburger verlangte in seinem Vortrag über die sozialen Aufgaben des Monismus Bekämpfung der Tuberkulose, des Alkohols, der Geschlechtskrankheiten und verstand es, die Zusammenhänge dieses Kampfes mit der neuen Weltanschauung klarzulegen. Es wurden Anträge angenommen, für die Einführung von Gesundheitsattesten bei der Eheschließung, für die Verbreitung des Abstinenzgedankens in der Schule, es wurde beschlossen, ein monistisches Flugblatt, das sich an die Mütter wendet und sie zur abstinenten Kindererziehung auffordert, zu verfassen, die Frage der Kindererziehung im Sinne sozialistischen, altruistischen Wirkens wurde von Maurenbrecher von einem hohen Standpunkt aus erörtert und zu einer Lösung geführt, die sich in den Worten zusammenfassen läßt: Erziehung zum Heldentum des Willens, zur Frömmigkeit des sittlichen Strebens. Auch der Vortrag Ostwalds steuerte diesmal auf ein ganz konkretes soziales Ziel zu, auf die Auseinandersetzung seines großzügigen Planes einer monistischen Siedelung, die auf Thüringer Boden schon im Entstehen ist. Sie soll eine Kolonie werden für Menschen, die außerhalb der drückenden konventionellen Gesellschaft, in schöner Natur, ihrer Arbeit, ihrem eigenen Ich leben wollen, ein genossenschaftliches Gemeinwesen, das durch landwirtschaftlichen Betrieb und technische Unternehmungen sich erhalten kann, und in dem auch Raum ist, Kindern, insbesondere unehelichen, eine Heimat, gesunde Entwicklungsmöglichkeiten zu geben. Die Pläne Ostwalds erweckten das lebhafteste Interesse, der Meinungsaustausch zwischen Skeptikern und Optimisten über die Zukunftsaussichten dieser Gründung, der Ostwald den allerdings satirisch anmutenden Namen eines „monistischen Klosters“ verliehen, dürfte in Monistenkreisen nicht so bald verstummen. Schließlich sei in diesem knappen Rahmen noch eines erwähnt, zweifellos auch geeignet, „Eindruck“ zu machen, die Tatsache, daß im Handumdrehen eine Sammlung bei der Festtafel den Betrag von 9000 M. ergab, der einem Literaturfonds zur Verbreitung von Flugschriften zugute kommen soll. Der Bereitwilligkeit, zu geben, ist es auch zu danken, daß die Erhöhung des Jahresbeitrages angenommen und hierdurch die Ausgestaltung des Bundesorgans „Das monistische Jahrhundert“ zu einer Wochenschrift gesichert ist. So kann denn auf die nächste Arbeitsperiode mit Zuversicht geblickt werden, die nächste Tagung im schönen Düsseldorf läßt so manchen Bericht von geernteter Saat erhoffen.